Nr. 195. 23. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen", das erste (fettgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 23. August 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Organisation der Landarbeiter.*)

Unsere Presse, sozialdemokratische Versammlungen und Konferenzen erörtern in letzter Zeit lebhaft die Frage der Organisation der Landarbeiter. Wenn es sich bei den industriellen Arbeitern von selbst versteht, daß sie politisch und gewerkschaftlich organisiert sein müssen, so muß man bei den Landarbeitern erst erwägen, ob es zweckmäßig ist, zurzeit und unter den gegenwärtigen Verhältnissen beide Formen der Organisation gleichzeitig zu propagieren oder erst eine der anderen vorzuziehen und zur Durchführung derselben alle Mittel anzuwenden. Wie die Verhältnisse auf dem Lande in Ost- und Westpreußen liegen — und sie dürften wohl auch maßgebend sein für die meisten anderen agrarischen Landesteile — halte ich die gewerkschaftliche Organisation der Landarbeiter in einer der bereits bestehenden, als auch in einer neu zu schaffenden Gewerkschaft, gegenwärtig für unzweckmäßig und auch undurchführbar. Um so eifriger und nachhaltiger muß dagegen die Agitation für die politische Organisation dieser entrechteten, unter den schamlosesten Ausnahmegesetzen schwer leidenden Landarbeitersklaven betrieben werden. Ich weiß, daß ich mit dieser Ansicht wohl auf heftigen Widerstand bei den Gewerkschaften stoßen werde. Jahrelange praktische Erfahrung bei der Agitation unter den Landarbeitern haben mir aber diese Ueberzeugung beigebracht.

Die meisten Landarbeiter stehen als Instleute, Deputanten, Gespannleute, Schmiede, Gärtner, Stellmacher, Knechte und Dienstboten gegen Lohn und Deputat in kontraktlichem Dienst bei den Besitzern. In der Hauptsache erhalten diese ihren Verdienst in freier Wohnung, Ackerland und Naturalien, dagegen sehr geringen Barlohn. Wenn nun, wie es in Ostpreußen üblich ist, der verheiratete Landarbeiter monatlich 6 M. bares Geld als Lohn erhält, wie sollte es ihm wohl möglich sein, die monatlich 1,20 oder gar 1,50 M. betragenden Beiträge für den Land- und Fabrikarbeiterverband dauernd zu zahlen. Er würde auch nicht die viel niedrigeren Beiträge für eine etwa neu zu schaffende Sektion der Landarbeiter dieses Verbandes zu zahlen imstande sein. Ganz abgesehen davon, daß eine Landarbeitergewerkschaft, wenn sie wirklich ihren Mitgliedern Vorteile bieten will, der schwierigen und kostspieligen Agitation und Verwaltung wegen gar nicht mit niedrigen Beiträgen florieren kann. Noch schwieriger würde es sein, von den unverheirateten Scharwerkern, Knechten und sonstigen ländlichen Dienstboten die Beiträge einzuziehen, da diese sehr oft nicht nur sehr geringen Barlohn, sondern diesen auch in längeren Zwischenräumen und unpünktlich erhalten.

Aber auch selbst die Freiarbeiter auf dem Lande, die weder freie Wohnung, noch Ackerland und Naturalien, sondern etwa in der Erntezeit durchschnittlich pro Tag 2,50, sonst aber nur 1,20 bis 1,50 M. pro Tag verdienen, bald hier bald dort arbeiten und auch öfters arbeitslos sind, werden regelmäßige Beiträge von 20 bis 35 Pf. kaum bezahlen. Denn bei schwachem Verdienst, oder wenn sie nicht Gelegenheit haben, pünktlich jede Woche an irgend eine bequem zu erreichende Zahlstelle ihre Beiträge abzuladen, werden Reste ansammeln, die nicht nachgezahlt, und schließlich zur Streichung vieler Mitglieder Veranlassung geben werden.

Aber selbst wenn man der Fluktuation der Mitglieder, mit der ja jede Gewerkschaft zu rechnen hat, die aber bei der gewerblichen Landarbeiterorganisation viel größer sein würde, weniger Bedeutung beimessen möchte, so bleiben doch noch eine Menge Hindernisse bestehen, die gegen die Möglichkeit des Bestehens einer gewerkschaftlichen Landarbeiterorganisation in der gegenwärtigen Zeit sprechen.

Zunächst tritt immer die Frage in den Vordergrund: „wie denkt man sich die Verwaltung einer Landarbeiterorganisation", wenn man den Mitgliedern wirklich nennenswerte Vorteile, wie sie die Industriearbeiter zweifellos durch ihre Organisationen haben, bieten will, als da sind: Gewährung von Rechtsschutz, Durchführung einer Lohnbewegung, selbst wenn man die Erörterung darüber, ob ein Landarbeiterstreik unter den bestehenden Ausnahmegesetzen durchführbar ist oder nicht, ganz aus dem Spiele läßt. Die Unterstützung der Gemaßregelten, Arbeitslosen und Krankenunterstützung. Und wie schwierig, oft ganz unmöglich wird es sein, Vertrauensleute auf den verstreut liegenden Dörfern und Gütern zu finden, die fähig sind, den vielen notwendigen statutarischen Rechten und Pflichten der Mitglieder Geltung zu verschaffen. Ungeheueren Schaden und unberechenbare Folgen für die Gewerkschaften und die Partei würde es aber haben, wenn in diesem oder jenem Punkt die Organisation versagen, ihren Mitgliedern gegenüber nicht alle gegebenen Versprechungen, die ohnehin von den unwissenden Landarbeitern sehr weit ausgedehnt und falsch begrenzt werden, halten könnte. Daß für eine Landarbeiterorganisation ein ganz apartes Organ geschaffen werden müßte, halte ich für selbstverständlich. Herstellung und Vertrieb desselben an die Mitglieder würde aber auch sehr schwierig und durch die notwendigen Portoausgaben sehr kostspielig sein.

Alle diese gewaltigen Schwierigkeiten und Hindernisse zusammengefaßt, dürften für praktische Kenner der Landarbeiterverhältnisse doch wohl maßgebend sein, um die Propagierung der gewerkschaftlichen Landarbeiterorganisation vorläufig in den Hintergrund zu stellen. Dafür sind aber alle Kräfte und vorhandenen Mittel daran zu setzen, um die langsam, aber sicher in Fluß kommende, politische Landarbeiter-Organisation zu fördern und weiter auszubauen. Diese Organisation ist so schwierig und erfordert so viel Energie, daß keine Zeit und Kraft zur Aufstellung von Problemen und theoretischen Erörterungen, die in letzter Zeit schon soweit gingen, das Gelingen eines Landarbeiter-Massenstreiks in baldige Aussicht zu stellen, zu verlieren ist.

Erst wenn ein großer Prozentsatz der Landarbeiter politisch organisiert sein wird und man mit diesen politisch aufgeklärten ländlichen Wählern die Junker und Pfaffen aus den Parlamenten getrieben, erträgliche Gesetze und mehr Freiheit für das ländliche Proletariat errungen haben wird; wenn durch die fortgesetzt sich steigernde Arbeiternot die veralteten Kontrakte und Ausnahmegesetze außer Kraft gesetzt, etwas bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen Platz gegriffen haben werden, und damit die Vorbedingungen für das Bestehen einer gewerkschaftlichen Organisation geschaffen sind, dann führe man sie für die Landarbeiter ein.

Wenn in der Industrie meist die gewerkschaftliche Organisation der politischen Organisation voran zu gehen pflegt, dann gilt für die Landwirtschaft gerade das Gegenteil, infolge der verschiedenartig liegenden Verhältnisse. Durch ununterbrochene Agitation müssen die infolge von Unterdrückung und Entrechtung unzufrieden gewordenen Landarbeiter, die zwar für die Sozialdemokratie gewonnen, aber doch nur lose an dieser hängen, zu klassenbewußten Sozialdemokraten erzogen werden und aus Ueberzeugung in die politische Organisation hineingelangen. Diese darf nur ganz geringe Beiträge von den Landarbeitern verlangen. Die politischen Landarbeiterorganisationen müssen vorläufig noch kräftig durch Zuschüsse aus der Parteikasse unterstützt werden. Eine ganz neue, dem Landarbeiter verständliche Aufklärungsliteratur muß geschaffen werden. Mehr, die Landarbeiterverhältnisse kennende Agitatoren müssen angestellt werden. Der Landarbeiter muß die Zwecke und Ziele der Sozialdemokratie begriffen haben und nicht nur ein durch Not und Elend in die Arme der Sozialdemokratie getriebener, nach augenblicklichen materiellen Vorteilen haschender Proletarier sein. Dann erst ist er reif für die gewerkschaftliche Organisation. So lange noch 75 Proz. der Landarbeiter bei der Reichstagswahl den konservativen Stimmzettel abgeben oder aus Teilnahmslosigkeit der Wahl fernbleiben, ist für eine gewerkschaftliche Landarbeiterorganisation in Deutschland kein fruchtbarer Boden.

*) Die Frage der Landarbeiterorganisation hat augenblicklich wieder ein gewisses aktuelles Interesse gewonnen. Wir glauben deshalb im Sinne unserer Leser zu handeln, wenn wir diesen Beitrag eines in der Landagitation praktisch tätigen Genossen der Oeffentlichkeit übergeben, ohne uns mit demselben in allen Punkten zu identifizieren.

Die russische Revolution.

Die Verfolgung der Dumamitglieder

wird eifrig aufgenommen. Wir verzeichnen folgende Meldungen innerhalb eines Zeitraums von drei Tagen:

„Pridakprowsky Kraj": Die Polizei erschien, um den Abgeordneten Tarasenko zu verhaften, er war aber abgereist; sein Bruder wurde verhaftet und in Gluchow ins Gefängnis gebracht.

„Stepnoj Pioner": Es verlautet, daß der Abgeordnete Ischerskly, während er in Omsk (Sibirien) erwartet wurde, auf der Eisenbahn vor Petropawlowsk verhaftet wurde.

„Ruskija Wedomosti" (16. Aug.): In Kamenka, Gouv. Pensa, versuchten die Behörden, den Abgeordneten Wragow zu verhaften. Das Volk widersetzte sich; der Isprawnik feuerte, wurde aber selbst durch geworfene Steine getötet. Das Volk ist entschlossen, Wragow nicht verhaften zu lassen. Eine Strafexpedition wurde aus Pensa entsandt. „Wolschski Westnik": Die Polizei erklärte dem Abg. Gerassimow, daß er sofort verhaftet werde, wenn er zu den Bauern von der Duma spreche.

Telegramme der Russischen Agentur: Berdjansk, 19. August. Der ehemalige Dumaabgeordnete Prituza wurde im Dorfe Orlowka verhaftet und ins Gefängnis transportiert. — Uman, 19. August. Gestern kam mit dem Abendzuge der ehemalige Dumaabgeordnete Fränkel an; er wurde auf dem Bahnhofe verhaftet und ins Gefängnis gebracht.

Eine Falle der Revolutionäre.

Die „Nordd. Allg. Ztg." machte am 20. August die ziemlich belanglose Meldung, daß der Verweser des deutschen Generalkonsulats in Warschau, Freiherr v. Lerchenfeld, am 14. August auf offener Straße von einer russische Offiziersuniform tragenden Person angefallen wurde und zwei Faustschläge in die Schläfe erhielt, worauf der Angreifer in einer Droschke davonfuhr. In Petersburg sei der Ueberfall auf Weisung der deutschen Regierung alsbald diplomatisch zur Sprache gebracht worden, worauf die russische Regierung der deutschen Botschaft in einer amtlichen Note am folgenden Tage ihr lebhaftes Bedauern über den Ueberfall ausdrückte und zugleich mitteilte, daß dem Generalgouverneur in Warschau schleunigst die Weisung zugegangen sei, die energischesten Maßregeln zur Aufklärung des Vorfalls zu ergreifen. Außerdem stattete der Generalgouverneur von Warschau Freiherrn v. Lerchenfeld anläßlich des Vorfalls einen Besuch ab.

Erst jetzt wird durch die Veröffentlichung des „Kurier Warszawski" bekannt, daß diese Insultierung des Konsuls eine Kriegslist der Revolutionäre war, um den Generalgouverneur aus seinem Palast zu locken, in dem er sich, stark bewehrt, verbirgt, den er sonst kaum verläßt. Als der Generalgouverneur am Freitag von dem Besuch beim Konsul zurückkehrte, wurde das Bombenattentat verübt, von dem wir nach den telegraphischen Meldungen in der Sonnabendnummer berichtet haben. Nur dem Umstande, daß die ersten Bomben nicht explodierten und die Pferde des Wagens, scheu geworden, sofort davonrasten, verdankt der Generalgouverneur sein Leben.

Vorwärts zu neuen Kämpfen!

So klingt es aus allen Aeußerungen, die aus dem revolutionären Lager bekannt werden. Der mißlungene Streik hat keine Entmutigung hervorgerufen. Weshalb er verloren ging, darüber schreibt ein Petersburger Genosse der „Leipziger Volkszeitung", nachdem er geschildert, daß, obgleich der erste Versuch der Sozialdemokratie, alle revolutionären Parteien nach der Dumaauflösung für einen allrussischen Massenstreik zu gewinnen, gescheitert war, die Sozialdemokratie nach dem Einlaufen der Meldungen von den Militärmeutereien den Aufruf für den Massenstreik in Uebereinstimmung mit den Arbeiterdeputierten Petersburgs erließ. Gleichzeitig versuchte sie eine neue Konferenz der revolutionären Parteien zustande zu bringen, die denn auch in der Nacht vom 2. zum 3. August tagte. Verhindert war der Vertreter des Eisenbahnerverbandes, nicht rechtzeitig erscheinen konnte der Vertreter der polnischen Sozialdemokratie (P. S. D.) und der lettischen Sozialdemokratie.

Dann fährt er fort:

... Auch diesmal waren zu Beginn der Verhandlungen nur das Zentralkomitee unserer Partei, die Vertreter unserer Dumafraktion und die Vertreter der Gruppe der Arbeit für die sofortige Proklamierung des allrussischen Massenstreiks. Der Vertreter des Zentralkomitees des Bundes äußerte sich in dem Sinne, daß es eigentlich vorteilhafter wäre, wenn der allgemeine politische Massenstreik später begonnen hätte, aber in Anbetracht der veränderten Sachlage (Aufstände in Sveaborg und Kronstadt und Proklamierung des Streiks in Petersburg) sei er schließlich doch für eine sofortige Inszenierung des allrussischen Massenstreiks. Der Vertreter der P. P. S. erklärte, das polnische Proletariat werde immer das russische unterstützen und dem Appell der P. P. S. folgen, aber jetzt, wo in Polen der Belagerungszustand herrsche, wo in Polen ungeheure Soldatenmengen untergebracht seien, sei es gefährlich, in Polen den Massenstreik zu wagen. Daher schlug der Vertreter des Parteivorstands der P. P. S. vor, wenn der Massenstreik für Rußland beschlossen werden sollte, so möge man den Aufruf so unbestimmt formulieren, daß die Polen ihn als Aufforderung zu einem Solidaritätsstreik für eine bestimmte Dauer auffassen könnten.

Besonders interessant war das Verhalten der Vertreter der Sozialrevolutionäre. Sie führten eine Reihe von Argumenten gegen die Proklamierung des Streiks an. Vor allem betonten sie, in der bevorstehenden Bewegung müsse den Bauern die führende Rolle zufallen. Darauf entgegnete der Vertreter der Gruppe der Arbeit, der revolutionären Bauerngruppe. Er sagte, die Bewegung auf dem Lande werde nicht von einem Tage zum andern in Fluß kommen, aber, einmal entfesselt, ein halbes Jahr und länger dauern und werde von der einen Gegend zur anderen überspringen. Andererseits werde die Bewegung in den Städten die Bewegung auf dem Lande hervorrufen und beschleunigen.

Die Sozialrevolutionäre erklärten ferner, man müsse nunmehr den Soldatenrevolten freien Spielraum lassen, man müsse es den Soldaten auch selbst überlassen, einander zu unterstützen. Demgegenüber wurde von anderer Seite darauf hingewiesen, daß es ein Verbrechen sein würde, die Soldaten sich selbst zu überlassen.

Zuletzt beschloß die Konferenz einstimmig die sofortige Proklamierung des allrussischen politischen Massenstreiks und arbeitete einen gemeinsamen Aufruf an das Volk aus.

Wie verlief inzwischen der Streik in Petersburg? Besonderen Anklang fand die Streikagitation diesmal gerade bei den rückständigsten Schichten der Arbeiter; es schlossen sich ihr solche Proletarierschichten an, die während der Oktober- und Dezemberstreiks gearbeitet haben, die man zum Teil sogar als zu den schwarzen Banden gehörig betrachtet hatte. So ruhte die Arbeit in der Zuckerfabrik König, in der Gummimanufaktur, in der Teutelowschen chemischen Fabrik, alles Betriebe, in denen vornehmlich ungelernte Arbeiter beschäftigt sind. Ferner streikten zirka 10 000 Bauarbeiter, alle Straßenbahner und zirka 2000 Droschkenführer. Die übrigen Kutscher erklärten sich auch zum Streik bereit. Die Handlungsgehülfen erklärten, sie würden sofort streiken, wenn ihr Zentralverband sie dazu auffordere. Die Arbeiter der Pulverwerke in Ischora bei Petersburg streikten, ihnen schloß sich das Ischoraregiment an, das keinen Wachedienst mehr tun wollte. So mußten denn in diesem Regimente die Offiziere und Generäle Posten stehen!

Da kam etwas ganz Unerwartetes — die größten, meistens der Regierung gehörigen Fabriken, waren nicht zum Feiern zu bewegen! Die Arbeiter dieser kolossalen Fabriken, die bisher immer im Vordertreffen der Bewegung gestanden haben, weigerten sich auf das entschiedenste, in den Streik zu treten. An sich hatten diese Arbeiter nichts gegen den Streik, nur wollten sie die Garantie des Erfolgs haben, sie wollten die Gewißheit haben, daß auch die Eisenbahner sich wirklich dem Streik anschließen, daß der Streik wirklich allgemein sein werde. Noch mehr! Man konnte von den Arbeitern der Obuchow-Werke hören: Wir waren immer die ersten, wir werden auch diesmal der Bewegung beistehen. Laßt nur die Arbeiter der Putilow-Werke feiern, wir kommen sofort nach! Von den Arbeitern der Putilow-Werke bekam man dasselbe zu hören, nur daß man abwarten wollte, bis die Arbeiter der Obuchow-Werke ihren Betrieb zum Stillstand gebracht hätten! Die Eisenbahner, deren Streik die großen Werke zum Feiern gebracht hätte, sagten: wir sind zu schwach zum Streiken. Die Kanonen der Strafzüge werden uns sofort über den Haufen schießen. Nur wenn alle streiken, können wir uns dem Streik anschließen.

Ein Kampf, bei dem die Kämpfer nicht die ersten, wohl aber die letzten sein wollen, hat natürlich von vornherein miserable Aussichten, und so ging der Petersburger Massenstreik eben verloren.

Was nun? — Das ist die Frage, die jetzt bei jedem auftaucht, auftauchen muß. Auf diese schwierige Frage antwortet das Zentralkomitee unserer Partei in einem Sendschreiben an alle Parteiorganisationen folgendermaßen:

„Vor allem müssen wir selbstverständlich dem Proletariat die Lehren der letzten Vorgänge auseinander setzen. Doch das ist zu wenig. Unsere Partei muß alle ihre Kräfte darauf anwenden, um rechtzeitig den höchst gefährlichen Zwiespalt in den verschiedenen Schichten des Proletariats und der Armee zu beseitigen, der entstehen kann in Anbetracht ihrer verschiedenen Stellung zum letzten Streik. Gleichzeitig damit muß unsere Partei ihr möglichstes tun, damit die Arbeiterklasse den günstigen Augenblick zu einer allgemeinen politischen Aktion nicht verpaßt und die Reaktion, dank der Zwietracht unter den revolutionären Elementen des Volkes, nicht festen Fuß zu fassen vermag. Wenn der allgemeine Streik des ganzen Volkes in diesem Augenblicke auch unmöglich ist, so muß man sich desto mehr beeilen, günstige Verhältnisse für einen solchen Streik zu schaffen."

Das ist die Meinung des Zentralkomitees. Voll froher Zuversicht und kampfesmutig sieht es der Zukunft entgegen.

Wenn der letzte Streik auch mißlungen ist, die Arbeiter gehen unverzagt den kommenden Vorgängen entgegen. Die nächsten Kämpfe führen uns zum Sieg — das ist die allgemeine Ueberzeugung.

Tagesmeldungen.

Petersburg. Stolypin äußerte gegenüber einem Bekannten, daß die Gerüchte, Witte werde wieder das Ministerpräsidium übernehmen, unbegründet seien. Er sei über die Stimmungen in Peterhof besser unterrichtet.

Petersburg, 22. August. Trotz der offiziellen Dementis erhalten sich die Gerüchte, daß für die baltischen Provinzen, sowie für den Kaukasus und für Polen Lokaldiktaturen errichtet werden sollen.

Moskau, 22. August. (Telegramm der Petersburger Telegraphen-Agentur.) In dem Vororte Baschilowka fand die Polizei in einem Privathause viele Waffen und eine Bombe. Dreizehn Personen wurden verhaftet.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 22. August.

Die schwarze Parade.

n. Essen, 21. August. (Eig. Ber.)

Ein stattliches Heftchen von 16 Seiten, herausgegeben vom Lokalkomitee, gibt Auskunft über die mancherlei Veranstaltungen während des Essener Katholikentages. Es ist eine schier endlose Reihe von Tagungen, Sitzungen und Festlichkeiten, denn der Katholikentag hat noch einige Dutzende von Vereinen, Verbänden usw. nach Essen gelockt, die sich nach Kräften bemühen, mit Verhandlungen und Vergnügungen das Programm der schwarzen Parade möglichst bunt und umfangreich zu gestalten. Die übergroße Anzahl dieser Veranstaltungen hat wohl nur ein Interesse für die Nächstbeteiligten; nur der Seltsamkeit wegen mag hier der Sitzung des Lourdesvereins gedacht werden, dessen Vorsitzender sich bemühte, die Bedeutung des „Gnadenortes" ins rechte Licht zu rücken. Wie sehr auch, so meinte der Mann, die Feindschaft der glaubenslosen Welt gegen diese „Gnadenstätte" tobe, sie stehe fest und lasse alle Angriffe von sich abprallen. In der Debatte wurde die katholische Presse beschuldigt, daß sie den „Verleumdungen", die aus dem glaubensfeindlichen Lager gegen die Wunderwirkungen der Gnadenquelle erhoben würden, nicht entschieden genug entgegentrete; jeder Katholik müsse erfahren, daß das nicht Betrug sei, was sich in Lourdes ereigne, sondern die lautere, wunderbare Wahrheit. Die Versammlung faßte sodann unter großem Beifall eine Resolution, worin die katholische Presse aufgefordert wird, die Widerlegung der „Verleumdungen", die feindliche Blätter gegen Lourdes erheben, in ihre Spalten aufzunehmen. Danach scheint die Zentrumspresse sich dem Wunderschwindel von Lourdes gegenüber ablehnend verhalten zu haben, sie soll nunmehr zum rechten Glauben zurückgeführt werden — zur höheren Ehre der christkatholischen Weltanschauung.

Allgemeines und berechtigtes Interesse hat die heute morgen abgehaltene Generalversammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland. Man nennt den Verein das „soziale Vermächtnis Windthorsts an das katholische Volk"; er ist bestimmt, die katholische Bevölkerung sozialpolitisch zu schulen und im Kampfe wider den Unglauben und den Umsturz auszurüsten. Man braucht in die Lobpreisungen der Volksvereinsführer von der Bedeutung und den Erfolgen des M.-Gladbacher Unternehmens nicht einzustimmen, immerhin ist der Volksverein seiner Organisation und seiner Arbeit wegen in hohem Grade der Beachtung wert. Der Volksverein zählt jetzt 510 000 Mitglieder; er hat im letzten Jahre eine Zunahme von 40 000 zu verzeichnen. Der Jahresbericht gibt Kunde von einer überaus lebhaften Tätigkeit; 2000 Volksversammlungen wurden abgehalten, $11\frac{1}{2}$ Millionen Schriften verbreitet. Von der halben Million Mitglieder kommen rund 300 000 auf Rheinland und Westfalen; bedenkt man, daß sich auf diese beiden Provinzen demgemäß auch die Hauptarbeit des Volksvereins erstreckt, so erkennt man, ein wie wirksames Kampfesmittel sich hier das Zentrum besonders für den Westen Deutschlands geschaffen hat.

* * *

In der heutigen geschlossenen Generalversammlung ging bei schwacher Beteiligung die Abfertigung der in den Ausschüssen bearbeiteten Anträge ihren gemächlichen, durch keinerlei Debatte beunruhigten Gang weiter. Die Anträge betrafen den Papst, die römische Frage, die Missionen, das Vereinswesen und derlei für die nichtkatholische Welt belanglose Dinge. Herr Gröber hat zwar gestern abend in der öffentlichen Versammlung die Weitherzigkeit des Katholikentages gerühmt, der nicht hinter verschlossenen Türen verhandele, sondern der Presse jeder Richtung Zugang gewähre — ein Beweis für die Lauterkeit und Friedlichkeit des katholischen Geistes. Indes diese Weitherzigkeit macht Halt vor den Türen der Ausschüsse, wo, wenn man Eingeweihten glauben darf, es zu wirklichen Auseinandersetzungen kommen soll. Und doch hätte an den Verhandlungen der Ausschüsse die Oeffentlichkeit ein weitaus größeres Interesse als an den Paradereden der großen Hurraversammlungen und den maschinenmäßigen Abfertigung der Anträge in den geschlossenen Versammlungen oder gar den Offenbarungen des Lourdes-Vereines.

* * *

Die öffentliche Generalversammlung von heute abend zeigte die Festhalle wieder bis auf den letzten Platz gefüllt. Vier Redner waren angekündigt. Zunächst redete Oberlandesgerichtsrat Burlage (Oldenburg) über die römische Frage, das alte, aber immer junge Thema der Katholikentage seit 1871. Der Papst, der oberste Gesetzgeber, Richter, Lehrer und Seelenhirte muß, um seine Aufgaben erfüllen zu können, frei sein; dazu bedarf er der territorialen Souveränität. Doch ist der Katholikentag so gnädig, über den Ausgleich des Papstes mit Italien keine Forderungen zu stellen; er stimmt jedem Ausgleich zu, den der Papst zu treffen für gut hält — ein Verhalten, das die Lösung der römischen Frage nicht als allzu dringlich erscheinen läßt.

Der Klerikalismus ist bekannt wegen seiner Bildungsfeindlichkeit; indessen das Volk fordert aus sich heraus seinen Anteil an den geistigen Gütern. Diesem Bestreben kann sich der Klerikalismus nicht entziehen und es ist ein Zeichen seiner Anpassungsfähigkeit, wenn sich nunmehr auch die Katholikentage mit der Frage der Volksbildung außerhalb der Schule beschäftigen. Ritter v. Kralik (Wien) redete über Volksbildungsbestrebungen. Er verteidigt die Kirche gegen den Vorwurf der Bildungsfeindlichkeit; im Gegenteil: katholisch sein, heiße volksbildend sein. Die Kirche vermittele wahre und allgemeine Bildung, während die Bildungsbestrebungen außerhalb der Kirche es an Klarheit und Wahrheit fehlen ließen. Professor Zahn (Straßburg), der über die Erziehung der Jugend durch die Kunst redet, will die Jugend geschützt wissen vor der Kunst, die mit der christlichen Sittenlehre in Widerspruch steht. Der Jugend, so schließt er, nur die Kunst, die geboren ist aus dem unverfälschten Quell christlichen Glaubens — das heißt: die pfäffische Beschränktheit bestimmt, was dem Volke frommt, und ihrem Gebote haben sich Kunst und Wissen zu fügen.

Der Klerikalismus kann auch nicht umhin, das Dasein einer Frauenfrage anzuerkennen. Lange begnügte er sich mit dem Spruche: Die Frau gehört ins Haus! — aber die Entwickelung hat auch die Ultramontanen gelehrt, daß es mit diesem abweisenden Sprüchelchen nicht getan ist. Und so hat sich denn auch der Essener Katholikentag mit dem heiklen Thema beschäftigt. Ein Geistlicher, Seminarpräses Lausberg (Köln) war ausersehen, die Frauenfrage vom christlichen Standpunkte aus zu beleuchten. Die „christliche Frauenbewegung" legt den Hauptwert auf das ethische Moment, nach ihm erst kommt das wirtschaftliche; sie fordert nicht die völlige Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne, sie geizt nicht nach politischen Ehren und verlangt nicht nach dem Stimmrecht für die Frau. Der Beruf für Haus und Familie steht in erster Linie, daneben aber kommt die Erziehung zur selbständigen Lebensstellung, damit die Frau auch widrigen Umständen gewachsen sei. Lausberg fordert daher die Erweiterung des weiblichen Bildungswesens, aber damit im Zusammenhange muß der Geist des Christentums und der Einfluß der Kirche auf die Erziehung der Mädchen, die selbstverständlich nur konfessionell sein kann, gekräftigt werden; vor allen Dingen darf das „hehre Ideal der christlichen Ehe" bei allen diesen Bestrebungen nicht getrübt werden.

Ergebnis der vielen Reden des heutigen Abends: Der Klerikalismus kann alles, er tut alles und bewilligt alles für das Volk; er gibt den Arbeitern Kunst und Bildung und der Frau ihren Anteil am Leben — aber alles nur soweit es sich mit dem christlichen Glauben verträgt, d. h. soweit es die Masse in der Abhängigkeit von der herrschenden Klasse und ihrer Verbündeten: der Kirche, erhält. Wozu bedürfen wir uns denn auch auf einem Parteitage des Zentrums! —

Amerika in Preußen.

Die Enthüllungen über die skandalösen Zustände in den Chicagoer Schlachthäusern haben mit Recht das Aufsehen der gesamten Kulturwelt erregt. Daß in Preußen ähnliche, wenn auch nicht ganz so ekelhafte Erscheinungen bei der Bearbeitung von Lebensmitteln zutage treten, dafür finden wir die besten Belege in der Denkschrift über das Gesundheitswesen des preußischen Staates, die im Auftrage des Kultusministers von der Medizinalabteilung bearbeitet ist, also wohl turmhoch über dem Verdacht der Beeinflussung durch sozialdemokratische „Hetzer" steht. Die Schilderungen, die uns hier von den Arbeitsräumen in manchen Bäckereien und Schlächtereien gegeben werden, spotten jeder Beschreibung.

So wird u. a. aus Elbing und Marienburg berichtet, daß gegen mehrere Bäckereien wegen Unsauberkeit, Fehlens einer gehörigen Abwässerbeseitigung und von Lüftungsvorrichtungen vorgegangen werden mußte. Sogar im Landespolizeibezirk Berlin hatten die Fleischereien vielfach mangelhafte Arbeitsräume. Im Regierungsbezirk Potsdam und in einzelnen Kreisen der Regierungsbezirke Frankfurt und Stettin zeigten die Werkstätten erhebliche Unsauberkeit. In Belgard fand die Verarbeitung der geschlachteten Tiere in höchst engen und schmutzigen Räumen statt. In Posen liegen die Fleischerwerkstätten oft in Kellern, in denen es an Licht und darum an Sauberkeit, an Ventilation und Einrichtungen zur Abführung der Schmutzwässer fehlt; auch in vielen Bäckereien herrschen diese Uebelstände. In Bad Warmbrunn und in Hermsdorf, Kreis Hirschberg, lagen die **Arbeitsräume der Bäcker oft dicht an Abtritten und Senkgruben.** Im Landkreise Ratibor dienten in zwei Fällen die **Backstuben zugleich als Schlafräume,** einmal sogar als **Kinderstube.** Recht appetitlich scheint es auch in Zeitz zuzugehen. Hier hatten in sehr vielen Bäckereien **die Bäcker sehr verschmutzte Fingernägel,** in anderen Backstuben wurden Knochen und Kartoffelschalen auf dem Backofen gedörrt und die Wäsche getrocknet. In der Hälfte der Arbeitsstätten und sehr oft auch in den Schlafstuben des Personals fehlten Waschvorrichtungen. In Roßla diente in einer Bäckerei die Backstube auch als Wohnraum, in Hohlstedt, Kreis Sangerhausen, diente das **Gemeindebackhaus sogar als Gänsestall.** Im Regierungsbezirk Hannover waren die Werkstätten für Bäcker und Schlächter oft schmutzig und schlecht gelüftet. In einer Backstube im Regierungsbezirk Münster geschah die **Reinigung** nach Angabe des Bäckermeisters nur **einmal im Jahre durch Abkratzen der dicken Teigkruste, mit der der Fußboden bedeckt war.** In einer anderen Bäckerei schliefen die Gesellen in den Ruhepausen auf den Backtischen. Auch im Regierungsbezirk Arnsberg wurde über **Unsauberkeit in Bäckereien** des öfteren geklagt. Arge Mißstände, die man kaum für möglich halten sollte, brachte eine unvermutete Besichtigung von 20 Bäckereien in Krefeld zutage: In 10 Bäckereien wurde der **Schwarzbrotteig von den Angestellten mit den Füßen geknetet;** eine **Backstube stand mit einem Abort in nächster Verbindung;** ein **Lehrling, der ein Geschwür an der Hand hatte, beschäftigte sich anstandslos mit Backen,** und eine ganze Reihe von **Backstuben dienten als Aufenthaltsort für Katzen und Hühner.** Aehnliche Mißstände fanden sich auch im Kreise Kempen vor. Im Regierungsbezirk Köln unterzogen die Kreisärzte mit dem Gewerbeinspektor Schlächtereien und Bäckereien einer Besichtigung, die eine überraschend große Zahl bedenklicher Mängel ergab. Ungeeignete Räume wurden benutzt, Waschgelegenheiten fehlten und Unsauberkeit herrschte bei der Herstellung und Aufbewahrung der Waren. Gleichfalls wurden in Aachen überall böse Zustände festgestellt. In einzelnen Bäckereien werden **Hunde zum Betrieb der Knetmaschine verwandt.** Auch im Regierungsbezirk Trier ließ die Reinlichkeit in Backstuben und Schlachtwerkstätten sehr viel zu wünschen übrig.

Selbstverständlich geben diese Berichte kein vollständiges Bild der in Bäckereien und Schlächtereien herrschenden gemeingefährlichen sanitären Zustände. Wir wissen ja, daß die Zahl der Beamten so gering ist, daß nur ein kleiner Bruchteil der Betriebe inspiziert werden kann. Zweifellos würden, wenn mehr Inspektionen vorgenommen werden könnten, noch ganz andere Zustände ans Tageslicht kommen.

Ebenso wie die eigentlichen Arbeitsräume sind auch die Schlafstellen der Gesellen und Lehrlinge in bezug auf Sauberkeit, Rauminhalt u. dgl. höchst mangelhaft. Aus Elbing und Marienburg wird berichtet, daß die Schlafstellen vielfach zu wünschen übrig ließen, im Bezirk Belgard mußten die Schlafstätten für Lehrlinge von Bäckern und Fleischern mehrfach beanstandet werden, im Regierungsbezirk Hildesheim entsprachen nach Ansicht des Kreisarztes die Schlafräume der Gesellen und Lehrlinge oft selbst nicht den bescheidensten Anforderungen, und ähnlich ist es fast überall bestellt. Wenn irgend etwas, so beweisen diese amtlichen Mitteilungen die Berechtigung der Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft auf Beseitigung des Kost- und Logiswesens.

Man wende nicht ein, daß solche ekelerregenden Zustände, wie sie hier amtlich bestätigt werden, mit dem Wesen des Betriebes in Verbindung stehen und dadurch bedingt sind. Wer einmal Gelegenheit gehabt hat, die mustergültigen Einrichtungen von Konsumvereinen kennen zu lernen, der wird wissen, daß sich bei gutem Willen alle diese Mißstände aus der Welt schaffen lassen. Aber entweder sind die in Frage kommenden Arbeitgeber von dem gleichen Streben, wie die amerikanischen Großkapitalisten beseelt, daß sie Leben und Gesundheit ihrer Mitmenschen freventlich aufs Spiel setzen, um sich ihre Taschen zu füllen, oder aber es sind kleine Krauter, die im Kampf gegen das Großkapital zu so nichtswürdigen Maßnahmen greifen. In beiden Fällen handelt es sich um Begleiterscheinungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Wir können dem preußischen Kultusministerium nur Dank wissen, daß es uns — wenn auch wider Willen — eine so wirksame Waffe im Kampfe gegen die heutige Gesellschaftsordnung in die Hand gegeben hat. —

* * *

Deutsches Reich.

Graf Strachwitz und das Zentrum.

Wir nagelten vor einigen Tagen die skandalösen Auslassungen fest, die ein Mitglied der preußischen Zentrumsfraktion, Graf Strachwitz, unlängst in der „Deutschen Tageszeitung" über die Notwendigkeit weiterer indirekter Steuerbelastungen der nichtbesitzenden Klasse gemacht hatte. Ja, dieser Zentrumsagrarier hatte die Regierung direkt dazu aufgefordert, für den Fall, daß selbst eine Auflösung des Reichstags keine Majorität für derartige Steuern ergebe, **Hand an das bestehende Reichstagswahlrecht zu legen!**

Wir warfen die Frage auf, ob wohl das Zentrum die Energie zeigen werde, diesen reichswahlrechtsfeindlichen Junker aus der Zentrumsfraktion des preußischen Abgeordnetenhauses kurzerhand hinauszubefördern! Es scheint nun, daß man diese Konsequenz nicht zu ziehen gewillt ist. Wohl erklärt die „Köln. Volksztg.", daß die Zentrumspartei „all und jede Mitverantwortlichkeit" für diese Kundgebung des Grafen Strachwitz „ablehne", auch läßt das rheinische Zentrumsorgan durchblicken, daß es dem Grafen keine Träne nachweinen werde, wenn er freiwillig seinen Austritt aus der Fraktion vollziehen werde — allein einer zwangsweisen Hinausbeförderung des scharfmacherischen Zentrumsagrariers wagt auch die „Köln. Volksztg." nicht zu empfehlen!

Das Zentrumsblatt weiß nur zu genau, daß Graf Strachwitz mit seiner Auffassung nicht isoliert steht. Es weiß, wie stark gerade im preußischen Zentrum die agrarischen und arbeiterfeindlichen Tendenzen vertreten sind! Es weiß, daß der gräfliche Scharfmacher innerhalb der Fraktion einflußreiche Unterstützung finden würde. Und mit Recht erinnert die „Bresl. Ztg." daran, daß ja des Grafen Strachwitz programmatisches Wort: „Das Zentrum wird agrarisch sein oder es wird nicht sein", tatsächlich in der Zentrumspolitik seine vollste Erfüllung gefunden hat.

Das Zentrum kann deshalb gar nicht das Tischtuch zwischen sich und den diese Politik beherrschenden Zentrumsagrariern zerschneiden. Auch der Einfluß, den der durchaus agrarische rheinische Bauernverein auf seine Politik ausübt, macht das zu einer Unmöglichkeit. Deshalb sucht sich die Zentrumspresse dadurch aus dem Dilemma zu ziehen, daß sie — ein überaus wohlfeiles, aber zu nichts verpflichtendes Mittel — die Auslassungen ihres Fraktionsmitgliedes einfach desavouiert. Wir werden freilich fortfahren, darauf hinzuweisen, daß das Zentrum **einen Wahlrechtsfeind in seiner Fraktion duldet!** —

Gegen das Freizügigkeitsrecht!

Das Organ Knuten-Oertels fährt fort, die Regierung scharf zu machen, den ländlichen Arbeitern das Recht der Freizügigkeit zu eskamotieren. Die „kleinen Mittel" der Zulassung ausländischer Lohndrücker usw. reichten nicht aus, die „Leutenot" zu beseitigen. „Durchgreifende, große Mittel" seien unbedingt am Platze. Die Regierung soll Fürsorge treffen, „daß die Landwirtschaft heimische Arbeiter in genügender Menge habe und halten könnte." Wie das geschehen muß, will die „Deutsche Tageszeitung" später auseinandersetzen. Vorläufig versichert sie, „daß es ohne ein kräftiges Beschneiden der ungesunden Auswüchse der sogenannten Freizügigkeit nicht abgehen wird." Gleichzeitig bezeichnet das Organ des Bundes der Landwirte schon die bloße Erörterung des Gedankens der Gewährung des Koalitionsrechtes an Landarbeiter als „ein frevelhaftes Spiel mit dem gefährlichsten Feuer."

Man sieht, den Junkern kommt heute der Appetit beim Essen. Die Milliarden des Brot- und Fleischwuchers mit seiner, wie statistisch nachgewiesen ist, Herabdrückung der Lebenshaltung des industriellen Proletariats hat den agrarischen Heißhunger keineswegs gestillt, sondern erst recht rege gemacht. Nun soll durch Beseitigung der Freizügigkeit auch dafür gesorgt werden, daß die Agrarier die Zollbeute auch ganz allein einzuheimsen vermögen, so daß für die Landproletarier nicht einmal Brosamen von der reichgedeckten Tafel der „Strohdachflickenden" abfallen!

Die „Freisinnige Zeitung" widmet den agrarischen Scharfmachern folgende Zeilen:

„Die Agrarier täuschen sich sehr über die Wirksamkeit der von ihnen erhobenen Forderungen zur Einschränkung der Freizügigkeit. Jede Verkümmerung des Rechts, Arbeitsgelegenheit zu suchen, wo sie am günstigsten zu finden ist, würde nicht den Landwirten neue Arbeitskräfte sichern, vielmehr auch die vorhandenen Arbeiter zum Teil noch entziehen und diese veranlassen, den Staub der deutschen Heimat von den Füßen zu schütteln, um jenseits des Meeres in fremden Ländern ihre Arbeitskraft zu verwerten. Für die Sozialdemokratie würde jede Antastung der Freizügigkeit zur Kräftigung ihrer Agitation hoch willkommen sein, weil ihnen dadurch wieder Scharen von Zuläufern zugeführt werden würden, und auch bei den Parteien der bürgerlichen Linken würde die Regierung auf heftigen Widerstand stoßen, wenn sie entsprechend der Forderung des Organs des Bundes der Landwirte Miene machen wollte, die Freizügigkeit einzuschränken. Darum ist die Lockung der „Deutschen Tagesztg." ein Spiel mit gefährlichem Feuer." —

100 Proz. Maklerverdienst! Die „Liberale Korrespondenz" schreibt:

„Bei der Postverwaltung erhalten alle Bewerber, die für den Tropendienst als geeignet befunden sind, zugleich mit der Einberufung ein Zirkular, worin sie darauf aufmerksam gemacht werden, daß es sich für sie empfehle, die für den Tropendienst nötigen Requisiten sich durch die Firma Tippelskirch zu beschaffen, die hierin besonders leistungsfähig sei. In einem uns mitgeteilten Falle hat ein Postbeamter, der zufällig die Bezugsquelle der Firma Tippelskirch in Erfahrung gebracht hatte, für dieselben **Schuhwaren**, wofür die Firma Tippelskirch 35 M. forderte, bei der **Lieferantin von Tippelskirch 18 M. bezahlt.**

Neugierig fragt die „Voss. Ztg.": Wieviel von dem Profit von 17 M. entfielen auf Herrn oder Frau v. Podbielski? —

Wo werde ich denn!

In der „Frankfurter Zeitung" wird mitgeteilt zu dem Hinweis der Presse, daß zwar der frühere Kolonialdirektor Dr. Stübel gegen verschiedene Blätter Klage erhob, als er beschuldigt wurde, daß er bei Tippelskirch beteiligt sei, daß der gleichfalls beschuldigte Podbielski aber ruhig geblieben sei:

„Wir glauben zu wissen, daß damals Herrn v. Podbielski vom Reichskanzler in irgend einer Form, vielleicht in Form einer Anfrage oder eines guten Rates, nahegelegt worden ist, gleichzeitig Strafantrag zu stellen. Podbielski lehnte in seiner für gewöhnlich als jovial bezeichneten, eigentlich aber auch anders zu charakterisierenden Art mit den Worten ab: Wo werde ich denn! Stübel ist beleidigt, weil er Einfluß auf die Vergebung der Lieferungen hat, ich nicht." Gleichzeitig erließ die Firma Tippelskirch eine entsprechende Erklärung. Damit war der Versuch, damals schon eine Aenderung der ganzen Angelegenheit herbeizuführen, gescheitert.

Die Meldung zeigt, daß der Kanzler zwar sich dazu aufgeschwungen hat, dem unempfindlichen Pod eine sanfte Mahnung zukommen zu lassen, daß er aber gegen die burschikose Ablehnung „Wo werde ich denn!" nichts weiter zu unternehmen wagte. Ob ihm, der ja von der Sache wußte, die Uebertragung der Beteiligung an die Frau doch für die Beleuchtung in der Oeffentlichkeit nicht besonders geeignet erschien? Der Vorgang zeigt jedenfalls wieder einmal, daß der Kanzler nicht bloß gegen die „maßgebende Persönlichkeit", sondern auch gegen seine Ministerkollegen nicht einmal Energie aufzuwenden versteht. Wie soll da an eine wirkliche Ausmistung des Kolonialaugiasstalles gedacht werden können. —

Hat Pod um die Schmiergelder gewußt?

Zu der Mitteilung der „Dortm. Ztg.", Herr v. Podbielski habe den Dank des Herrn Fischer für das diesem von Tippelskirch u. Co. gewährte Darlehen entgegengenommen, meldet die „R. G. Korr.", Herr v. Podbielski, der von der frommen Lüge des Herrn v. Tippelskirch nichts gewußt habe, habe die Dankesversicherung so aufgefaßt, als wollte Major Fischer nur im allgemeinen seine Erkenntlichkeit dafür aussprechen, daß er sich ihm stets als ein freundschaftlich gesinnter Gönner gezeigt habe, so oft beide miteinander in Berührung kamen. — Etwas anders stellt die „T. R." die Sache dar. Als Fischer den Wunsch äußerte, Herrn v. Podbielski für seine Hülfsbereitschaft zu danken, kamen seine Freunde in Verlegenheit und baten den Minister, den Major doch zu empfangen, ohne aber auf seinen Dank einzugehen. Herr v. Podbielski zeigte sich dazu bereit und empfing den Major Fischer, ohne daß es zu einer Aussprache zwischen den beiden kam.

Sehr plausibel klingen diese beiden von einander abweichenden Verteidigungen gerade nicht! —

Die Untersuchung gegen den Major Fischer scheint sich ebenfalls in die Länge ziehen zu sollen. Die „Frankfurter Zeitung" will erfahren haben, Bülow habe sich vor einiger Zeit an das Generalkommando des Gardekorps gewandt, um die möglichste Beschleunigung der militärgerichtlichen Untersuchung gegen den Major Fischer herbeizuführen. Es heißt nun aber, daß diese Untersuchung, bei der auf Jahre zurück Bücher, Lieferungen und Verträge zu prüfen sind, auch bei bestem Willen nicht in naher Zeit abgeschlossen werden könne. —

Man hatte auch die Geschäftsbücher der Firma Tippelskirch nach einem Anhalt über die Höhe der Fischerschen Subventionen durchsucht. Natürlich hat man nichts gefunden. Für so naiv brauchte man die Firma Tippelskirch wahrhaftig nicht zu halten!

Wohl aber wäre es interessant, wenn die Oeffentlichkeit etwas über die aus den Büchern ja wohl festzustellende Höhe des Gewinnstes der Herren Podbielski, Bumiller rc. erführe! —

Ein smarter Geschäftsmann.

In der Dienstagsversammlung der Berliner Milchhändler machte der Verbandssyndikus Dr. Flatau einige interessante Mitteilungen über den geschäftlichen Sinn des Landwirtschaftsministers v. Podbielski. Er sagte u. a., von dem Sinn des Ministers für geschäftliche Unternehmungen hätten sich die Angehörigen des Milchhandelsgewerbes von dem Augenblick an überzeugen dürfen, als Podbielski seine Beziehungen zu der inzwischen zusammengebrochenen Vermögensverwaltungsstelle für Offiziere und Beamte gelöst habe, über deren Rechtsnatur jetzt das Berliner Landgericht in einer gegen den Minister angängigen Schadensklage zu entscheiden habe. Als zu Beginn des Milchkrieges der Minister die Verteidigung der Ringschen Milchzentrale im Abgeordnetenhause in der Weise führte, daß er gegen das Berliner Milchhandelsgewerbe sachlich unrichtige Vorwürfe erhob, waren die Milchhändler in der Lage, durch Urkunden über geschäftliche Vorgänge nachzuweisen, daß eine der Quellen, aus denen der Berliner Bevölkerung gewässerte Milch zuströmte, die Bezeichnung trug: „Karstädter Molkerei, Inhaber v. Podbielski". Das habe aber den geschäftlichen Beziehungen zu den Milchhändlern keinen Abbruch getan. Der Minister folge eben als Geschäftsmann modernen Grundsätzen, halte das große Gebiet seiner geschäftlichen Beziehungen grundsätzlich von den Einflüssen persönlicher Empfindlichkeit frei. Er habe zu jener Zeit sogar einen Lieferungsvertrag mit dem Verbande der Milchhändlergenossenschaften selbst abgeschlossen. Der Vertrag sei mit dem Minister selbst nicht etwa, wie manche zu vermuten scheinen, sondern mit der Frau des Ministers geschlossen worden. Vielleicht sei der Minister zu dieser Geschäftsverbindung mit der antiagrarischen Milchhändlerorganisation veranlaßt worden, weil die agrarische Milchzentrale verlange, daß bei ihren Gegenkontrahenten nicht etwa im Geschäftsbetriebe eheliche Gütertrennung bestehe. Wenn die Milchlieferungen Podbielskis nicht durchweg von hervorragender Güte waren, so leistete der Minister doch als Lieferant von Tropenbutter an die deutschen Kolonien ganz hervorragendes. Der Minister, der den Ausschluß der ausländischen Milch vom deutschen Wettbewerb angestrebt und erst im vorigen Jahre ein nachträglich aufgehobenes Beförderungsverbot gegen die dänische Milch veranlaßte, hat sich seinerzeit mit anderen, zum Teil dem Milchhandel angehörenden Personen gerade zur geschäftlichen Ausbeutung des dem dänischen Ingenieur Casse patentierten Verfahrens zum Transport von Milch auf große Entfernungen zusammengetan. Für Rechnung seiner Gesellschaft wurde aus der Schweiz eine nach dem Casseschen Verfahren vorbereitete Milchsendung nach dem Reichspostamt in der Leipzigerstraße dirigiert, wo sie durch Podbielski nach mehrtägiger Verwahrung in den Remisen einem geladenen Interessentenkreise rühmend vorgezeigt wurde. Es sei bedauerlich, daß der Minister nachträglich seine Beteiligung an dem Unternehmen an eine dritte Person abgetreten und so wahrscheinlich die Frage der Einfuhr ausländischer Milch aus dem Auge verloren habe. Leider sei das geschäftliche Schicksal der Gesellschaft dann kein anderes gewesen als daß der Transvaalausstellung und der Vermögensstelle der Offiziere und Beamte.

Auch diese Veröffentlichung fügt zum Charakterbilde des Herrn v. Podbielski nichts Neues. Sie bestätigt nur, was man schon lange wußte, daß er eben ein smarter Geschäftsmann ist, der, wenn es sich um Geldangelegenheiten handelt, dem bewährten Grundsatz huldigt: Non olet!

Wirkungen der Zigarettensteuer. In Kassel hat der antisemitische Abg. Lattmann, der für die Zigarettensteuer gestimmt, bestritten, daß Arbeiterentlassungen und Betriebseinschränkungen usw. die Folge dieser Steuer wären. Als Hauptplatz der Zigarettenindustrie wurde besonders Dresden genannt. Ein Herr Schmidt, der die Sache weiter verfolgte, erhielt nun dieser Tage von Herrn Karl Greiert, Syndikus des Verbandes der deutschen Zigarettenindustrie in Dresden, folgende Zuschrift: „Ihre Annahme, daß in der Zigarettenindustrie sehr viele Arbeiter und Arbeiterinnen brotlos sind, ist vollständig richtig. In Dresden allein sollen zirka 4000 Arbeitnehmer aus den Fabriken entlassen worden sein. Aufträge gehen in den Fabriken fast gar nicht ein, da die Händler ihre Vorräte ausverkaufen wollen und nur das Allernotwendigste, von dem sie keinen Vorrat mehr besitzen, bestellen. Genaue Zahlen können wir Ihnen zurzeit noch nicht mitteilen, wir sind aber mit einer Statistik über die Arbeiterentlassungen, über den Rückgang der Fabrikation usw. beschäftigt, die in einigen Monaten zur Veröffentlichung gelangen wird. Der Herr Reichstagsabgeordnete Lattmann ist naturgemäß gar nicht in der Lage, ein sachgemäßes Urteil über die Verhältnisse in der Industrie abzugeben. Wenn er die Nachricht von Arbeiterentlassungen tatsächlich als Lüge bezeichnet hat, so hat er damit eine Aeußerung getan, die ein sachlich und objektiv denkender Mann nicht tun würde."

Dresdens Reichstagsabgeordnete, bemerkt die „Sächs. Arbeiter-Ztg.", Sozialdemokraten, haben gegen diese Steuer gestimmt. Herr Lattmann ist ein Beweis, wie verlegen gegenüber der Wirkung dieser Steuer jetzt die Leute werden, die sich im Reichstage den Teufel um Volksinteressen scheren. —

Von der deutschen Gerechtigkeit!

In Leipzig erhielt der Genosse Seger als verantwortlicher Redakteur der „Leipziger Volkszeitung" wegen Beleidigung der Insterburger Richter 3 Monate Gefängnis. Den Artikel der „Leipziger Volkszeitung" druckte auch Genosse Donath in Hannover im dortigen „Volkswille" nach, weshalb auch gegen ihn auf Antrag des Landgerichtspräsidenten zu Insterburg das Strafverfahren eingeleitet war. Am Sonnabend fand Termin statt vor der Ferienstrafkammer I. Es handelte sich, um den Tatbestand noch einmal kurz zu referieren, um folgenden Vorgang: Der Inspektor Neufang vom Gute Kuttschmen im Kreise Insterburg hatte am 27. August v. J. den auf dem Gute beschäftigten Arbeiter Walter erschossen. Er war angeklagt worden wegen fahrlässigen Totschlages, und der Staatsanwalt beantragte im Termin vor der Insterburger Strafkammer gegen den Inspektor eine Gefängnisstrafe von 9 Monaten. Das Gericht aber sprach den Angeklagten kostenlos frei. An diese Freisprechung war nun eine Kritik geknüpft, in der die Staatsanwaltschaft den Vorwurf einer unzulässigen Parteinahme des Gerichts für den Inspektor und den der Rechtsbeugung erblickte.

Genosse Donath erklärte, daß er die Notiz im guten Glauben an die Richtigkeit der darin angeführten Tatsachen aufgenommen habe. Eine Beleidigung sei darin nicht enthalten. Er habe sogar den letzten Satz in dem Bericht der „Leipziger Volkszeitung", der lautet: „Wie wäre das Urteil wohl ausgefallen, wenn der Arbeiter den Inspektor erschossen hätte?" beim Abdruck im „Volkswille" weggelassen. Der Vorsitzende gab darauf die seltsame Meinung kund, daß Donath die Kritik gemildert habe, spreche gerade gegen seinen guten Glauben! — eine Logik, der wir nicht zu folgen vermögen. Aus dem verlesenen Insterburger Urteil ist besonders interessant der Passus, der da lautet: „Es war das gute Recht des angeklagten Inspektors, sich mit einem Gewehr zu bewaffnen und in der Dunkelheit sich schußbereit zu halten." Gegen das freisprechende Urteil hat der Staatsanwalt in Insterburg Revision nicht eingelegt. An der Begründung des freisprechenden Urteils war im „Volkswille" insofern Kritik geübt, als hinter den markantesten Worten einige Fragezeichen und Ausrufungszeichen sowie ein Gedankenstrich eingefügt worden war.

Der Staatsanwalt in Hannover meinte, daß der Genosse Donath die Absicht gehabt habe, die Richter in den Augen seiner Parteigenossen herabzusetzen; es werde den Richtern Rechtsbeugung vorgeworfen und Freisprechung eines tatsächlich Schuldigen, während doch festgestellt sei, daß der Inspektor an dem Tode des von ihm erschossenen Arbeiters unschuldig sei. Der Angeklagte hätte sich das sorgfältig abgefaßte Urteil verschaffen müssen! Dann würde er die Ueberzeugung erhalten haben, daß Neufang nicht fahrlässig gehandelt habe. Die vielen Frage- und Ausrufungszeichen seien keine berechtigte Kritik. Darum beantragte er 500 M. Geldstrafe.

Vom Verteidiger des Genossen Donath wurde an der Hand der vom Gericht festgestellten und in der Urteilsbegründung gewürdigten Tatsachen erklärt, daß er das freisprechende Urteil nicht verstehen könne. Ebenso unverständlich sei die Meinung des Staatsanwalts, daß sich der Angeklagte das Urteil habe verschaffen müssen. Das sei doch unmöglich, da doch ihm die Einsicht in die Akten gar nicht zusteht. Aus den Frage- und Ausrufezeichen könne doch nicht mehr herausgelesen werden, als daß der Angeklagte habe sagen wollen: Wie kann auf Grund einer solchen Feststellung auf Freisprechung erkannt werden!

In seiner Replik erwiderte der Staatsanwalt, daß man auch die Tendenz des Blattes bei der Beurteilung der Strafsache berücksichtigen müsse!

Das Gericht verurteilte den Genossen Donath zu 200 M. Geldstrafe. Den Vorwurf der Rechtsbeugung und Parteinahme des Gerichts habe man in dem Artikel nicht finden können. In den Frage- und Ausrufezeichen habe das Gericht aber in Verbindung mit der Ueberschrift „Deutsche Justiz" eine Verhöhnung der Richter, eine Ehrenkränkung gefunden. Diese sei nicht so schlimm wie der Vorwurf der Parteilichkeit. Darum sei auf 200 M. Geldstrafe event. 40 Tage Gefängnis erkannt.

Die Bahnen der Justiz sind völlig verstrickt. In Insterburg kämpfte der Staatsanwalt für die Schuld des angeklagten Inspektors und in Hannover und Leipzig legt sich der Staatsanwalt ins Zeug, weil der Inspektor unschuldig ist. Die beiden sozialdemokratischen Redakteure sind bestraft worden, weil sie mit dem Staatsanwalt in Insterburg von der Unschuld des Inspektors nicht überzeugt sind!

Der Arbeiter ist erschossen, der Mann, der ihn erschoß, ist freigesprochen, die beiden Redakteure, die den Freispruch nicht verstehen konnten, sind verurteilt. So ist's Ordnung in Deutschland. Das ist deutsche Gerechtigkeit. —

Wie die Lehrer behandelt werden. Die Wirtschaftliche Vereinigung der Lehrer der rheinisch-westfälischen Industriebezirke hatte beschlossen, dem Minister v. Studt durch eine Deputation ihre Wünsche betreffs ihrer Gehaltsverhältnisse vortragen zu lassen. Der Minister hat es aber, wie der „Frankf. Ztg." gemeldet wird, abgelehnt, der Deputation eine „Audienz" zu gewähren. —

Ausland.

Frankreich.

Die Bombenaffäre. Aus Marseille wird vom 22. August berichtet: In der Wohnung des verhafteten Schuhmachers Cirillo fand gestern eine neue Haussuchung statt, bei der weitere kompromittierende Papiere gefunden wurden. Bei dem Verhör wiederholte Cirillo seine ersten Aussagen, daß die aufgefundene Bombe von einem jungen Mann herrühre, der ihm ein paar Schuhe zur Reparatur gebracht habe und den er nicht kenne.

Italien.

Ferri schließt sich den Integralisten an.

Aus Rom wird uns geschrieben: Der „Avanti" veröffentlichte dieser Tage an erster Stelle ein Manifest „An die Sozialisten Italiens", in dem die Integralisten ihre Stellung zum inneren Parteizwist darlegen. Ferri ließ diesem Manifest eine kurze Erklärung folgen, in der er sagt, daß die in ihm enthaltenen Ansichten sich mit den seinen decken und seines Dafürhaltens den Bedürfnissen der sozialistischen Partei Italiens in ihrer heutigen Phase voll entsprechen. Somit wäre also die Verschmelzung der Integralisten und der Ferrianer für den nächsten Parteitag eine vollendete Tatsache, das rechte und linke Zentrum, die einander in Bologna gegenüberstanden, obwohl sie kaum eine Nuance trennte, werden auf dem jetzigen Kongreß zusammengehen. Nicht daß Ferri allein über das Verhalten des ganzen linken Zentrums, wie es sich in Bologna darstellte, entschiede, aber die Genossen, die noch heute auf dem Standpunkte Ferris stehen, nachdem Ferri in der Frage des Ministerialismus eine direkt entgegengesetzte Stellung eingenommen hat, wie in Bologna, die gehören zu seinen persönlichen Anhängern und folgen ihm auch in seiner Wendung zu den Integralisten. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß das linke Zentrum überhaupt seit Bologna stark zusammengeschmolzen war, weil viele seiner Glieder dem „Block der Integralisten" beigetreten, andere nach links fortgeschritten sind.

Diese Vereinigung der beiden Zentren ist bei weitem logischer als ihre Trennung. Was die Integralisten wollen, hat Ferri in der Tat immer gewollt: Ein Ende des inneren Zwistes, gegenseitige Duldsamkeit für alles, was nicht im Widerspruch steht zur Taktik des Klassenkampfes und zum sozialistischen Endziel, Bürgerrecht für alle Formen sozialistischer Tätigkeit innerhalb der Partei, Disziplin und Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit. Nur daß Ferri glaubt, das Ende der inneren Zerrissenheit durch guten Willen und gutes Beispiel herbeiführen zu können, während die Integralisten in den Elementen der äußersten Rechten und äußersten Linken Ursachen der Parteizerrissenheit sehen und entschlossen sind, diese ihrer Ansicht nach zum bürgerlichen Radikalismus oder zum Anarchismus entarteten Elemente lieber auszuscheiden, als weiter zersetzend auf die Parteieinheit wirken zu lassen. Ferri wird trotz seines Beitritts zum Block der Integralisten nie die Ausschließung irgend einer Gruppe befürworten, weder der Turatianer noch der Syndikalisten. Wahrscheinlich wird es sogar dem Gewicht seiner Persönlichkeit gelingen, die Ausschließungsgelüste der Integralisten ganz zu paralysieren. So bringt er ihnen zwar den Zuwachs der Stimmen seiner Gruppe, aber unzweifelhaft auch ein Element theoretischer Schwäche und Unklarheit. Denn es ist in der Tat nicht abzusehen, mit welchen Mitteln ein Kongreß dem Parteihader ein Ende machen kann, wenn er die Elemente, die ihn systematisch fördern und nicht anders können, als ihn fördern, weiter in der Partei beläßt.

Was besagt aber sonst Ferris Uebertritt zu den Integralisten und was besagt das Programm dieser Gruppe selbst? Ziemlich wenig, denn es ist in erster Linie ein negatives Programm. „Wir können nicht", heißt es in ihm, „die Methoden derjenigen annehmen, die mit Rücksicht auf augenblickliche teilweise Eroberungen, die gelegentlichen zu bestimmten Zwecken abgeschlossenen Bündnisse mit bürgerlichen Parteien in dauernde verwandeln, die gefährlich sind, weil sie dazu verleiten, dem Opportunismus aus Wahlgründen die spezifische Parteiaktion unterzuordnen, den Charakter des Klassenkampfes zu fälschen, das Maximalprogramm zu verschweigen oder zu bespötteln oder seine Verwirklichung als Hypothese in eine ferne Zukunft zu verweisen und die Gleichgültigkeit gegen die Staatsform bis zum Sichabfinden mit der Monarchie zu steigern. Diese Methode verwischt oder zerstört die entscheidenden Merkmale, die die sozialistische Partei von den bürgerlichen Reformparteien trennen." — Noch weniger können wir die Methode jener anderen annehmen, die an Stelle der Sozialisierung die korporativistische Forderung der Produktionsmittel setzen wollen, an Stelle des Sozialismus das freie Spiel der Kräfte (liberismo di classe), ein Streben, das einer Rückkehr zum Individualismus entspringt oder die glauben, die endgültige Befreiung des Proletariats beschleunigen zu können, indem sie die Eroberung der politischen Macht und jede gesetzgeberische Tätigkeit diskreditieren, das Proletariat an die Verachtung jedes Kampfmittels gewöhnen, außer dem Streik und dem gewaltsamen Aufstand, die Scheidewände des Mißtrauens zwischen Arbeitern und Nicht-Arbeitern erheben und so die Arbeiter von der positiven täglichen Arbeit der Organisation, Eroberung und Selbsterziehung abwenden durch das Trugbild einer revolutionären Kraft, die sich zusammenschließt, um die Stunde zu erwarten, in der ein Handstreich die Ketten zerbricht. Diese Methode bringt den Sozialismus dahin, in Anarchismus zu entarten."

Hierin liegt also nichts als eine Ablehnung der Entartungsformen des Sozialismus; die Sache ist nur die, daß es schwer sein wird, sich darüber zu einigen, wo die Entartung anfängt. Weder Turatis noch Labriolas Auffassung steht z. B. für Ferri außerhalb des Bereichs des Sozialismus. Cabrini, der das Manifest der Integralisten — das mehrere Spalten lang ist — mit unterschrieben hat, erklärt heute im „Avanti", nicht Turati, wohl aber Labriola stehe für ihn außerhalb der Parteidirektive. Andere Integralisten sind entgegengesetzter Meinung, wieder andere sähen gern Ultareformisten und Syndikalisten ausgeschlossen. Das Manifest ist eben zu weit und allgemein, um die Situation zu klären. Es schließe — wenn wir von den beiden Extremen absehen — Rechte und Linke der Partei ein und zwischen der Rechten und Linken soll doch eben der Kampf ausgefochten werden. Auf dem Kongreß muß daher entweder der Block der Integralisten zerfallen, oder die Hauptabstimmung eine Tagesordnung ergeben, die gar nichts klärе und festlege.

Diese Gefahr des Verschwimmens in allgemeinen Phrasen wird übrigens wahrscheinlich durch die Reformisten selbst beseitigt werden. Diese haben nämlich — mit jener brutalen Offenheit, die sie im inneren Parteiverkehr kennzeichnet — drei Forderungen in den Vordergrund gerückt, über die man wird entscheiden müssen, ohne Vertuschungen und Halbheiten, und deren Ablehnung durch den Kongreß eine entscheidende Niederlage dieser Fraktion bedeuten wird. Die Turatianer fordern: 1. Zulassung der außerhalb der Parteiorganisation stehenden autonomen Zirkel zum Kongreß. 2. Aufhebung der bestehenden Parteiorganisation und Bildung eines Föderativverbandes mit unbeschränkter Freiheit der einzelnen Teile, die sich nur zu Wahlbündnissen zusammenschließen müssen. 3. Aufstellung eines Aktionsprogramms für diese neue Föderativ-Organisation, das sich nur auf sofort erreichbare Reformen bezieht. Nimmt der Kongreß diese drei Vorschläge an — das Programm selbst, auf das wir zurückkommen werden, ist bescheidener als das der bürgerlichen Demokraten —, so haben die Reformisten gesiegt. Allerdings ist dann die Siegesurkunde auch der Totenschein der Partei.

Freilich sind es meist nur die Turatianer, die diese Forderung der Parteiauflösung stellen. Labriola und der syndikalistische „Divenire sociale" schließt sich ihnen an. So stellt sich, auch ohne den „Block der Integralisten" ganz von selbst die Frage: sollen Elemente, die die Parteiauflösung wollen, in der Partei bleiben? Ist es nicht logischer — vom Reformismus und Syndikalismus ganz abgesehen — daß sie ihre ersehnte Bewegungsfreiheit außerhalb der Partei finden, anstatt sie in die Partei zu tragen? —

Portugal.

Lissabon, 22. August. Die neue Kammer wird sich aus 73 Liberalen, 43 Progressisten, 23 Konservativen, 4 Republikanern, 2 Nationalisten, 4 Unabhängigen und 4 progressistischen Dissidenten zusammensetzen. —

Balkan.

Türkisch-bulgarischer Griechenkonflikt. Der „Wiener Politischen Korrespondenz" wird aus Sofia gemeldet: Die Pforte hat an die bulgarische Regierung eine Note gerichtet, in der sie ihr Mißfallen über die griechenfeindliche Bewegung in Bulgarien ausdrückt. Die bulgarische Regierung hat hierauf geantwortet, sie betrachte die türkische Note als nicht eingegangen, da der Pforte nicht das Recht zustehe, in innere Angelegenheiten des Fürstentums einzugreifen. Im übrigen betont die bulgarische Antwort, daß die Verfolgungen, denen die griechischen Elemente in Bulgarien ausgesetzt seien, nur die Rückwirkung der Greueltaten darstellten, die in Mazedonien von Bulgaren verübt wurden. Die Pforte sollte daher vor allem in der Türkei selbst geordnete Zustände herstellen

China.

Eine Verfassung?

Aus Peking wird vom 21. August durch Reuter gemeldet: Die Kaiserin-Witwe beabsichtigt, eine Konferenz von hohen Würdenträgern, darunter einigen Vicekönigen, einzuberufen, um über die Annahme einer Verfassung zu beraten. Kommissare, die vor kurzem von einer Auslandsreise heimgekehrt sind, sprechen sich für einen allmählichen Uebergang zu einer konstitutionellen Regierung aus und halten 10 bis 15 Jahre für notwendig, um das Volk durch Erziehung für ein neues Regierungssystem reif zu machen.

Es ist abzuwarten, ob sich die überraschende Meldung bestätigen wird.

Westindien.

Der Aufstand auf Kuba wird ernst. Es liegen folgende Meldungen vor:

Havanna, 21. August. Die Regierung gibt bekannt, daß General **Jose Gomez, der frühere kubanische Präsidentschaftskandidat**, begleitet von einer **Bande von Insurgenten** nach Yaguajay aufgebrochen ist, und daß die Behörden der Provinz Santa Clara die Verhaftung des General Gomez verfügt haben. In Havanna treffen Leute ein, die sich fürchten, auf dem Lande zu bleiben. Es sind Truppen nach Pinar del Rio gesandt und in den Provinzen Santa Clara, Matanzas und Havanna verteilt worden. Die Behörden von Havanna sind bestrebt, die Bevölkerung zum freiwilligen Landgendarmeriedienst zu bewegen.

Havanna, 21. August. Der Aufstand **verbreitet sich über das ganze Land.** Die Hauptgefahr liegt darin, daß die Führer der Erhebung zweifellos eine **zahlreiche Gefolgschaft** finden werden. Sie sind alle **bekannte Meisterschützen** und beim Volke sehr beliebt. Präsident Palma hat unbeschränkte Vollmacht erteilt, Waffen und Munition zu beschaffen, da die kubanische Regierung erkennt, daß die Aufständischen einen Zustand der Anarchie auf der Insel herbeiführen wollen, um das Eingreifen der Vereinigten Staaten gemäß dem Pariser Vertrage zu erzwingen und deshalb die Erhebung so schnell wie möglich zu unterdrücken wünscht. Eine 800 Mann starke Abteilung Aufständischer rückt auf Pinar del Rio vor. Zur Verteidigung der Stadt sind nur 300 Mann Landpolizei verfügbar. Es geht das Gerücht, General Jose Gomez mit 600 Mann stehe an der Spitze einer Erhebung im Bezirk Sant Spiritus.

Washington, 21. August. Die Aufständischen auf Kuba respektieren streng Leben und Privateigentum, mit Ausnahme von Waffen und Pferden.

Aus der Partei.

Die Sozialdemokratie und die katholische Kirche. Von Karl Kautsky. Dieser vor einigen Jahren herausgegebene Sonderabdruck aus der „Neuen Zeit" ist soeben in einer zweiten vom Verfasser neu durchgesehenen Auflage im Verlage der Buchhandlung Vorwärts in Berlin erschienen. Veranlaßt wurde Kautsky zu dieser Schrift durch den „Kulturkampf" in Frankreich, der für unsere französische Bruderpartei von hervorragender Bedeutung war. Die Frage gewinnt auch für Deutschland steigendes Interesse, seitdem das Zentrum seinen Einfluß bei der katholischen Kirche benutzt, gegen unsere Partei mobil zu machen, zugleich aber auch die Macht der Kirche ausspielt, um der Regierung seinen Willen aufzudrücken. Kautsky untersucht in seiner Arbeit den Zusammenhang zwischen Religion und Klerus, sowie die Stellung der Bourgeoisie und die des Proletariats zur Kirche. Er gibt eine Darstellung der ökonomischen und politischen Grundlagen der katholischen Kirche und der prinzipiellen und taktischen Stellung der Sozialdemokratie zu dieser.

Die Broschüre, die von allen Partei-Buchhandlungen bezogen werden kann, kostet 75 Pf., eine Agitationsausgabe 30 Pf.

Zum Parteitage.

Auf der Kreiskonferenz von Offenbach-Dieburg (Bericht siehe unten) sagte Genosse Ulrich zum Thema Maifeier, daß an der bisherigen Feier festzuhalten und die Arbeitsruhe mehr zu propagieren sei. Die Diskussion über den politischen Massenstreik dürfe nicht unterbunden werden, denn es sei zweifellos, daß dieses Mittel im proletarischen Klassenkampfe einmal zur Anwendung kommen werde, wohl am ehesten zur Abwehr reaktionärer Maßnahmen, wie beispielsweise beim Raube wichtiger Volksrechte. Jedoch ehe dies geschehe, müsse völlige Einigkeit über die Anwendung dieses Mittels zwischen Partei und den Gewerkschaften geschehen sein, denn ohne diese könnte das Resultat eines solchen Beginnens nur ein Fiasko sein.

Eine dahingehende Resolution wurde debattelos angenommen.

In einer außerordentlichen Generalversammlung der Wahlkreise München I und II schlug der Ausschuß des sozialdemokratischen Vereins vor, die Delegierten zu beauftragen, sowohl in der Frage der Maifeier wie in jener des politischen Massenstreiks energisch Front zu machen gegen alle Bestrebungen, die geeignet sind, das gute Einvernehmen zwischen Partei und Gewerkschaften zu stören. Angenommen wurde ein von 268 Genossen unterzeichneter Antrag, es möge die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des Parteitages 1907 gesetzt werden. Genosse Ad. Schmid stellte den Antrag, die Delegierten zu beauftragen, auf dem Parteitag dahin zu wirken, daß die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes erhöht und einige hervorragend tätige Gewerkschaftsführer in den Parteivorstand gewählt werden. Genosse Schmidt erinnert in der Begründung seines Antrages daran, daß schon vor zwei Jahren auf dem Parteitage die Tätigkeit des Parteivorstandes einer Kritik unterzogen wurde, worauf Genosse Bebel erklärte, er hätte auch schon Veranlassung gehabt, den Parteivorstand zu kritisieren, wenn er eben selbst nicht Mitglied desselben wäre. Das sei ein Zugeständnis, daß dem Parteivorstand frisches Blut zugeführt werden müsse. Genosse Müller glaubt, daß, wenn der Antrag auf dem Parteitag angenommen würde, Reibungen wie sie in der letzten Zeit zu beklagen waren, für die Zukunft möglichst verhindert und den berechtigten Ansprüchen der Gewerkschaftsbewegung mehr Geltung verschafft würde. Eine Auffrischung des Parteivorstandes, der eine zu bureaukratische und fiskalische Behörde geworden sei, tue not. Es sei zu wünschen, daß der Parteitag in Mannheim ruhig und würdig verlaufe und sich nicht zu einer Reihe von turbulenten Volksversammlungen erniedrige. (Beifall.) Die Diskussion über den Massenstreik sei nützlich und nötig, und sie könne heute ruhiger geführt werden wie in Jena. Die Jenaer Resolution sei auch heute noch ein richtiger Ausdruck der Stellung der Partei zum Massenstreik, und die Gewerkschaften könnten sie ruhig akzeptieren. (Beifall.) Genosse Kauer ersuchte die Delegierten bei Begründung des Antrages auf dem Parteitage besonders zu betonen, daß in Zukunft der stark persönliche Ton in der politischen und Gewerkschafts-Presse unterbleiben solle. Der Antrag Schmid wurde einstimmig angenommen. Als Delegierten wurden gewählt die Genossen Franz Schmitt, Knieriem, Pickelmann und Hoffmann.

Die Generalversammlung des Bochumer Kreisvereins (Bericht siehe unten) nahm folgende Anträge an:

Der Parteitag möge beschließen:

Der Parteivorstand ist durch zwei weitere Sekretäre zu verstärken.

Der Parteivorstand ist verpflichtet, alljährlich mindestens einmal die Vorsitzenden bezw. Parteisekretäre der Provinzialkomitees nebst den politischen Redakteuren der Parteipresse zu einer Konferenz zusammenzuberufen. Auch bei größeren Aktionen, z. B. Wahlrechtsbewegung, ist, um ein einheitliches Vorgehen zu erzielen, eine derartige Konferenz einzuberufen.

Zum Punkte Generalstreik ist ein Korreferent zu bestellen.

Der § 27 des Organisationsstatuts der Gesamtpartei erhält folgende Fassung:

Im Falle des § 2 entscheidet über die fernere Zugehörigkeit zur Partei der Gesamtvorstand des Wahlkreisvereins auf Antrag der örtlichen Organisation.

Dem Ausgeschlossenen steht die Berufung an die Generalversammlung zu.

In letzter Linie entscheidet der Parteitag.

Gewerkschaftliches.

Vom Rechts- und Polizeistaat.

Noch hat sich die Empörung der Nürnberg-Fürther Einwohnerschaft über die Mordtat eines Arbeitswilligen nicht gelegt, so kommt schon wieder eine Meldung, aus der hervorgeht, daß in Nürnberg-Fürth die Streikbrecher systematisch zu Gewalttätigkeiten gegen organisierte Arbeiter aufgereizt werden. Ein Bürger schreibt unserem Parteiorgan in Nürnberg, der „Fränkischen Tagespost", folgendes:

„Ich sah am Montagnachmittag auf einige Minuten zum Fenster herunter und bemerkte, daß soeben zwei Männer an dem von den streikenden Bauarbeitern gesperrten Tunnelbau an der Gibitzenhofstraße um Arbeit vorsprachen. Als sie von der Baustelle zurücktraten, ging ein Streikposten auf sie zu und sprach mit ihnen. Ich konnte von meinem Fenster aus dem Streikposten ins Gesicht sehen und glaubte daraus ersehen zu können, daß der Streikposten mit den zwei Genannten auf freundschaftlichem Fuße stehen müsse; ich erschrak aber nicht wenig, als ich plötzlich einen der beiden Arbeitswilligen ohne den geringsten Grund einen Revolver ziehen und dem Streikposten vor die Brust setzen sah. Kalter Schauer überlief mich, und als ich sah, daß der bedrohte Streikposten durch schleunigste Flucht in einen nebenanliegenden Laden sich in Sicherheit gebracht hatte, rannte ich empört die Treppe hinunter, um der sicher erwarteten sofortigen Verhaftung des Revolverhelden anzuwohnen. Aber die Polizei, die streikende Arbeiter in den letzten Wochen anscheinend oft nur deswegen verhaftete, weil sie gerade im Wege standen, diese Polizei, die harmlos dastehende Menschen niederzureiten versucht oder droht, ihnen die Hand abzuschlagen, diese Polizei nahm den wie einen Banditen handelnden Arbeitswilligen nicht fest. Erst später wurde auf der Polizeiwache sein Name notiert."

Ein zweites Stückchen aus dem Rechts- und Polizeistaat: In Fürth stand ein streikender Maurer vor einem gesperrten Bau Posten. Auf einmal schritt der Baumeister Müdsam auf ihn zu und versetzte dem Streikposten ohne jeden Anlaß einen wuchtigen Schlag ins Gesicht. Auch hier griff die Polizei nicht sofort nach dem prügelnden Unternehmer, sondern man ging gegen die Streikenden vor, so daß es nur deren Zurückhaltung zu danken ist, daß kein Zusammenstoß mit der Polizei erfolgt ist.

Solche Auftritte sind nun seit Wochen in Nürnberg-Fürth an der Tagesordnung und im ganzen herrscht System: Die Behörden wollen den Maurerstreik, der durch den Protzenstandpunkt der Unternehmer das gesamte Baugewerbe ins Stocken brachte, mit Polizeigewalt unterdrücken, der Unternehmer kann ihn aber indirekt durch Provozierung von Krawallen zum Scheitern bringen. Diesem Zwecke dient die von den Unternehmern systematisch betriebene Aufreizung der Streikbrecher zu Gewalttätigkeiten.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Former und Berufsgenossen! Die Former und Gießereiarbeiter in den Ambroinwerken streiken noch weiter und wird ersucht, den Zuzug nach obiger Firma fernzuhalten.

Achtung, Metallarbeiter! Die Differenzen bei der Firma Gillischewski, Uferstraße 5, sind durch Verhandlungen beigelegt. Die Sperre ist hiermit aufgehoben.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Der Streik der Glaser ist beendet. Eine Vertrauensmännerversammlung der Glaser, die gestern im Gewerkschaftshause tagte, beschloß gegen eine starke Minorität, am Freitag die Arbeit aufzunehmen.

Zum Streik bei der Paketfahrt.

Der Kampf ist leider verloren; die Arbeiter sind die Geschlagenen. Es waren meist ungeschulte Truppen; viele standen zum erstenmal im Feuer, und als der Erfolg sich nicht gleich zeigte, als nicht starke Hülfe kam, da flüchteten sie, erst einzeln, zuletzt in Massen. Nicht einmal zwei Wochen hielten sie aus. Der Sieger aber zeigte sich hochmütig und anmaßend. Er wies viele zurück, die sich freiwillig meldeten, und diejenigen, welche Aufnahme fanden, mußten sich demütigen und vor den Augen des Siegers das Verbandsbuch zerreißen und durch Unterzeichnung eines Schriftstücks sich auf Gnade und Ungnade ergeben. Ein Häuflein von nicht ganz hundert Mann ist noch übrig, die Streikunterstützung erhalten. — Hoffentlich ist diese bittere Erfahrung den Arbeitern eine gute Lehre für die Zukunft.

Der Streik der Kohlenarbeiter und Kutscher dauert unverändert fort. In der Vertrauensmännerversammlung, welche am Mittwoch stattfand, wurde besonders darauf hingewiesen, daß bei 6 Firmen, welche zusammen 55 Arbeiter und Kutscher beschäftigen, eine Einigung erzielt und die Arbeit daselbst aufgenommen worden ist. Die Hauptforderung, 10stündige tägliche Arbeitszeit und 45 Pf. Stundenlohn sind von diesen Firmen unterschriftlich zugestanden worden. Obwohl der Geist unter den Streikenden ein äußerst guter ist und Arbeitswillige verschwindend wenige vorhanden sind, haben die Streikenden doch beschlossen, das Einigungsamt anzurufen, um auf diese Weise wirklich einheitliche Lohn- und Arbeitsbedingungen auf den Berliner Kohlenplätzen zu erzielen. Es ist zurzeit noch nicht bekannt, ob auch der Verband der Berliner Kohlengroshändler dem Anruf stattgeben will. Indessen finden weitere Verhandlungen mit verschiedenen Firmen statt. Soeben wird uns mitgeteilt, daß einzelne Brauereien Kohlen von ihren eigenen Leuten abholen lassen. Die Angestellten der Brauereien werden gut tun, darauf zu achten, ob ihnen nicht Streikarbeit zugemutet wird.

Nürnberger Manieren in Berlin!

Streikpostenstehende Kohlenarbeiter sind gestern abend **unter den Augen der Polizei mit dem Revolver bedroht worden!** Die Streikposten hielten sich, ohne sich irgendwie auffällig zu benehmen oder den Verkehr zu stören, unter einem Hochbahnbogen in der verlängerten Schönebergerstraße auf, um darüber Beobachtungen anzustellen, ob auf den dortigen Kohlenplätzen gearbeitet werde. Die Leute saßen auf einem Stapel Bretter und unterhielten sich. **Plötzlich fiel ein Schuß** und darauf stürzten der Chef der Firma Gaßmann, sein Expedient, der Anweiser, Buchhalter und andere Angestellte der Firma auf die Streikposten zu, deren einem der Expedient **den Revolver vor die Brust hielt mit der Drohung, er wolle alle zusammen über den Haufen schießen!** Ein hinzukommender Schutzmann fiel nicht etwa dem Bedroher in die Arme, sondern stellte sich auf dessen Seite und verhinderte mit die Leute an der Ausübung ihres Koalitionsrechtes.

Sollen solche Waffen im wirtschaftlichen Kampf in Deutschland Sitte werden?

Sind die Beamten nicht verpflichtet, die Bedrohung mit einem Verbrechen zu verhindern?

Oder werden wir demnächst gar erleben, daß der Polizeirevolver gegen Streikende in Aktion tritt?

Die Folgen einer derartigen Staatsrettung dürften zu allererst der Kapitalismus und der heutige Staat spüren. Solche Vorkommnisse sind Wasser auf unsere Mühle!

Achtung, Schuhmacher! Seit acht Tagen stehen die Arbeiter der Schuhfabrik von Eckstein, Keibelstraße 39, im Ausstand. Trotz der am Dienstag gepflogenen, fast sieben Stunden währenden Verhandlung konnte keine Einigung erzielt werden. Nur den Putzern wurden Zugeständnisse gemacht, während die übrigen Teilarbeiter vollständig leer ausgingen. Da es sich um eine kleine Fabrik handelt, ersuchen wir die Kollegen um so mehr, ihr Augenmerk hierauf zu richten.

Schuhmacherverband. Ortsverwaltung Berlin.

Ausland.

Die Steingutdreher, Töpfer, Brenner und Hülfsarbeiter der Zieglerschen Tonwaren- und Röhrenfabrik zu Schaffhausen sind wegen Nichtanerkennung der Organisation und Lohnkommission sowie wegen Nichtbewilligung einer 20prozentigen Lohnerhöhung für Hülfsarbeiter in den Ausstand getreten. Darum ist Zuzug strengstens fernzuhalten.

Achtung, Goldschmiede! Bei Herrn Sigismund Fitzka, Goldwarenerzeuger, Wien, 13. Bezirk, Reichgasse 12 und Elslergasse 4, wird gestreikt. Den Wiener Goldschmiedegehülfen ist es bei dieser Firma unerträglich geworden. Das Ausbeutungssystem und das Tyrannisieren der Arbeiter spottet jeder Beschreibung; darum haben sich die organisierten Goldschmiede Wiens entschlossen, dem Herrn Fitzka eine Belehrung darüber zu teil werden zu lassen, wie man mit Arbeitern umzugehen hat. So lange Herr Fitzka Vernunftsgründen nicht zugänglich ist, bekommt er in Wien keinen Arbeiter. Auch die deutschen Goldschmiede werden ersucht, Zuzug von dieser Firma strengstens fernzuhalten. Herr Fitzka begibt sich nach Deutschland, um Arbeitskräfte anzuwerben. Sein Glück versucht er in Berlin, Hanau und Pforzheim, weshalb die Lokal- und Fachblätter ersucht werden, davon Notiz zu nehmen.

Der Generalstreik in Bilbao.

Die streikenden Bergarbeiter fordern eine neunstündige Arbeitszeit sowie 50 Proz. Lohnaufschlag für Ueberstunden und Sonntagsarbeit und Anerkennung der Organisation. Die Grubenbesitzer haben die Forderungen der Arbeiter abgelehnt. Eine Abordnung derselben begab sich zum Gouverneur, um mit diesem zu konferieren, indessen verlief die Besprechung resultatlos. Die Zahl der Ausständigen beträgt bereits 30 000. Truppen in Stärke von 4000 Mann, die an den beherrschenden Punkten aufgestellt sind, schützen die Stadt. Gestern mittag sollte, falls keine Einigung erzielt wird, der Generalausstand proklamiert werden. Das Geschwader wird aus Ferrol erwartet. Man vermutet, daß die Bewegung von dem revolutionären Komitee organisiert ist. Der Kriegsminister wird eintreffen, um den König zu erwarten.

Eingegangene Druckschriften.

„Psychiatrisch-Neurologische Wochenschrift" Nr. 21. Sammelblatt zur Besprechung aller Fragen des Irrenwesens und der praktischen Psychiatrie sowie der Nervenheilkunde. Redigiert von Oberarzt Dr. Joh. Bresler. Jeden Sonnabend ein Heft. Preis vierteljährlich 4 M. Verlag: C. Marhold, Halle a. S.

Dr. jur. S. J. Visser. Die Rechtspflege in den Kulturstaaten. Wünsche über die Reform des Prozeßverfahrens. 19 Seiten. Verlag: F. Dietrich, Leipzig.

„Die Wiener Mädel". Von Alfred Deutsch-German. 17. Band der „Großstadt-Dokumente". Verlag: Hermann Seemann Nachfolger, Berlin NW. 87. Preis 1 M.

Betrachtungen über die zwei Fragen: Pflegedamen für weibliche Arbeiter in Fabrikbetrieben und Arbeiterinnenheim. 32 Seiten. Verlag: M. Krause, Berlin S. 42.

P. F. Walli. Die Dezentralisation der Industrie und der Arbeiterschaft im Großherzogtum Baden und die Verbreitung des Mehrfamilienhauses auf dem Lande. Volkswirtschaftliche Abhandlungen der badischen Hochschulen. Im Abonnement Preis 3 M. Einzelverkauf 3,80 M. Verlag G. Braun, Hofbuchdruckerei Karlsruhe.

Die Wohnungsreform in der Schweiz. 29 Seiten. Von Jak. Lorenz, Verwalter des Arbeits- und Wohnungsamtes in Rorschach.

V. M. de Prado, „Depeschenkaiser". Preis 2 M. Fuhlingers Verlag, Berlin W. 35.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Stadt Quilota vom Erdboden verschwunden.

New York, 22. August. Nach einem Telegramm des „New York Herald" aus Limache ist die Stadt Quilota, 50 Kilometer von Valparaiso entfernt, versunken, so daß nichts mehr von ihr zu sehen ist. Der Stoß, der sie wegfegte, wurde in Valparaiso 4½ Minuten vernommen. Von 10 000 Einwohnern sind weniger als 100 entkommen.

Zum Erdbeben auf Chile.

New York, 22. August. (B. H.) Wie aus Valparaiso berichtet wird, verlassen 30 000 Einwohner die Stadt, um sich nach Santiago zu begeben. Der Kongreß hielt eine Sitzung ab und beschloß, vier Millionen Pesos für die Notleidenden zu bewilligen. Das Gebäude, worin der Kongreß tagte, droht ebenfalls einzustürzen, infolgedessen wurde beschlossen, die nächste Sitzung in einer anderen Lokalität abzuhalten. Die Anzahl der Toten schwankt noch immer zwischen 2000 und 12 000. Die Erdstöße dauern an.

New York, 22. August. (B. H.) Nach einer Meldung des „New York Herald" sind in Valparaiso 5000 Personen umgekommen. Die Erdbeben dauern fort.

Ein Bettel für die Zarenschergen.

Riga, 22. August. (W. T. B.) Mit Genehmigung des Generalgouverneurs soll heute Abend in allen Zeitungen ein Aufruf an die Bewohner der Stadt erscheinen, in dem diese zur Stiftung von Geldspenden zur Anschaffung von Panzern für die Polizisten, denen gegenwärtig große Gefahr droht, aufgefordert werden. Da es der Krone jetzt an Mitteln fehlt, die nötige Anzahl Panzer anzuschaffen, so sei es Pflicht der Gesellschaft nach dem Prinzip einer für alle und alle für einen und im Interesse des allgemeinen Schutzes, der Obrigkeit entgegen zu kommen und nicht zuzulassen, daß der Terror die Tätigkeit der Polizei lähme.

Der Insurgentenaufstand auf Kuba.

New York, 22. August. (B. H.) Aus Kuba wird gemeldet, daß neuerdings kleinere Treffen von den Insurgenten geliefert wurden. Die Regierung ist der Meinung, daß sich die Lage gebessert habe. In Havanna sind 650 Personen, darunter mehrere Polizeioffiziere, verhaftet worden.

Verantw. Redakt.: Carl Wermuth, Berlin-Rixdorf. Inseratenverantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Zum Mannheimer Parteitag

nahmen die Berliner Parteigenossen am Dienstag in sechs großen Versammlungen Stellung. Ueber die Versammlungen gehen uns folgende Berichte zu:

Erster Wahlkreis.

Die Versammlung in Dräfels Festsälen war ziemlich gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende bekannt, daß der alte Genosse Knappe gestorben sei; sein Andenken wurde in der üblichen Weise geehrt.

Zu dem einleitenden Referat über den Parteitag in Mannheim nahm Genosse Oppel das Wort. Die außerordentlich reichhaltige Tagesordnung des diesjährigen Parteitages, so führte er aus, zeigt uns seine große Bedeutung nicht nur für die geschäftlichen Angelegenheiten der Partei, sondern auch für große aktuelle Fragen. Es könnte bemängelt werden, daß in der Tagesordnung in keiner Beziehung auf die revolutionären Kämpfe in Rußland besonders Rücksicht genommen ist, aber man wird sicherlich nicht versäumen, dem schwer kämpfenden russischen Volke durch den Parteitag zu erklären, daß es die volle Sympathie der deutschen Sozialdemokratie besitzt. Der letzte Parteitag hat uns die neue Organisation geschaffen, womit wir sehr zufrieden sein können. Die Organisationen sind gestärkt worden, die Parteipresse ist einflußreicher geworden und zeigt steigende Abonnentenziffern. Redner erinnert an den „Vorwärts“konflikt, auf den er nicht näher eingehen will, da er genugsam behandelt worden ist, der auf dem Parteitage aber noch eine Rolle spielen wird, ebenso wie der politische Massenstreik, der letztere natürlich in hervorragender Weise. Mit Unrecht sei von „Bremsen“ die Rede gewesen, nachdem der erste Versuch gemacht worden war, eine Aenderung des Dreiklassenwahlrechts herbeizuführen, aber alle einsichtigen Genossen seien sich klar darüber, daß hier der Weg zum Ziele nicht durch den politischen Massenstreik führen könnte. — Eine notwendige Stärkung der Agitation ist durch zwei neue Institutionen geschaffen worden: die „Sozialdemokratische Parteikorrespondenz“ und die Rote Kriegsschule zur Ausbildung von tüchtigen Agitatoren. Beide Einrichtungen seien freudig zu begrüßen! — Redner beleuchtet im allgemeinen die einzelnen Punkte der Tagesordnung des Parteitages. Zum parlamentarischen Bericht erklärt er, wie wünschenswert es sei, daß die Fraktion einen Vorstoß unternehme zur Sicherung des Koalitionsrechtes der Arbeiter, das durch § 153 der Gewerbeordnung stets bedroht sei.

Die Maifeier behauptet ihre alte Wichtigkeit und die Partei kann mit Befriedigung auf die letzte Feier zurückblicken; man kann der Partei von gewerkschaftlicher Seite aus keinen Vorwurf machen. Der Punkt „Politischer Massenstreik“ hat durch die Publikationen der „Einigkeit“ an Bedeutung gewonnen. Jene Indiskretionen ließen eine große Kluft zwischen Partei und Gewerkschaft vermuten und die Veröffentlichung des Protokolls über die Verhandlung zwischen Generalkommission und Parteivorstand war zur Pflicht geworden, deren sich der Parteivorstand nicht entziehen konnte. Genosse Oppel zollt den vier Leitartikeln des „Vorwärts“, worin die Stellung der Partei zu den Gewerkschaften scharf präzisiert wird, große Anerkennung. Auf dem internationalen Kongreß in Stuttgart 1907 werden die Fragen über die Maifeier und den Massenstreik bedeutungsvoll sein und es ist notwendig, daß die deutschen Delegierten geschlossen dabei auftreten. Zu dem Punkte „Sozialdemokratie und Volkserziehung“ weist Genosse Oppel auf die im letzten Sonntagsblatte veröffentlichten Leitsätze von Klara Zetkin und Heinrich Schulz hin. Was die Strafrechtspflege angeht, so sollte unser Standpunkt immer schärfer vertreten werden, daß wir unsere Justiz als eine Klassenjustiz empfinden müssen. Unter den Anträgen zum Parteitag wird wieder die Alkoholfrage erscheinen und ferner ein Antrag, daß unsere Genossen sich gewerkschaftlich zentralistisch organisieren. Dagegen wendet sich der Redner als eine unkluge Taktik. Zur Wahl des Parteivorstandes ist vorgeschlagen worden, daß die Generalkommission der Gewerkschaften durch zwei Delegierte im Parteivorstand vertreten sein solle. Der Redner erklärt sich dafür unter der Bedingung, daß auch zwei Delegierte des Parteivorstandes in der Generalkommission vertreten seien. Redner schließt seine Ausführungen mit dem Wunsche, daß der Parteitag wieder einen großen Schritt vorwärts für die Bewegung bedeuten möge.

Eine Diskussion findet nicht statt. Ein Antrag, daß die Parteigenossen beauftragt würden, ihre Familienangehörigen den für sie zuständigen gewerkschaftlichen Organisationen zuzuführen, wird damit begründet, daß der Kampf gegen die Heimarbeit erleichtert werden würde. Der Antrag wird, als nicht vor den Parteitag gehörig, zurückgestellt. Die Genossen Oppel, Dieseler und Strehl werden als Delegierte und Hansen als Ersatzmann gewählt.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: Die Provinzialkonferenz nahm Genosse Schuster das Wort und erklärte, daß die Brandenburger Sozialdemokraten am 2. September Heerschau halten wollen. Von Berlin aus wird für die Agitation in der Provinz sehr viel getan und vieles fällt auf guten Boden. Die Gegner schließen sich immer fester zusammen; der Reichsverband ist tätig, aber auch unsere Organisation wächst, die Provinzpresse ist gut entwickelt; es muß noch viel mehr geschehen trotzalledem und dazu wird die Provinzialkonferenz wieder beitragen.

Die Genossen Lucht, Tabbert und Hansen werden als Delegierte und Träger als Ersatzmann gewählt.

Ein Antrag, daß ein Vortrag über das „Kommunistische Manifest“ im Verein gehalten werden sollte, wurde angenommen und dem Vorstand überwiesen.

Zweiter Wahlkreis.

Die Versammlung für den zweiten Wahlkreis, die im Hofjäger-Palast, Hasenheide 52/53, stattfand, war stark besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Anwesenden das Andenken der seit voriger Versammlung verstorbenen Genossen Jajazak, Schulz und Gummert in üblicher Weise. — Zum ersten Punkte der Tagesordnung referierte Genosse Fischer. Er ging die einzelnen Punkte der reichhaltigen Tagesordnung des Parteitages durch unter besonderer Würdigung der bedeutungsvollen Vorkommnisse. Die beiden ersten Punkte werden auch diesmal leider die meiste Zeit in Anspruch nehmen. Ueber den Bericht des Parteivorstandes wird sich eine lange Debatte entspinnen. Geben doch eine ganze Reihe von Vorkommnissen im letzten Jahre Veranlassung dazu, so der „Vorwärts“-Konflikt, das Verhältnis zu den Gewerkschaften und der jedenfalls wieder von den Berliner Genossen gestellte Antrag, den „Vorwärts“ seines Charakters als Zentralorgan zu entkleiden. Bei Erörterung all dieser Angelegenheiten mögen die Delegierten sich fragen: Wem kann genützt werden? Redner will nicht, daß den Genossen Maulkörbe angelegt werden sollen, hoffe aber, daß die Delegierten sich so äußern, daß den Gegnern kein Material geliefert wird, wonach diese fortwährend suchen, das im Wahlkampf usw. gegen uns verwendet wird. Dem Antrage der Berliner Genossen, den „Vorwärts“ seines offiziellen Charakters zu entheben, stimme er nicht zu. Lebendiger und tiefergehend wird die Behandlung der Frage Partei und Gewerkschaften sein. Redner streift den Kölner Gewerkschaftskongreß und den vorjährigen Parteitag. Ersterer habe zu dem Punkt „Massenstreik“ eine Resolution angenommen, die sich gegen den Generalstreik der Tendenz Friedeberg wendet. Dasselbe trifft bei der Bebelschen Resolution in Jena zu. Redner geht auf die Verhandlungen der Konferenz zwischen Parteivorstand und Generalkommission ein. Es sei undenkbar, daß der Parteivorstand nach wenigen Monaten seine auf dem Jenaer Parteitag vertretene Meinung geändert habe. So wie Silberschmidt die Thesen angegeben, können unmöglich die Besprechungen gepflogen sein. Hier haben Mißverständnisse platzgegriffen, auf die auch die „Einigkeit“ ihre Anklagen aufgebaut habe. Die Anwendung des politischen Massenstreiks ist im Februar nicht gegeben gewesen. Die Veröffentlichung des Protokolls der Konferenz der Vorstände der Gewerkschaften sei eine gebieterische Notwendigkeit für die Partei. Und vielleicht kommen auch Gewerkschaftsführer dazu, die Veröffentlichung des Protokolls im Interesse der Gewerkschaften anzusehen. Denn von einem prinzipiellen Gegensatze zwischen Gewerkschaften und Partei könne keine Rede sein. Nach dreimaligem Lesen des Protokolls habe Redner nur Kleinigkeiten, die nicht von besonderer Klugheit einzelner Gewerkschaftsführer zeugen, gefunden; einen Gegensatz zwischen Gewerkschaften und Partei aber nicht. Die Gewerkschaftsführer sagen, sie wollen sich nicht der Partei unterordnen. Kein Mensch habe dies verlangt. Zwar haben die Gewerkschaften in der Maifeierfrage eine andere Stellung eingenommen. Eine Abstimmung innerhalb derselben könne man nicht vornehmen, sie verlangten sie auch nicht. Die Maifeierresolution ist so gefaßt, daß sie ein Unterordnen der Gewerkschaften nicht bestimmt. — In der Gewerkschaftsbewegung wie in der Parteibewegung sind gewisse Unterschiede vorhanden. Wir haben Peus — Mehring, die Gewerkschaften Bringmann — Geyer oder Bömelburg. Wie wir nicht die Aeußerung Peus' oder Mehrings als die Meinung der gesamten Partei auffassen, so können wir erst recht nicht die Meinung Bringmanns als die der Gewerkschaften bezeichnen. Sollte Bringmann seine Theorien darlegen, so würde er sicher in Verlegenheit kommen. — Redner erwähnte die der Genossin Rosa Luxemburg unterstellte Aeußerung, sie habe die gewerkschaftliche Arbeit als Sisyphusarbeit bezeichnet. Das sei nicht wahr. Im wahren Sinne des Wortes sei sie keine Sisyphusarbeit. Sie ist Notwendigkeit. Aber in gewissem Sinne könne man die gewerkschaftliche Arbeit als solche bezeichnen, nämlich wenn man bedenkt, daß jeder gewerkschaftliche Erfolg durch eine politische Aktion unmöglich gemacht werden könne. Abgesehen von den auf der Konferenz gefallenen Geschmacklosigkeiten, auf die Redner nicht eingehen will, war sie von dem Gedanken getragen, eine Verständigung mit der Partei zu suchen und gemeinsam zu handeln. Es wird zurzeit die Frage ventiliert, ob es nicht ratsam sei, bei dergleichen Angelegenheiten einen Vertreter der Gewerkschaften in den Parteivorstand zu delegieren und umgekehrt. Redner gehe noch weiter. Er meine: da polizeiliche Schwierigkeiten nicht mehr bestehen, ist es vielleicht angebracht, daß beide Organisationen allmonatlich einmal zusammentreten, um aber nicht nur gemeinsam zu beraten, sondern auch gemeinsam zu operieren. Da sind viele Angelegenheiten, die beide Teile interessieren, wie die Agitatorenschule, die Parteikorrespondenz, die Erziehungsfrage usw. — Gegen die Bemerkung des Genossen Bringmann, es gäbe Nurparteigenossen, müssen wir protestieren. Das ist nur eine Redensart. Das ist ebenso falsch, als wollte man von den Gewerkschaftlern — mit Ausnahme von Rexhäuser und einzelnen kleineren Gewerkschaftsführern — sagen, sie seien Nurgewerkschaftler.

Zum Punkt Maifeier werde dem Parteitage voraussichtlich die alte Resolution vorliegen. In diesem Jahre sind gegen die Maifeier keine wesentlichen Meinungen aufgetaucht. Mehr als je ist sie begangen worden. Wenn auch einige Mißhelligkeiten wie in Berlin vorgekommen seien, so ändere das an der Sache nichts.

Durch die innerhalb der Partei- und Gewerkschaftspresse gepflegte Diskussion über den Massenstreik ist dieser abermals auf die Tagesordnung des Parteitages gesetzt worden. Wir wollen hoffen, daß, je mehr die Gegensätze sich zuspitzen, der Gedanke, daß wir uns eines neuen Mittels bedienen, alle unsere Kräfte zusammenspannen müssen, immer mehr in der Arbeiterschaft sich Bahn bricht. Wir sind nicht der Ansicht, daß der Massenstreik mit einem Schlage die Klassenherrschaft beseitigen werde. Daß der Generalstreik nicht in Rußland erfolgreich gewesen, ist kein Beweis für seine Undurchführbarkeit. Die Organisationen in Rußland sind noch schwach und jung. Wir müssen die Voraussetzung der siegreichen Durchführbarkeit des Massenstreiks schaffen. Das sind starke Organisationen. Auch wird die Durchführbarkeit von unseren Gegnern, ihrer Intelligenz und Dummheit, abhängen. — In diesem Sinne werde wohl die Beschlußfassung in Mannheim erfolgen.

Als ein Zeichen, daß der Idealismus in der Arbeiterschaft fortlebt, ist der nächste Punkt: Volkserziehung und Sozialdemokratie anzusehen. Die Reaktion ist bemüht — besonders glaubt sie, ist das neue Schulgesetz dazu imstande — der Sozialdemokratie die Ernte zu verderben. Das erfordert, daß jeder Parteigenosse mehr als je sich der Erziehung seiner Kinder widmet, ihnen sagt, was Schwindel und Humbug und was das Richtige ist. Redner weist auf die Leitsätze der Genossin Zetkin und des Genossen Schulz hin. Was wir in der Sache vermögen, müssen wir tun. Bei der Gelegenheit kommt sicher auch die Frage der Jugendorganisation zur Sprache. Ihre Lösung hänge ab vom Stande der Gesetzgebung und der Geschicklichkeit der Genossen. Wenn wir früher dieser skeptisch gegenüberstanden, so ist es heut nicht mehr der Fall. Von dem Augenblick an, wo der Schulgesetzentwurf angenommen wurde, sagten wir uns: alles was wir können müssen wir tun, um die Jagd dem Einfluß der Reaktionären zu entziehen. Redner schildert dann die Tätigkeit der Agitatorenschule. Sie soll kein Nürnberger Trichter sein, sondern soll methodisch suchend wirken, den Schüler befähigen, sich selbst fortzubilden. So denke sich Redner auch die Volkserziehung.

Die Notwendigkeit des weiteren Punktes: Strafrecht und Strafvollzug begreifen wir alle Tage. Täglich erfahren wir, was Klassenjustiz ist. Nicht, daß der Richter das Recht bewußt beugt. Er kann sich nicht in die Lage der Arbeiter hineinversetzen, kann deren Handlungen nicht verstehen. Daher die für Arbeiter hohen und für die Besitzenden, aus deren Klasse die Richter sich rekrutieren, die gelinden Strafen. In dem Maße, wie die Klassenkämpfe wachsen, nimmt die Klassenjustiz zu. Gelingt es uns, sie zu Fall zu bringen, gut, gelingt es nicht, so haben wir unsere Pflicht getan.

Von dem Parteitage ist zu erwarten, daß er im Interesse und für die Interessen der Arbeiterklasse wirkt. (Lebhafter Beifall.)

Zum Punkt „Anträge zum Parteitag“ erklärte der Vorsitzende, Genosse Schneider, daß die Bezirksführerversammlung Stellung genommen habe zu zwei Anträgen: 1. Die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des Parteitages zu setzen; 2. Das „Vorwärts“-Abonnement zu verbilligen. Beide Anträge habe sie abgelehnt; den ersteren deshalb, da die Tagesordnung des Parteitages ohnehin überlastet sei und den zweiten aus dem Grunde, daß man erst den Parteivorstand für diesen gewinnen müsse. Die Preßkommission werde sich bemühen, im Sinne des Antrages auf den Parteivorstand im nächsten Jahre einzuwirken. — Zum Geschäftsbericht liegen keine Anträge vor. In Sachen des „Vorwärts“-Konfliktes habe die damalige Generalversammlung eine Resolution angenommen. Zu dem Antrage, den „Vorwärts“ als Lokalorgan zu bestimmen, ist die Meinung der Parteigenossen dieselbe wie im vorigen Jahre. Den Delegierten seien somit in den zwei Angelegenheiten Direktiven gegeben. Genosse Schneider empfiehlt, zum Punkte „Massenstreik“ den Delegierten keine bestimmten Direktiven auf den Weg zu geben. Sie werden sich nicht in Gegensatz zu der Meinung der Parteigenossen des Kreises setzen. — Ein Antrag, die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen, findet nicht die genügende Unterstützung.

Es erfolgt nun die Wahl der Delegierten. Auf Vorschlag der Bezirksführerversammlung werden drei Genossen delegiert. Es werden gewählt die Genossen Schneider (532 Stimmen), Meyer (480) und Hensel (348), als Ersatzmann Genosse Jenicke (125).

Zur Provinzialkonferenz lagen keine Anträge vor. Genosse Schneider gibt Aufschluß über die Tätigkeit der Kommission, und bittet den vorliegenden Statutenentwurf, da Anträge dazu nicht gestellt sind und in ganz Berlin darüber genügend diskutiert worden ist, en bloc anzunehmen. Der Entwurf gelangt ohne Debatte gegen eine Stimme zur Annahme. Als Delegierte zur Provinzialkonferenz wurden die Genossen Schwencke (462), Witte (411) und Schreckling (277), als Stellvertreter Genosse Aßwend (129 Stimmen) gewählt.

Genosse Schneider teilt mit, daß der Vorstand zu dem Ausschlußverfahren gegen den Genossen Schulz noch nicht Stellung nehmen konnte, da der Metallarbeiter-Verband, wie Genosse Cohen erklärt hat, die Angelegenheit nicht endgültig geregelt habe. Genosse Bernhard bemerkte, in der „Metallarb.-Ztg.“ sei dem Genossen Schulz wegen Nichtfeierns des 1. Mai eine Rüge erteilt worden, wogegen, wie Genosse Behrend betonte, die Ortsverwaltung Berlin Protest erhoben habe. Davon, daß Schulz vom Metallarbeiterverbande nicht ausgeschlossen werde, könne keine Rede sein. — Der Vorsitzende erwähnte, daß die Genossen in Mariendorf und Tempelhof Lokalkontrolle üben, damit der Boykott nicht durchbrochen werde. — Genosse Schulz meinte, er „habe gehört, daß Genosse Fischer immer in gesperrten Lokalen verkehre“, worauf dieser erwiderte, daß er, solange man ihm keine bestimmten Verfehlungen nachweise, auf das Geschwätz keine Antwort gebe. — Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Dritter Kreis.

Die Genossen des dritten Kreises tagten im großen Saal des Gewerkschaftshauses, der gut besetzt war. Der Vorsitzende Genosse Pohl gab eine kurze Uebersicht der Tagesordnung des Mannheimer Parteitages und gab der Meinung Ausdruck, daß die Punkte 1, 3, 4 und 5 die meiste Zeit in Anspruch nehmen dürften. Beim Parteivorstandsbericht werde jedenfalls die „Vorwärts“-Angelegenheit noch einmal zur Sprache kommen. Die Ausdehnung der Verhandlungen darüber werde ganz von der Einleitung abhängen. Der 3. Punkt (parlamentarischer Bericht) führe sicher zur Besprechung des Fehlens einer Anzahl sozialdemokratischer Abgeordneter bei der Abstimmung anläßlich der Interpellation im Reichstag betreffend das Borussiaunglück. Dann könne auch die Erledigung der Frage der Doppelmandate nicht ausbleiben, nachdem im Reichstag die Diätenfrage in der bekannten Weise geregelt sei. Redner denkt dabei z. B. an die süddeutschen Landtagsabgeordneten. — Die Maifeier werde auch nicht so schnell erledigt sein können. Eine Aussprache darüber werde sehr nötig sein, damit Klarheit geschaffen werde, wie sich die Genossen bei der Maifeier zu verhalten hätten. — Scharfe Debatten werde voraussichtlich auch der politische Massenstreik zeitigen; aber es sei nicht ausgeschlossen, daß ein Ausgleich herbeigeführt werde zu Nutz und Frommen der politischen wie der gewerkschaftlichen modernen Arbeiterbewegung. — Leider würden Punkt 7 und 8 („Sozialdemokratie und Volkserziehung“, sowie „Strafrecht, Strafprozeß, Strafvollzug“) wohl nicht die nötige Beachtung finden; es gehe dann zum Schluß und man wisse ja, wie schlecht die letzten Punkte der Tagesordnung gewöhnlich fortkämen. Die Referenten würden zufrieden sein, ihr Referat halten zu können.

Die Diskussion erfolgte dann über jeden einzelnen Punkt der Tagesordnung des Parteitages gesondert.

Zum Vorstandsbericht ergriff Genosse B. Maaß das Wort: Falls die „Vorwärts“-Angelegenheit zur Verhandlung komme, müsse verlangt werden, sie in breitester Oeffentlichkeit zur Erledigung zu bringen und sie nicht in einer Kommission zu vergraben, daß man es schließlich wieder erlebe, daß sich bürgerliche Tintenkulis an Parteigenossen herandrängten oder sie belauschten, um dann ganz entstellte Berichte zu veröffentlichen. — Genosse Fritz wendet sich dagegen, den Delegierten ein gebundenes Mandat in der Richtung der Maaßschen Anregung zu geben. Nachdem der „Vorwärts“streit so hohe Wogen geschlagen und in der ganzen deutschen Parteipresse erörtert worden sei, sollte man ohne Not die Sache nicht so aufwärmen und so breittreten. — Genosse Maaß erwiderte, daß der „Vorwärts“konflikt aus der öffentlichen Erörterung schon deshalb kaum ausscheiden könnte, weil der Genosse Kolb aus Baden öffentlich den Antrag gestellt habe, den „Vorwärts“ als Zentralorgan wegen Unfähigkeit der Berliner von Berlin zu verlegen. Die Berliner Genossen hätten natürlich ein großes Interesse daran, daß in einer so eminenten Berliner Frage strikte Stellung genommen werde. Die Berliner würden ja durch solche Anträge geradezu provoziert, Stellung zu nehmen. Er wolle natürlich nicht unbedingt ein Mandat verlangen, daß unter allen Umständen in eine öffentliche Verhandlung des „Vorwärts“konfliktes einzutreten sei. Wenn aber die Sache verhandelt werde, dann wünsche er von den Delegierten, daß sie für vollste Oeffentlichkeit der Erledigung einträten. — Genosse Gehrmann: Nachdem innerhalb der Parteipresse und auch in der bürgerlichen Presse der „Vorwärts“streit in einer Weise aufgerollt sei, daß man nichts Neues mehr bringen könne, wäre es ja selbstverständlich, darüber weiter in breiter Oeffentlichkeit zu verhandeln. Es machten sich ja Bestrebungen bemerkbar, wieder eine Begräbniskommission zu schaffen. Wie solche wirkten, nun, das habe man ja erfahren. Schädliche Wirkungen für die Partei wären aus völlig öffentlicher Verhandlung der Sache nicht zu befürchten. So wäre auch er für volle Oeffentlichkeit der Verhandlung, wenn diese angeregt werden sollte. — Genosse Cohen: Der „Vorwärts“konflikt werde wohl angeschnitten werden, das gehe aus süddeutschen Nachrichten hervor. Dem Wunsche von Maaß werde aber nur teilweise entsprochen werden können. Selbst wenn im Plenum eine ausgiebige Besprechung stattfände, werde doch für die endgültige Erledigung eine Kommission nicht zu umgehen sein. Es gebe Dinge, die sich nur in einem kleineren Kreise von Personen richtig erörtern ließen. Die Aeußerungen Kolbs beziehungsweise sein Antrag würden nichts nach sich ziehen. Eine Trennung des Berliner Lokalorgans vom Zentralorgan, die früher übrigens sogar einmal von den Berlinern gewünscht worden sei, werde nicht eintreten. Man habe lediglich — und das werde entscheidend bleiben — aus praktischen finanziellen Gründen den „Vorwärts“ zum Zentralorgan gemacht, zum Schaden der Berliner, die anfangs nicht viel zu sagen hatten darüber und denen erst nach und nach mehr Rechte eingeräumt worden seien, während in anderen Orten die Genossen über ihr Blatt völlig frei verfügten. Von einer Trennung vom Zentralblatt befürchte er nichts, sie sei aber auch gar nicht zu erwarten. — Wenn der „Vorwärts“konflikt zu einem Prinzipienstreit zwischen Radikalen und Revisionisten ausgedeutet worden sei, so habe das in Wirklichkeit mit dem Konflikt nichts zu tun, sondern sei von außen hineingetragen und in unnatürlicher Weise damit verknüpft worden. Wäre das nicht geschehen, dann wäre die sachliche Entscheidung leichter gewesen, die Entscheidung über die Frage: Ist den sechs Redakteuren unrecht geschehen oder nicht? So aber habe man in ganz verfehlter Weise die Sechs einfach „revisionistisch“ und die anderen „radikalistisch“ abgestempelt. Auch er meine, daß der der deutschen Partei keinen Dienst erwiesen habe, der die Genossen das erste Mal schied in Radikale und Revisionisten. Das sei etwas Unnatürliches. Im Ziel und in der praktischen Arbeit kennten wir keine Unterschiede. Auf dem Amsterdamer internationalen Kongreß habe man so recht beobachten können, daß wir nach außen wie nach innen als die eine einheitliche deutsche Sozialdemokratie dastünden. Da gab Deutschland einfach 65 Delegierte an, während die Delegierten anderer Länder sich in Spezialgruppen und -Grüppchen vorstellten. Es sei unser Stolz gewesen, als das einzige Land mit solcher Einheitlichkeit dazustehen. Wer uns in unnatürlicher Weise in Radikale und Revisionisten trenne, der tue uns wahrlich keinen Dienst. Das sei es auch, was in den „Vorwärts“konflikt hineingetragen worden sei und uns geschadet habe, sowie auch in Mannheim nicht dazu beitragen werde, den ganzen „Vorwärts“konflikt rein sachlich zu würdigen. Und schon deshalb halte er es für angebracht, daß, wenn die Angelegenheit im Plenum angeschnitten werde, eine Kommission sie endgültig erledige. — Genosse Gehrmann: Cohen habe am meisten bewiesen, daß die Frage in der Oeffentlichkeit verhandelt werden müsse. Wenn die Meinungen darüber auseinander gingen, so komme das gerade

daher, daß man sich nicht klar werde, welche Gründe die Berliner leiteten. Man denke an Jena. Ueber das, was dort nicht öffentlich verhandelt sei, wären die verschrobensten Annahmen zum Ausdruck gekommen. Nun werde gesagt, wir seien außerhalb einig. Gewiß, es wäre ja auch noch schöner, wenn es nicht so wäre. Wir brauchten doch aber deshalb nicht gewisse Gegensätze zu verschleiern. Im Gegenteil: öffentlich wären sie auszutragen. Warum solle der Parteitag nicht in der Oeffentlichkeit aussprechen, wie er sich zum Vorgehen des Parteivorstandes und der Preßkommission stelle! — Genosse Maaß präzisierte noch einmal seinen Standpunkt und ging auf einige Ausführungen des Genossen Cohen ein. Nicht der kleinste Vorwurf, der der früheren „Vorwärts"redaktion gemacht worden sei, wäre gerade der, daß sie über die geistigen Strömungen in der Partei den Genossen Sand in die Augen zu streuen suchte, daß sie täglich zu erzählen versuchte, daß von zwei Richtungen in der deutschen Partei nicht die Rede sei. Die Verhandlungen in den Berliner Parteikreisen hätten ihr indessen Unrecht gegeben. Es seien tatsächlich zwei Strömungen vorhanden. Das dürfe aber nicht kleinlich persönlich genommen werden. Es sei der Grundsatz aufzustellen, daß bei Parteidiskussionen in erster Linie es sich um sachliche Meinungskämpfe handle. Wenn man indessen schreie: „Der Eisner" oder: „Der Ströbel", dann natürlich brauche man Kommissionen. Verhandle man aber rein sachlich, so brauche man die Oeffentlichkeit nicht zu scheuen. — Genosse Cohen betonte in seiner Erwiderung, daß „zwei verschiedene Strömungen" und „geistige Kämpfe, die notwendig seien", von Maaß als dasselbe betrachtet würden, während es doch zwei ganz verschiedene Begriffe seien. Geistige Kämpfe seien selbstverständlich und müßten durchgefochten werden, denn sonst versumpfe man. Das Vorhandensein solcher geistigen Kämpfe sei aber noch kein Beweis, daß zwei Strömungen da seien. Redner geht darauf noch näher ein, indem er besonders darauf verweist, daß in gewissen aktuellen Fragen, wie z. B. bei der Diskussion um die Beteiligung oder Nichtbeteiligung an den preußischen Landtagswahlen, ganz Radikale und Leute, die man zu Revisionisten gestempelt habe, einträchtiglich auf derselben Seite kämpften. Ebenso auf der anderen Seite. Bezüglich der Art der Behandlung der „Vorwärts"-angelegenheit auf dem Parteitag bleibt Redner bei seiner Auffassung und führt noch an, daß gerade die Frage, ob Recht oder Unrecht geschehen sei, die doch hier zur Entscheidung stehe, unmöglich in einem großen Kreise entschieden werden könne. — Genosse A. Ritter erklärt die Frage, ob der Parteitag nur im Plenum oder erst dort und dann in einer Kommission sich eventuell mit der „Vorwärts"angelegenheit beschäftigen solle, für eine untergeordnete und beantragt Uebergang zur Tagesordnung über den Punkt „Vorstandsbericht", was mit großer Mehrheit angenommen wird.

Beim „Parlamentarischen Bericht" kommt Genosse Pohl auf die Borussiainterpellation zurück. Es wird einstimmig beschlossen, daß die Delegierten folgende Resolution vertreten sollen:

„Die Versammlung (der Parteitag) bedauert auf das lebhafteste die schwache Besetzung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion anläßlich der Borussiainterpellation, durch die eine sofortige Besprechung unmöglich wurde. Es wird erwartet, daß bei späteren Interpellationen unsere Fraktion so vertreten sein wird, daß ein ähnliches Vorkommnis ausgeschlossen bleibt."

Zur Maifeier spricht als erster Diskussionsredner

Genosse Cohen. Er ist auch der Meinung, daß die Maifeier auf dem diesjährigen Parteitag näherer Erörterung bedarf. Angesichts der Dinge, die dieses Jahr aus der Maifeier sich entwickelt hätten, müsse in Mannheim ernstlich erwogen werden, inwiefern es möglich und nutzbringend sei, den an und für sich schönen und großartigen Gedanken der Arbeitsruhe am 1. Mai zur Durchführung zu bringen. Er sei durch seine verantwortungsvolle Stellung in einer großen Organisation seit einer Reihe von Jahren gezwungen, die Frage nüchtern zu erwägen. Er sei zu der Ansicht gekommen, daß die Maifeier nichts anderes sei, als ein eintägiger General- bezw. Massenstreik, und daß auf sie dieselben Erwägungen zuträfen, die die besten unserer Parteigenossen gegenüber dem politischen Massenstreik leiteten. Sie und große Massen von Genossen verträten die Ansicht, daß es Torheit wäre, den politischen Massenstreik bei jeder x-beliebigen Gelegenheit anzuwenden, und daß sich so etwas nicht machen lasse. Dann sollte man aber auch bezüglich der Arbeitsruhe am 1. Mai gerade so vorsichtig sein. Die Unternehmer könnten sich jederzeit auf die Maifeier durch Arbeitsruhe vorbereiten. Er kämpfe auch für den Gedanken. Wenn sich aber die Dinge so zuspitzten, wie in der Metallindustrie und anderen Industrien, wo zu der Zeit gar keine Konjunktur sei und die Unternehmer stets, wenn sie es wollten, große Niederlagen der Arbeiter herbeiführen könnten, dann gehe es nicht, zu sagen: Du mußt durch Arbeitsruhe feiern. Das würde jeder Taktik widersprechen. Man denke nur an das, was den Buchbindern passiert sei. Das könne jedes Jahr unter gleichen oder ähnlichen Verhältnissen jeder anderen Gewerkschaft passieren, und sie könnten solche Erschütterungen nicht auf die Dauer aushalten. Gewiß gebe es auch Berufe, die günstiger daran seien (Baugewerbe). Von vornherein müsse er sich gegen den gewiß kommenden Einwand verwahren, daß nur ein „Gewerkschaftsbeamter, der das große Ziel aus den Augen verloren habe" oder „der in gehobener Lebensstellung sei", so sprechen könne. Es müsse ausgesprochen werden, daß ein Beschluß: „Die Maifeier ist durch Arbeitsruhe zu begehen", gegen jede vernünftige Kampfestaktik verstoße. (Lebhafter Widerspruch.) Die Bedeutung der Arbeitsruhe am 1. Mai müsse auf ihren wahren Wert zurückgeführt werden. Er sähe keine Gefahr für die Arbeiterbewegung darin, wenn einmal dazu andere Beschlüsse herbeigeführt würden. Wenn gesagt werde, eine Maifeier ohne Arbeitsruhe gebe es nicht, dann gebe es in den meisten deutschen Städten keine Maifeier. Möge der Parteitag genügend nüchtern die Durchführbarkeit oder Nichtdurchführbarkeit besprechen, daß man nicht wieder Dinge erlebe wie bei den Buchbindern, die durch die Maifeier auf 5 Jahre völlig kampfunfähig gemacht seien. (Protestrufe.)

Genosse Gehrmann wendet sich gegen Cohen. Dieser berufe sich auf die Buchbinder. Aber es gebe noch andere Gewerbe, die immer wegen der Maifeier Schläge bekommen hätten, trotzdem aber nicht abließen von der Arbeitsruhe, und gegen die jetzt wegen der Maifeier nichts mehr getan werde. — Als Gegenexempel gegen Cohens Ausführungen führe er die Bauarbeiter und Holzarbeiter an, die von ihrer Generalversammlung Anweisung erhalten hätten, die Arbeitsruhe in möglichst großer Zahl durchzuführen. Allerdings, wenn man in Gewerkschaften den Geist großziehe, der alles von Unterstützungen abhängig mache, so würden es die Mitglieder an idealer Begeisterung fehlen lassen. (Beifall.) Der Mannheimer Parteitag könne nichts anderes, als die internationalen Beschlüsse hochhalten. Wenn eine Erörterung der Maifeier notwendig werde, so nicht dahin, daß eine andere Taktik eingeschlagen werde, sondern über die Vorgänge, die sich abgespielt hätten. Cohen spreche von der Vorbereitung von Gegenschlägen der Unternehmer gegen die Maifeier, wenn man ihnen ein Jahr oder ein halbes Jahr vorher kundtue, der erste Mai werde durch Arbeitsruhe gefeiert. Ja, würden denn Lohnforderungen nicht auch vorher beraten? Die Erwartung von Gegenschlägen dürfe eben nicht abhalten davon, für das einmal Gewollte einzutreten. Sonst hörte ja jedes Kampfesideal auf. Auch das Argument Cohens, daß wir eigentlich nichts hätten, wenn uns die Unternehmer den ersten Mai schenkten, sei verfehlt. Denn in dem Falle hätten wir eben etwas durch unser Andrängen erkämpft, einen Erfolg erzielt, der uns zur Genugtuung gereichte und werbend wirkte. Die Tatsache sei nicht aus der Welt zu schaffen, daß die Unternehmer durch Aussperrungen usw. einen großen Schaden erlitten. Wenn sie aber einsähen, daß sie trotz allem nicht die Oberhand gewönnen, würden sie sich schließlich sagen: um diese Frage streiten wir uns nicht mehr. Er gebe zu, daß eine andere Form der Maifeier denkbar wäre. Dann aber werde man nicht die wählen, die das Wohlgefallen der Unternehmer erringe, sondern eine solche, die uns passe. Kämen Anträge zur Maifeier, dann seien sie an den Ort zu verweisen, wo sie hingehörten, nämlich an den nächsten internationalen Kongreß. — Genosse Möbus verweist auf die große Organisation der Buchdrucker, die auch mal die Betriebe still ruhen lassen könne. Bei besserer Propagierung der Maifeier läge es besser. Wenn ein Teil der Gewerkschaftsführer die Meinung vertritt, daß die Maifeier durch Arbeitsruhe nichts nütze, sondern nur schade, dann könnten wir allerdings keine Fortschritte mit der Maifeier machen.

Genosse Eckert vertritt im wesentlichen denselben Standpunkt wie Cohen und bekämpft einige Ausführungen Gehrmanns und Möbus'. Besonders hebt er dabei hervor, daß ein wesentlicher Unterschied bestehe zwischen den Hungertischlermeistern des Ostens von Berlin, mit denen ihre drei, vier Gesellen leicht fertig würden, und den Kühnemännern, soweit die Durchführbarkeit der Arbeitsruhe in Betracht komme.

Genosse Fischer ist feuriger Anhänger der Maifeier durch Arbeitsruhe. Er spricht von Gewerkschaftsführern, die durch schamloseste Agitation dagegen gewirkt hätten.

Genosse Fröhlich findet den Standpunkt Cohens spießbürgerlich. Redner bittet, an der Maifeier durch Arbeitsruhe, die ein Merkstein in der Geschichte der Sozialdemokratie sei, festzuhalten.

Genosse Pohl erklärt, daß er selbstverständlich, wenn er die Besprechung der Maifeier für notwendig erachtete, an eine Anfeuerung zu größerer Beteiligung gedacht habe.

Genosse Knüpfer ersucht, den Beweis dafür zu erbringen, daß irgend ein Gewerkschaftsführer gegen die Maifeier sei. Es gebe keinen. Cohen habe nicht das geringste gegen die Maifeier gesagt. Die Gewerkschaftler wollen lediglich eine einheitliche Regelung der Maifeier. Er hoffe, daß der Parteitag in diesem Sinne die Delegierten beauftragen möge, die zum nächsten internationalen Kongreß gingen. Redner spricht gegen Fröhlich und sagt dann unter anderm: Er habe heute bei Beachtung der Rednerliste daran denken müssen, wie die Bauern in Friedeberg-Arnswalde so oft sagten: wenn bloß nicht so viel Juden in der Partei wären! Heute müsse man in der Versammlung sehen, wie sich die Juden einer gegen den anderen ausspielten. (Großer Lärm. Zuruf: Skandalös!) Richtig wäre, daß in einzelnen Orten Tarife die Maifeier durch Arbeitsruhe enthielten. Die Kehrseite sei aber, daß von einer Branche in einem Orte nicht weniger als 96 000 Mark verpulvert wurden und die Genossen nicht mehr fähig waren, einen Kampf zu führen. In einem Orte habe eine fehlgeschlagene Lohnbewegung lähmend auf die Parteibewegung gewirkt.

Genosse Mau ist für Verschärfung der Maifeier. Er bestreitet, daß die Aussperrung der Buchbinder der Maifeier aufs Konto zu setzen sei. Die Unternehmer würden ohne die Maifeier einen anderen Grund gesucht haben.

Genosse Fröhlich: Genosse Knüpfer habe mit breitem Behagen die rückständigen Ansichten der Friedeberger Wähler vorgetragen. Was er antwortete, wissen wir nicht. Vielleicht sagt er uns, ob er die Juden Marx und Lassalle von seinen Schößen abgeschüttelt habe. Knüpfer habe sich skandalös und eines Sozialdemokraten unwürdig benommen.

Die Debatte über den Punkt wird geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Zum Punkt 7 der Tagesordnung: „Volkserziehung und Sozialdemokratie" machte Genosse Maschke auf die Wichtigkeit der Materie aufmerksam. — Genosse Pohl erklärt, daß nur widrige Umstände es verhinderten, wenn nicht gemäß einem Antrage Maschke die Frage besonders in einer Versammlung des dritten Kreises behandelt wurde.

Zum Punkt: „Sonstige Anträge" begründet Genosse Fröhlich folgenden Antrag der Bezirksführer:

„Trotz des bereits bestehenden Beschlusses, im Falle einer Stichwahl zwischen gegnerischen Parteien sich der Stimme zu enthalten, ist hiergegen vielfach in gröblichster Weise verstoßen worden. Der Parteitag bringt dringend in Erinnerung, daß dieser Beschluß überall und unbedingt respektiert werden muß, soll er nicht zur Farce werden. Ganz besonders aber widerspricht es dem politischen Ehrgefühl der Genossen, der sogenannten freisinnigen Volkspartei irgendwelche Wahlhülfe zu leisten. Diese Partei hat keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne ihrem Hasse gegen die Sozialdemokratie die Zügel schießen zu lassen. Sie hat bei allen Wahlen selbst dem krassesten Reaktionär gegen unsere Genossen zum Siege verholfen und kann heute mit Recht als die Bannerträgerin der Reaktion bezeichnet werden. Eine solche Partei, je eher je besser, vom politischen Schauplatze verschwinden zu lassen, muß als Ehrenpflicht der Genossen betrachtet werden."

Nach kurzer Diskussion wurde die Resolution angenommen. Ein Unterantrag war damit gefallen.

Angenommen wurde ein Antrag, auf die Tagesordnung des Parteitages 1907 „Das Wahlrecht in den Einzelstaaten" zu setzen.

Genosse E. Dittmer stellt und begründet den Antrag, dem Parteitage folgende Resolution zu unterbreiten:

„Die Parteigenossen sind verpflichtet, sich ihrer gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen. Der Parteitag erkennt als Organisationen im Sinne der modernen Arbeiterbewegung einzig die Zentralverbände an."

Auf einige Einwände der Genossen Kräker und Gehrmann erklärte sich Genosse Dittmer damit einverstanden, daß die Resolution erst auf die Tagesordnung des Parteitages 1907 komme. Demgemäß wird beschlossen.

Einige andere Anträge fanden keine Mehrheit.

Gewählt wurden als Delegierte zum Parteitag die Genossen Pohl, Beier, Gehrmann, als Ersatzmann Genosse Kräker. Zur Brandenburger Konferenz delegierte man nach einleitenden Worten des Genossen Gehrmann die Genossen Fritz Schmidt, Zickenrot und Mittag, sowie Genossen Stallmann als Ersatzmann.

Schließlich fand noch folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die Versammlung spricht den Opfern der zarischen Willkür, insbesondere den tapferen Mitkämpfern der deutschen Sozialdemokratie, der Genossin Rosa Luxemburg und dem Genossen Parvus sowie dem Genossen Deutsch ihre Sympathie und ihr unbedingtes Vertrauen aus. Die Generalversammlung erwartet, daß diejenigen Genossen und Parteiblätter, welche diese beiden Genossen mit hämischen Bemerkungen über ihre revolutionäre Taktik verspotteten, ihre Ansicht nunmehr revidieren."

Vierter Wahlkreis.

Die Wahlvereinsversammlung des vierten Kreises war außerordentlich zahlreich besucht, so daß Kellers großer Saal gedrängt voll war. Zum Parteitag in Mannheim hielt Genosse Büchner das Referat. Er sagte, daß der Bericht des Parteivorstandes diesmal ganz besonders viel Interesse erregen werde, schon deswegen, weil daraus die Wirkungen der Reorganisation zu ersehen seien; ferner wegen der Durchführung wichtiger Beschlüsse, wie die über die Kriegsschule der Partei, das „Korrespondenzblatt" für die Presse usw. Ganz außerordentlich wichtig seien in diesem Jahre auch die übrigen Punkte der Tagesordnung. Als Hauptpunkt müsse aber der politische Massenstreik und in Verbindung damit das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften angesehen werden. Mit Recht habe die Veröffentlichung der „Einigkeit" und die Behauptung, der Parteivorstand solle gegen die Jenaer Resolution verstoßen haben, lebhafte Bewegung unter den Parteigenossen hervorgerufen. Nun gelte es für den Parteitag, zu prüfen, ob das Wahrheit ist und ob sich die erste der vereinbarten Thesen nur auf die augenblicklichen Verhältnisse beziehen oder auch für die Zukunft gelten soll. Zu beachten sei, daß der mit A. K. unterzeichnete Artikel von einem Manne geschrieben wurde, der unserer Partei fernsteht. Der Redner erklärte, daß er selbst durchaus auf dem Standpunkt der Jenaer Resolution stehe. In dem Augenblick, wo die Bourgeoisie sich über Gesetz und Recht hinwegsetze, das Wahlrecht zu verkümmern suche, sei die Anwendung außerordentlicher Kampfmittel notwendig. Grundbedingung sei jedoch eine starke Organisation, die es möglich mache, mit einem Schlage in den Kampf einzutreten und ihn, wenn's not täte, ebenso auch mit einem Schlage wieder abzubrechen. Die Frage des politischen Massenstreiks werde nicht wieder von der Tagesordnung verschwinden, und denen, die dagegen ankämpfen, müsse gehörig die Meinung gesagt werden. Der Parteivorstand habe einen Fehler gemacht, indem er das Protokoll von der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände nicht gleich durchgesehen; das aber habe ja Genosse Pfannkuch bereits zugegeben. Was die erwähnte These über die Anwendung des Massenstreiks angehe, so habe ja Genosse Robert Schmidt schon erklärt, daß es sich hierbei nur um die gegenwärtige Situation handelte. Er, Redner, habe das Vertrauen zum Parteivorstande, daß er nicht von der gegen eine ganz geringe Minderheit angenommenen Jenaer Resolution abweichen werde. Der Redner wies dann ebenso entschieden wie sachlich die Angriffe zurück, die in der Vorständekonferenz wie in einigen Parteiblättern gegen die Genossen Rosa Luxemburg und Parvus gerichtet wurden, die, wie auch Genosse Leo Deutsch, mit Leib und Leben für ihre Grundsätze offenmütig allen Gefahren Trotz bieten. Der Redner schloß mit der Mahnung an die Versammlung, die strittigen Fragen ruhig und sachlich zu diskutieren.

Hierauf verlas der Vorsitzende, Genosse Hoffmann, die eingegangenen Anträge, von denen ein Antrag Tarnow, die Versammlung möge sich die in der Dienstagnummer des „Vorwärts" veröffentlichte Resolution der Kölner Wahlkreise, die Parteipresse für die Lokalorganisationen zu sperren und die Parteigenossen zu verpflichten, nur den Zentralorganisationen anzugehören, zu eigen machen, den meisten Stoff zur Diskussion bot.

Genosse Jeziorski sprach gegen den Antrag. Man dürfe sich nicht auf solch' kleinlichen Standpunkt stellen, die Presse für jene Organisationen zu sperren. Er selbst gehöre dem neuen Metallarbeiterverband an. Alle anderen Sachen für diesen Verband würden im „Vorwärts"-Geschäft gedruckt, nur die Annoncen und Berichte nehme der „Vorwärts" nicht auf und daraus folge, daß der größte Teil der „Vorwärts"-Leser so gut wie gar nichts über den Verband erfahre. Die Kölner Resolution müsse abgelehnt werden. — Für diese Resolution sprach der Antragsteller, Genosse Tarnow. Wenn von der Berechtigung der Lokalorganisationen aus historischen Gründen geredet werde, so könne das doch nicht für alle Ewigkeit geltend gemacht werden, wenn aus anderen triftigeren Gründen ihre Beseitigung notwendig erscheine. Was die Abneigung dieser Organisationen gegen die Unterstützungseinrichtungen und Tarifabschlüsse der Zentralverbände angehe, so ständen ja die prinzipiellen Bedenken tatsächlich nur auf dem Papier. Der Umstand, daß die Lokalorganisationen selbst Tarifverträge abschließen, wo es ihnen notwendig erscheint, dann die starke Minderheit, die sich in der letzten Kartellversammlung für die Resolution über das Unterstützungswesen erklärte, bewiesen das. Was halte sie nun noch ab, sich den Zentralverbänden anzuschließen? Der Anarcho-Sozialismus, wie er in der Feenpalastversammlung hervorgetreten, die Aufforderung, der Partei den Rücken zu kehren, seien Folgen dieser Eigenbrödeleien. — Genosse Stumpe hielt die Beratung über Volkserziehung für so außerordentlich wichtig, daß man wünschen sollte, dies wäre der einzige Verhandlungsgegenstand des Parteitages. Die Diskussionen über Partei und Gewerkschaften, so unschön auch manches dabei gewesen sei, schadeten nichts; sie hätten sehr aufklärend gewirkt und sie könnten keine Parteigenossen von der Partei abwendig machen. Sie hätten aber gezeigt, daß etwas faul gewesen. Obwohl eine Zerrissenheit zutage getreten sei wie nie zuvor, werde sich doch eine Einigkeit in der Arbeiterbewegung erzielen lassen. Mit Annahme der Kölner Resolution würde man nur wieder Oel ins Feuer gießen. So scharf solle man nicht vorgehen; damit komme man in jesuitische Meinungsunterdrückung. Die Führer der Zentralverbände aber sollten sich trotz des rapiden Wachstums der Organisationen nicht so aufs hohe Pferd setzen. Man müsse auch auf die Masse derer blicken, die sich, wie zum Beispiel die Beamten, nicht organisieren könnten.

Genosse Hübel äußerte ebenfalls die Meinung, daß der Punkt Volkserziehung der wichtigste sei; daneben aber auch der über das Strafrecht. Ueber Partei und Gewerkschaften sei eine gründliche Aussprache notwendig. Das Protokoll biete genügend Grund dazu. Bringmanns Auffassung von einer besonderen Gewerkschaftstheorie sei geeignet, erst recht Gegensätze zwischen Partei und Gewerkschaften zu schaffen. Dem müsse entschieden entgegengetreten werden. Redner wandte sich dann gegen die Behauptung, Rosa Luxemburg habe die Gewerkschaftsbewegung schlankweg als Sisyphusarbeit bezeichnet. Habe doch die Genossin gleichzeitig diese Arbeit als durchaus notwendig bezeichnet. So verwerflich wie jene Behauptung sei es, wenn man mit allen Mitteln Theoretiker wie Kautsky als urteilsunfähig hinzustellen suche. Die Ausführungen der Theoretiker seien wohl am Platze gewesen. Ganz eigenartig sei auch der Standpunkt v. Elms. Es könne doch der Parteibewegung nur schaden, wenn man behaupte, die Partei habe gar nichts geleistet. Auch hierüber müsse ein gebührendes Wort mit den betreffenden Genossen geredet werden. Den Antrag Tarnow erklärte der Redner für berechtigt. Mit den Lokalorganisationen würden auch die häßlichen Debatten verschwinden.

Genosse Berndt erklärte sich mit der sachlichen und ruhigen Auffassung des Referenten Büchner im allgemeinen einverstanden. Doch habe Genosse Büchner wohl die Veröffentlichung „Hinter den Kulissen" mit dem von A. K. unterzeichneten Artikel der „Einigkeit" verwechselt. Mit diesem Artikel sei der größte Teil der Leiter der Kartellgewerkschaften nicht einverstanden. Jene Veröffentlichung aber enthalte eigentlich nichts anderes als Auszüge aus dem Protokoll der Zentralvorstände, dazu die Frage: „Ist das wahr?", und die Behauptung, daß in solchem Fall Bebel etwas anderes gesagt habe als in Jena. Die 31, die diese Veröffentlichung unterzeichneten, seien mit Ausnahme von zweien oder dreien eifrig tätige Sozialdemokraten. Was die Schimpfereien und den Krach in der Feenpalastversammlung betreffe, so seien hauptsächlich Anarchisten daran schuld. Im selben Augenblick aber, wo Sie die Kölner Resolution annehmen, rauben Sie uns das Koalitionsrecht.

Genosse Wittenberg bemerkte, daß es durchaus berechtigt war, den „Vorwärts" für den neuen Metallarbeiterverband zu sperren. Wer die Gründe kenne, die zur Stiftung des neuen Verbandes führten, wer da wisse, was mit der Sache los ist, müsse mit jener Maßregel einverstanden sein. Der Redner sprach sich gegen den Antrag Tarnow in der Form, wie er gestellt war, aus, und dafür, daß auf anderem Wege eine vernünftige Einigung in der Gewerkschaftsbewegung angestrebt werde. Der Streit zwischen Gewerkschaften und Partei beruhe einzig auf Mißverständnissen des Genossen Silberschmidt. Wer da wolle, daß eine Gesundung in den Zentralverbänden eintrete und daß ihre Führer sich nicht mehr so, wie geschehen, aussprechen, dessen heiligste Pflicht sei es, in den Verbänden selbst eifrigst mitzuarbeiten.

Genosse Langhammer äußerte, daß, wenn die Verhältnisse reif zu einem Massenstreik seien, weder Gewerkschaftskommission noch Parteivorstand ihn zu verhindern imstande sein würden. Uebrigens habe die Gewerkschaftskommission nur gewollt, daß der Generalstreik nicht als einziges Prinzip und Ziel der Agitation hingestellt werde, und im gleichen Sinne habe doch auch Bebel die Anwendung des Massenstreiks nur für den Fall empfohlen, daß kein anderes Mittel des Kampfes mehr übrig bleibt. Nun sei es unverständlich, daß die Genossen über die Frage so aufgebracht diskutieren konnten. Was Bringmann auf der Konferenz sagte, das passe nur für einen engen Kreis und sei auch nur unter dieser Voraussetzung zu beurteilen. Der Redner sprach für Tarnows Antrag. Die Zeiten, wo die Lokalorganisationen daseinsberechtigt waren, sei längst vorbei. Bei den Lokalisten hätten die Anarchisten die geistige Führung.

Genosse Hackelbusch hält ebenfalls den Antrag Tarnows für berechtigt. Mit dem A. K.-Artikel habe auch die „Einigkeit" das Recht verwirkt, zur Partei gerechnet zu werden. Notwendig sei es allerdings auch, daß den Führern der Zentralverbände einmal gründlich die Meinung gesagt werde. Käme es aber zu einem Massenstreik, so werde es den Massen gleichgültig sein, was die Obergewerkschaftsführer dazu sagten. Anzuerkennen sei die Sachlichkeit, mit der der „Vorwärts" über die Streitfrage geschrieben. Mit Recht habe die Redaktion sich wohl für zu anständig gehalten, auf die groben Anwürfe zu antworten. Der Ausspruch, den Käming auf dem Verbandstage der Schneider getan über eine „anarcho-sozialistisch-lokalistisch-radikalistische Schieberkolonne" müsse unbedingt zurückgewiesen werden. Es treffe gar nicht zu, daß die Lokalisten solchen Einfluß auf die Partei ausübten. Alle Vertrauensmänner der Berliner Genossen seien Mitglieder der Zentralverbände

und von den Vorstandsmitgliedern im vierten Kreise gehöre nur ein Revisor der Lokalorganisation an. Meine Kämng, daß eine solche Schieberkolonne in der Partei tätig wäre, so solle er selbst kräftig mitwirken in der Partei, um diese Kolonne zurückzuschieben.

Genosse Brückner hatte den Ausführungen Büchners wenig hinzuzufügen. Trotz abweichender Meinungen habe der Referent ruhig und sachlich gesprochen. Wohl aber müsse er, Redner, auf einiges eingehen, was von Diskussionsrednern gesagt wurde. Der Friedebergschen Generalstreiksidee gegenüber habe der Kölner Gewerkschaftskongreß Stellung genommen, weil man in dem Generalstreik nicht das Mittel erblicken konnte, das Proletariat aus den Fesseln der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu befreien. Bei der Konferenz zwischen Gewerkschaftskommission und Parteivorstand habe es sich darum gehandelt, ob es zur selben Zeit zweckmäßig war, einen Massenstreik anzuwenden. Ohne eine Indiskretion zu begehen, könne es jetzt wohl gesagt werden, daß damals tatsächlich Genossen der Meinung waren, daß bei dem Wahlrechtsraub in Hamburg und bei der preußischen Wahlrechtsbewegung ein Massenstreik geführt werden sollte. Dann aber haben Parteivorstand und Generalkommission erklärt, daß er zu der Zeit nicht zu empfehlen sei. Ob er überhaupt angewandt werden soll oder nicht, darüber hätten in letzter Linie nicht jene beiden Körperschaften, sondern die Massen selbst zu entscheiden, die ihre Haut zu Markte tragen müßten. Darum habe man sich im Parteivorstand und Generalkommission gesagt, daß der Massenstreik nur als letztes Mittel anzuwenden sei, weil zu viel auf eine Karte gesetzt werden müsse. In dieser Auffassung werde man keinen Verrat erblicken können, wohl aber beweise sie, daß sich beide Körperschaften ihrer Verantwortung voll bewußt waren. Bei dem Streit zwischen Partei und Gewerkschaften seien auf beiden Seiten Hiebe geführt worden, die besser unterblieben wären. Zur Stellung der Lokalorganisationen zur Unterstützungsfrage bemerkte der Redner, daß die Lokalisten jetzt auch einsehen lernten, daß sie den Wünschen der Massen in dieser Hinsicht Konzessionen machen müßten. Den Zentralverbänden seien die Unterstützungen auch nichts anderes als Mittel zum Zweck. Der Redner empfahl dann den Antrag Tarnows.

Genosse Wengels freute sich der sachlichen Rede Brückners. Er habe schon erwartet, daß die Gewerkschaftsführer mit einer scharfen Resolution kommen würden. Was die Jenaer Resolution besage, sei doch einfach, daß, wenn die herrschende Klasse uns einmal das Wahlrecht oder vielleicht das Koalitionsrecht nehmen wollte, wir mit den brauchbaren Mitteln darauf antworten. Er, Redner, könne sich wohl vorstellen, daß dann die Arbeiter einfach nicht zur Arbeit gehen und hübsch zu Hause bleiben würden. Der Redner wandte sich schließlich gegen einen der eingelaufenen Anträge, ein Wochenabonnement des „Vorwärts" zu 25 Pf. einzuführen. Die Ueberschüsse des „Vorwärts" würden notwendig gebraucht und ohne Schaden könne man das Monatsgeschäft nicht in ein Wochengeschäft umwandeln.

Hierauf beschloß die Versammlung, die Diskussion auszusetzen, um erst die Wahlen der Parteitagsdelegierten zu vollziehen. Zur Auszählung der Stimmzettel wurde eine zwölfgliederige Kommission eingesetzt. Sie konnte jedoch bei der großen Masse des Materials ihre Arbeit nicht mehr am selben Tage beenden.

Vor Wiedereröffnung der Diskussion wurde die Redezeit auf fünf Minuten beschränkt.

Genosse Wilhelm sprach gegen die Kölner Resolution. Ihre Annahme würde wirken, als wolle man die Lokalisten mit der Peitsche in die Zentralverbände treiben. — Dann wurde ein Antrag auf Debatteschluß angenommen.

Genosse Büchner sagte in seinem Schlußworte unter anderem, daß er, obwohl er selbst schon vor einer Reihe von Jahren als Zentralverbändler gegen die Lokalorganisationen agitiert habe, doch von der Annahme der Kölner Resolution abraten müsse, um nicht noch mehr Oel ins Feuer zu gießen. Nach dem zu urteilen, was Dannenberger in der Kartellversammlung ausführte, könne es so wie so nicht mehr lange dauern, bis sich die Lokalisten den Verbänden anschließen würden.

Darauf folgte die Abstimmung über die vorliegenden Anträge. Der Antrag Tarnow, die Versammlung möge der Kölner Resolution zustimmen, wurde abgelehnt; ebenso ein Antrag, der Parteitag möge Stellung zur Alkoholfrage nehmen, nachdem Genosse Hoffmann darauf hingewiesen hatte, daß dies ja schon auf dem Bremer Parteitag geschehen ist. Zu einem Antrag, der Parteitag möge dem Parteivorstand Auftrag erteilen, eine Broschüre über politischen Massenstreik und Generalstreik herauszugeben, bemerkte Genosse Hoffmann, daß dieser Antrag von den Funktionären fast einstimmig für überflüssig erachtet worden sei, weil der Parteivorstand ja schon eine Broschüre über den Massenstreik herausgegeben hat. Der Antrag wurde abgelehnt. Das gleiche geschah mit dem Antrage, Wochenabonnements des „Vorwärts" einzuführen. Mit den Leitsätzen der Genossen Zetkin und Schulz über die Volkserziehungsfrage erklärte sich die Versammlung einstimmig einverstanden. Sodann nahm die Versammlung die in der vorigen Generalversammlung zurückgestellte Resolution zur Massenstreikfrage an, die seinerzeit von den Leipziger Genossen gefaßt wurde, mit Ausnahme des Satzes, der von der Veröffentlichung des Protokolls handelt, weil dieses Verlangen ja jetzt erfüllt ist. Die Resolution lautet somit:

„Die wirtschaftliche und politische Situation hat sich seit den Beschlüssen des Internationalen Kongresses in Amsterdam und des Parteitages in Jena in keiner Weise geändert, was eine veränderte Stellungnahme in der Frage des politischen Massenstreiks notwendig machte. Im Gegenteil verschärfen sich die Kämpfe zwischen der herrschenden Gesellschaft und dem Proletariat auf wirtschaftlichem wie politischem Gebiete zusehends, so daß das im politischen Massenstreik durch die Beschlüsse anerkannte Kampfesmittel nach wie vor dem Waffenarsenal des Proletariats einverleibt zu verbleiben hat und propagiert werden muß. Die Versammlung verurteilt deshalb alle Versuche, dieses Kampfmittel anders als auf dem legalen Wege der Beschlußfassung der internationalen Kongresse wie der nationalen Parteitage auszuschalten und diese Kongreßbeschlüsse aufheben zu wollen."

Der zweite Punkt: Die Brandenburger Konferenz, wie die Wahl der Delegierten dazu, wurde der vorgeschrittenen Zeit wegen vertagt.

Fünfter Wahlkreis.

Die gut besuchte Versammlung wurde im „Alten Schützenhaus" abgehalten. Zunächst gedachten die Anwesenden des Ablebens zweier Genossen in der üblichen Weise. Alsdann wurden 82 neue Mitglieder als aufgenommen erklärt. Hierauf verlas der Kassierer Kirste die fällige Abrechnung. Demnach belief sich die Einnahme auf 6759,37 M. und die Ausgabe auf 5732,06 M., so daß ein Bestand von 1027,31 M. verblieb.

Sodann referierte Liepmann über die Tagesordnung des Mannheimer Parteitages. Redner führte dazu etwa folgendes aus: Das was die Genossen heute zusammengeführt habe, sei wohl eines der wichtigsten Ereignisse im gegenwärtigen Parteileben. Der Parteitag werde über schwerwiegende Fragen zu beraten haben, deswegen sei es notwendig, die Delegierten zu verpflichten, genau nach der Meinung der Genossen zu handeln. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, werde dieser Parteitag ein Markstein in der Parteigeschichte werden. Was den Bericht des Parteivorstandes anbelange, so werde dieser wohl günstiger ausfallen wie im Vorjahre. Ueber die in Jena beschlossene und eingeführte Organisationsverbesserung lasse sich allerdings ein abschließendes Urteil noch nicht abgeben. Soweit die Dinge aber zu überblicken seien, könne wohl gesagt werden, daß ein guter Fortschritt eingetreten ist. Für Berlin sei dies ohne weiteres zu konstatieren, und man gehe wohl nicht fehl in der Annahme, daß der Verband der Wahlvereine von Groß-Berlin am Jahresschluß die ersten 50 000 Mitglieder zählen werde. Auch die diesjährigen Nachwahlen im Reiche lassen den Schluß zu, daß die in den letzten Vorjahren so übel empfundene Periode des Rückschritts jetzt überwunden ist und einem hoffentlich dauernden Aufstieg Platz macht. Die Wahlen in Essen, Eisenach, Kaiserslautern, Hannover, Altona-Iserlohn und Hagen-Schwelm haben uns einen teilweise recht erheblichen Stimmenzuwachs gebracht und berechtigen deshalb zu weiteren Hoffnungen. — Zu begrüßen sei die Gründung der Partei-Hochschule, trage sie doch dem längst geäußerten Wunsche nach theoretischer Vertiefung endlich Rechnung. Wenn sich auch noch nicht sagen läßt, wie sich diese Bildungsanstalt entwickeln werde, so sei doch wenigstens ein guter Anfang auf diesem Gebiete gemacht. Die Einrichtung eines Bildungsausschusses von 25 Personen erscheine ihm freilich als etwas zu umständlich. Eine Vereinfachung des Aufsichtsapparates könne auch hier nichts schaden. Zur Hebung der Jugendbildung empfiehlt er eine illustrierte Zeitschrift, selbst wenn sie auch mehr Geld kosten sollte, wie dem Parteivorstand vielleicht lieb sein möge. Auch die Herausgabe der Parteikorrespondenz für die agitatorisch tätigen Genossen sei äußerst wertvoll. Allerdings verfahre der Parteivorstand hierbei auch wieder etwas zu sehr nach seinem alten Sparsamkeitsprinzip, indem er nur den hervorragend agitatorisch tätigen Genossen die Korrespondenz zustellen lasse. Hierbei wolle er jedoch bemerken, daß mit der Anstellung des früheren „Vorwärts"-Redakteurs Genossen Schröder bei der Korrespondenz wohl der vollgültige Beweis geliefert sei, daß dem Parteivorstande jede Animosität gegen die früheren Redakteure, geschweige denn der Gedanke an eine Maßregelung derselben durchaus ferngelegen habe. Die Wiedereinstellung sei erfolgt, wenn auch an einem anderen, geeigneter erscheinenden Platze. — Ein besonders erfreulicher Teil für die Genossen werde auch der diesjährige Kassenbericht sein. Abgesehen davon, daß für die um die Volksfreiheit so außerordentlich schwer ringenden russischen Revolutionskämpfer über 307 000 M. aufgebracht wurden, zeigen die Parteifinanzen einen guten Stand. Hieran habe besonders Berlin seinen guten Anteil. Nach den Jenaer Beschlüssen hätte Berlin eigentlich nur rund 25 000 M. an die Parteikasse abzuführen brauchen. In Wirklichkeit aber habe es über 156 000 M. abgeliefert. Hinzu komme auch noch der Ueberschuß des „Vorwärts" in der Höhe von zirka 140 000 M., der doch ebenfalls zur Hauptsache auf das Konto der Berliner Genossen zu setzen sei, so daß von Berlin aus die Summe von 297 000 Mark der Parteikasse zugeflossen ist. Damit sind die Leistungen der vielverschrieenen Berliner jedoch noch keineswegs erschöpft. Rechnet man die Aufwendungen für die Provinzialagitation, die Zeichnungen auf den Russenlisten usw. hinzu, dann sei es nicht zu hoch gegriffen, wenn man die diesjährigen finanziellen Leistungen der Berliner Genossen auf rund eine halbe Million Mark beziffert. Um so eigenartiger müsse es daher berühren, wenn in letzter Zeit wieder von einem Teil der Provinzialparteipresse Stimmung gegen die Berliner Genossen zu machen versucht werde. Diese Animosität gegen Berlin sei wirklich nicht berechtigt. — Das Parteistatut betreffend ist Redner der Meinung, daß der Ausschlußparagraph geändert werden muß. Nur zu häufig zeige es sich, daß die Einberufung der recht kostspieligen Parteischiedsgerichte überflüssig ist, ganz abgesehen von der damit verbundenen großen Umständlichkeit des Verfahrens. — Nachdem Redner dann noch kurz die nächsten Punkte der Tagesordnung gestreift hatte, verbreitete er sich eingehend über die Maifeier und den Massenstreik und damit auch über das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften. Obwohl die diesjährige Maifeier in Berlin, allgemein betrachtet, eine recht imposante gewesen ist, so habe sie doch durch die bekannten Vorkommnisse einen wenig anheimelnden Nebenanstrich erhalten. Es liege ihm nun fern, jene üblen Begleiterscheinungen in ihren Einzelheiten hier noch einmal zur Sprache zu bringen, nicht das Trennende wolle er mehr betonen. Eins aber wolle er feststellen: Die Parteileitung war von vornherein bereit, sofort zu den Unterstützungskosten für die Maiausgesperrten beizutragen, und innerhalb vier Tagen sind aus der Parteikasse auch prompt 90 000 M. an die Berliner Gewerkschaftskommission gezahlt worden. Wer es anders darstelle, sage nicht die Wahrheit. Ja, er könne erklären, daß, wenn die Aussperrung noch größere Opfer erfordert hätte, die Parteileitung sich keinen Augenblick geweigert haben würde, noch mehr Mittel flüssig zu machen. Niemals würde die Partei ihre für die Maiideale leidenden Brüder verlassen. Hoffentlich aber blieben uns solche Auseinandersetzungen, wie sie aus diesem Anlaß in Berlin zu verzeichnen waren, für die Zukunft erspart. Ermunternd hätten sie jedenfalls nicht gewirkt. Das aber müsse ausgesprochen werden: Die Gewerkschaftsmitglieder haben sich die von vielen ihrer Führer geplante Abschwächung der Maifeier nicht gefallen lassen. Einen drastischen Beweis hierfür habe u. a. erst jüngst der Verbandstag der Schneider geliefert. Wenn die Delegierten dieses Verbandstages schließlich auch alles gebilligt haben, was ihr Hauptvorstand unternommen und angeordnet hat — seine Haltung zur Maifeier aber haben sie entschieden gemißbilligt. Deshalb: die Maifeier wird sich durchsetzen, ganz gleichgültig ob sie einem Teil der Gewerkschaftsführer paßt oder nicht. Unverständlich sei es nur, daß es überhaupt noch Genossen geben könne, welche die Feier für überflüssig erklären und damit gegen die Beschlüsse der Parteitage wie auch der internationalen Kongresse obstruieren. — Die Frage des Massenstreiks führe auch gleichzeitig zur Erörterung der übel angebrachten Indiskretion der „Einigkeit" hinsichtlich des Protokolls der internen Konferenz der Gewerkschaftsvorstände wie auch der Verhandlungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission. Ueber die Veröffentlichung des Protokolls ist die Generalkommission zwar ungehalten gewesen. Nachdem aber durch die „Einigkeit" Bruchstücke aus dem Protokoll bekannt gegeben waren und zwar in tendenziöser Weise nur diejenigen, die zuungunsten der Zentralvorstände sprachen, da habe der Parteivorstand mit Recht die Veröffentlichung des ganzen Protokolls veranlaßt. Diese Anordnung des Parteivorstandes habe u. a. auch ihre glänzende Rechtfertigung durch das einmütige Vertrauensvotum der 853 Delegierten auf der letzten Generalversammlung des Verbandes der Wahlvereine von Groß-Berlin gefunden. Ueber die theoretische Erörterung des Massenstreiks lasse sich ja viel sagen. Soviel stehe aber einmal fest, der Massenstreik sei in Jena in die Reihe der politischen Kampfmittel des Proletariats eingereiht worden, und daran habe man sich eben zu halten, ganz gleichgültig ob ein Genosse Gegner oder Anhänger desselben ist. Die Resolutionen von Köln und Jena stehen aber zweifellos im Widerspruch mit einander. Wohin solle man nun mit der Zweiseelentheorie eigentlich kommen? Als Gewerkschaftler beschließt man so und als Parteigenosse so. Das müsse schließlich zu unleidlichen Zuständen führen. Ein Parteigenosse könne und dürfe nicht sagen, für ihn als Gewerkschaftler sei ein den Parteitagsbeschlüssen entgegenstehender Gewerkschaftskongreßbeschluß maßgebend. Eine Diskussion über den Massenstreik zu verbieten, wie man es in Köln getan, sei doch einfach unmöglich. Er, Redner, freilich stehe auf dem Standpunkte: So etwas diskutiert man nicht, sondern dekretiert es. — Hierbei wolle er nun auch gleichzeitig auf die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes hinweisen. Aber nicht nur der Kampf an sich, sondern vor allem sei ein einheitlicher gewerkschaftlicher Kampf notwendig. Damit erkläre er auch wieder, wie schon so oft, daß er die lokalistischen Organisationen für durchaus überflüssig halte; umso überflüssiger, weil sie jetzt selbst gezwungen sind, all die Einrichtungen einzuführen, die in den Zentralverbänden existieren. Er erinnere nur an die jüngsten Kartelldebatten über die Einführung der Unterstützungseinrichtungen. Die Lokalisten thäten deshalb gescheidter, in die Zentralverbände zu gehen und dort nach Kräften für die Partei zu wirken, als in ihrer törichten Eigenbrödelei zu beharren. Wenn die „Einigkeit" in ihren Veröffentlichungen nur immer das Trennende hervorhob, so habe sie damit sehr durchsichtige Zwecke verfolgt. Das müsse aber ausdrücklich betont werden: in den Zentralverbänden gebe es genau so gute Genossen wie in den Lokalorganisationen. Die überspannte Neutralität würde in den Zentralverbänden aber um so eher verschwinden, wenn es eine einheitliche Gewerkschaftsorganisation gäbe. Bedauerlich sei es, daß in der Versammlung niemand von den dem Wahlverein angehörigen bekannteren Gewerkschaftsführern anwesend sei, sonst würde er sie gefragt haben, ob sie den in jener Versammlung angeschlagenen Ton der Genossen Müller, Deinhard, Päplow, Pöysich, Legien und v. Elm als einen passenden bezeichnen könnten. Er wolle nicht Gleiches mit Gleichem vergelten, sonst könne er dem Genossen v. Elm vielleicht sagen: Wenn die Parteigenossen es wollen, so würden auf einem einzigen Gewerkschaftskongreß die Leute der Elmschen Richtung einfach hinweggefegt werden! Die Behauptung, als stände die Partei den Gewerkschaften feindlich gegenüber, sei nachweislich unwahr. Wer diese vage Behauptung immer wiederhole, der füge der Partei tatsächlich ein schreiendes Unrecht zu. Es werde doch jedem Genossen zur Pflicht gemacht, sich der für ihn zuständigen Gewerkschaft anzuschließen. Ganz natürlich sei es jedoch, wenn aus der Partei heraus an die Gewerkschaften die Mahnung ergeht, auch des politischen Kampfes eingedenk zu sein. Ein Blick auf England lehre ja, wie unentbehrlich der politische Kampf für die Arbeiterklasse sei. Die Partei sei eben das rechte und die Gewerkschaften das linke Bein der Arbeiterbewegung. Eins kann ohne das andere nicht bestehen. — Auf die Differenz, die er mit Legien gehabt habe, wolle er hier nicht eingehen. Tatsache sei jedoch, daß Robert Schmidt, der leider in der Versammlung fehle und gegen den er sich deshalb jeder Polemik enthalte, in der Generalversammlung von Groß-Berlin erklärt hat, daß bezüglich der vielumstrittenen These 1 der „enthüllten" Massenstreiksitzung des Parteivorstandes und der Generalkommission nicht Silberschmidt, sondern Bebel recht habe. Es konnte ja auch gar nicht anders sein, als daß Bebel damals nur die gegenwärtige Situation im Auge gehabt hat. Als wir sahen, wie Berlin am 21. Januar in Waffen starrte, da mußte sich doch jeder einsichtige Genosse sagen, es war nur recht gehandelt, daß wir nicht auf die Straße gingen. Zum Schluß seiner mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Ausführungen gibt Redner der Hoffnung Ausdruck, daß auf dem Parteitage der rechte Weg gefunden werden möge, damit Partei und Gewerkschaften einheitlich zum Segen der Arbeiterbewegung wirken können, und empfahl nachstehende von den Genossen Wels, Wasser und Weise ausgearbeitete Resolution:

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins im fünften Berliner Reichstagswahlkreise erachtet es infolge der widerspruchsvollen Auslegung der Jenaer Resolution zum politischen Massenstreik durch die Vertreter der Partei einerseits und eines großen Teiles der Gewerkschaftsführer andererseits für notwendig und zweckdienlich, die Frage des Massenstreiks auf dem Parteitage nochmals zur Beratung kommen zu lassen und bei dieser Gelegenheit das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften einer eingehenden Erörterung zu unterziehen.

Die Versammlung ist der Meinung, daß in dieser wie in allen anderen Fragen der Arbeiterbewegung das engste und einheitlichste Zusammenarbeiten der beiden mächtigsten Zweige der Arbeiterbewegung notwendig ist.

So wie in der Jenaer Resolution zum politischen Massenstreik jeder Parteigenosse verpflichtet wird, sobald für seinen Beruf eine gewerkschaftliche Organisation besteht, derselben beizutreten, oder zu helfen eine solche ins Leben zu rufen, erachtet es die Generalversammlung für die Pflicht eines jeden Gewerkschaftsgenossen, für die Ausbreitung der politischen Organisationen der Sozialdemokratie gleichermaßen Sorge zu tragen.

Sie bezeichnet ausdrücklich im Interesse gegenseitiger, schnellerer und besserer Verständigung sowie größerer Schlagfertigkeit bei gemeinsamen Aktionen jede Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung als für die Arbeiterschaft durchaus schädlich und erklärt insbesondere den in Berlin noch vorhandenen lokalistischen Gewerkschaften gegenüber die Notwendigkeit der einheitlichen zentralistischen Organisationsform.

In Erwägung aber, daß der Befreiungskampf der Arbeiterklasse notwendig ein politischer ist, der gewerkschaftliche Kampf ihn wohl begleitet und unterstützt, nicht aber die Endziele der Sozialdemokratie, die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel, herbeiführen kann, betrachtet die Versammlung einzig die Parteitage der sozialdemokratischen Partei, der politischen Vertreterin der deutschen Arbeiterschaft, als ausschlaggebende Instanz für jeden sich zur Partei Zählenden. Sie verpflichtet jeden Parteigenossen, diesen Beschlüssen jederzeit und in jeder Situation Folge zu leisten und weitere Geltung zu verschaffen.

Die Versammlung erklärt sich mit der Veröffentlichung des Protokolls der Gewerkschaftsvorständekonferenz durchaus einverstanden, weil nur hierdurch eine aufklärende und durch keisterlei Mißtrauen vergiftete Diskussion ermöglicht wurde. Ferner erwartet die Versammlung vom Parteitage, daß er Mittel und Wege finde, um durch engeres Zusammenwirken der leitenden Partei- und Gewerkschaftsinstanzen ein gedeihlicheres, die Gesamtinteressen der Arbeiterbewegung mehr förderndes Verhältnis herbeizuführen.

Als erster Diskussionsredner erhielt Regge das Wort. Es sei ihm unerfindlich, wie Liepmann von einer übel angebrachten Indiskretion der „Einigkeit" sprechen könne. Wer auf einem solchen Standpunkt stehe, habe kein Recht, sich als einen Genossen zu bezeichnen, der da will, daß auch die Masse erfährt, was die Führer unter sich abklarten. Vor allem finde er die Haltung des „Vorwärts" in dieser Angelegenheit als geradezu jämmerlich. Der „Vorwärts" habe nicht aufgeklärt, worum es sich eigentlich handelte. Ueber die Hauptsache sei er aalglatt hinweggeglitten, dagegen habe er die Nebendinge allerdings um so breiter besprochen. Mit ausgesuchter Derbe habe der „Vorwärts" gegen das Bochumer Parteiblatt und die „Sächsische Arbeiterzeitung" polemisiert, aber die Tatsache, daß die Mitglieder zweier so gewichtiger Körperschaften wie Parteivorstand und Generalkommission in klaffendem Widerspruch mit einander standen, ist von ihm keineswegs genügend gewürdigt worden. Es handele sich darum, die Wahrheit zu erfahren. Wessen Behauptung sei nun die richtige, die von Bebel oder die von Silberschmidt? Die Generalkommission halte in ihren Erklärungen an der Silberschmidtschen Darstellung fest. Bebel dagegen spreche nur von einem Mißverständnis. Sei es nun wirklich denkbar, anzunehmen, daß fünf Thesen richtig, die sechste aber falsch wiedergegeben seien? Die Generalkommission könne es sich doch niemals erdreistet haben, eine These zu fälschen. Bebel mit seinem bekannten Temperament würde sich so etwas doch sicher nicht haben gefallen lassen. Deshalb glaube er, daß die Generalkommission recht, Bebel aber unrecht habe. Ueber diesen Punkt Klarheit zu schaffen, das habe die journalistische Ehre des „Vorwärts" einfach erfordert. Es scheine aber, als habe sich die Redaktion gescheut, der Autorität des Parteivorstandes zu nahe zu treten. In Mannheim werde man ja wahrscheinlich wieder eine Resolution fassen, die den Massenstreik betrifft. Ob aber dann etwas anderes geschieht wie bisher, das sei wohl sehr fraglich. Die Arbeiterklasse müsse in Wort und Schrift endlich mehr über den Massenstreik aufgeklärt werden wie bisher. Sonderbar berühre es ihn, daß etwa Geyer, der doch nicht den Standpunkt der meisten anderen Gewerkschaftsführer teilt, nach der bewußten Konferenz den Parteivorstand nicht auf jenes Protokoll aufmerksam gemacht habe. Alle Redner der Konferenz haben es demnach als gegebene Tatsache angesehen, daß der Parteivorstand seine Meinung über den Massenstreik gewandelt hatte. Und was könne man auch weiter annehmen. Tatsache sei doch, daß nach den bekannten Veröffentlichungen der „Täglichen Rundschau" vor dem 21. Januar das Massenstreiksfeuer plötzlich erloschen war. Ursprünglich sei die große Demonstration doch zu Ehren der am 22. Januar vorigen Jahres niederkartätschten russischen Freiheitskämpfer und als allgemeine Sympathiebezeugung zugunsten der russischen Revolution geplant gewesen. Dann aber schob man plötzlich das Wahlrecht vor. Dies sei doch ein Zeichen dafür, daß im stillen etwas vorgegangen sein müsse. Was sei nun aber aus der Wahlrechtsdemonstration geworden? Sie sei einfach im Sande verlaufen. Trotz der starken Organisationen, trotz der guten Parteipresse und trotz der großen Gewerkschaftskassen fürchten uns die herrschenden Klassen viel weniger wie früher. Wolle man die Massen endlich aus ihrer Energielosigkeit reißen, dann müsse der Massenstreik entschiedener propagiert werden.

Huhn ist in der Maifeierfrage vollständig der Ansicht Liepmanns. Er wundert sich jedoch, daß Regge als unentwegter Lokalist derartig gegen den Parteivorstand losgeht, während er die Generalkommission so warm verteidigt habe. Es sei doch himmelschreiend, daß die Gewerkschaftsführer in jener Konferenz solche parteischädigenden Aussprüche getan hätten. Wer habe sie denn jemals als „vollgefressene Kerle" bezeichnet! Aber den Gewerkschaftsführer

müsse sozusagen auf die Füße getreten werden, weil viele von ihnen die Fühlung mit den Massen verloren hätten. Deswegen solle man auch dafür sorgen, daß zu dem nächsten Gewerkschaftskongreß nicht wieder Beamte, sondern Leute aus den Reihen der Organisation delegiert würden. Mit der Maifeier wäre man zweifellos schon viel weiter, wenn nicht die Beamten, wie beispielsweise bei den Metallarbeitern, immer gegen die Arbeitsruhe gesprochen hätten. Solchen Führern müsse eben gezeigt werden, daß die Massen die Feier haben wollen. Nehmen doch jetzt die Verbandstage aller Organisationen Stellung zur Regelung der Maiunterstützung. Hierin liege doch der beste Beweis zur Festigung des Maiideals. Was den Massenstreik anbelangt, so könne es ja gar nicht sein, daß der Parteivorstand einen anderen als den „gegenwärtigen" Zeitpunkt im Auge gehabt habe. Damit sei auch das Rätsel gelöst, das Regge nicht zu lösen vermochte. Bezüglich der Lokalisten ist Redner der Meinung, daß diesen die Parteipresse überhaupt gesperrt werden müßte. (Widerspruch.) So würden sie am ersten ihre schädliche Sonderbündelei aufgeben und in die Zentralverbände gehen, wo sie dann ja ihren Radikalismus nachdrücklich zur Geltung bringen könnten.

Wels konstatiert, daß Regge diesmal schon etwas anders gesprochen habe als sonst. Wenigstens habe dieser seine Angriffe gegen den Parteivorstand, dem er in der vorigen Versammlung noch schmählichen Arbeiterverrat vorwarf, bereits bedeutend reduziert. Die „Einigkeit" habe nun durch die Art, wie sie Teile des Protokolls veröffentlichte, den schlagendsten Beweis erbracht, daß es ihr nicht darauf ankam, der Arbeiterbewegung einen Dienst zu erweisen, sondern daß sie im Trüben fischen wollte. Das Blatt hätte die Verpflichtung gehabt, nicht nur die Aussprüche zu veröffentlichen, die gegen die Partei oder die Parteiführer gerichtet waren, sondern es mußte auch jene Redner zitieren, die jene Angriffe zurückwiesen. Da dies aber nicht geschehen ist, so kennzeichneten sich die Veröffentlichungen der „Einigkeit" als einseitig und tendenziös. Was die Hintermänner der „Einigkeit" jedoch in Wirklichkeit beabsichtigten, das zeige mit verblüffender Deutlichkeit der bekannte Kleinleinsche Artikel, der nichts mehr und nichts weniger als eine Spaltung der Partei forderte und empfahl. Das also sei die Tendenz der „Einigkeit", wenn sie ihre Karten vielleicht zum Aerger Reggeß und anderer Lokalisten auch etwas sehr ungeschickt aufgedeckt hat. Völlig unberechtigt sei nun der Vorwurf Reggeß, daß die Haltung des „Vorwärts" in dieser Sache eine jämmerliche gewesen sei. Gerade die Redaktion hat dringlich die Freigabe des Protokolls zur Veröffentlichung gefordert. Sie konnte jedoch nicht eher mit der Veröffentlichung beginnen, als bis die formalen Wege erschöpft waren. Was würde es für einen Eindruck in der Oeffentlichkeit gemacht haben, wenn der „Vorwärts" als Zentralorgan der Partei die Veröffentlichung eher vorgenommen hätte, bevor der Parteivorstand die Anweisung dazu gab. Einen solchen Eingriff in die Rechte des Parteivorstandes würden auch die Genossen gar nicht gelitten haben. Nachdem aber alle formalen Wege erschöpft waren, habe der Parteivorstand durchaus recht gehandelt, als er die Veröffentlichung anordnete. Wäre dies nicht geschehen, dann hätte Regge auch in der heutigen Versammlung wohl Obertwasser behalten. So aber sei es jetzt ein leichtes, seine Kritik auf ihr richtiges Maß zurückzuführen. Soviel stehe nun einmal fest: Der „Vorwärts" habe hier in jeder Hinsicht seine Pflicht und Schuldigkeit getan. Auch als andere Parteiblätter zum 21. Januar den Eintritt in den Massenstreik forderten, habe der „Vorwärts" die Sachlage richtig beurteilt. Eine andere Stellungnahme war unter sachlicher Würdigung der damaligen Verhältnisse gar nicht möglich, als die Januardemonstration mit dem Wahlrechtskampf zu verbinden. Solche Kämpfe wie der Massenstreik können eben nur mit der Masse und nicht mit einzelnen Idealisten geführt werden. Die Masse wäre im Januar aber für eine derartige Aktion nicht zu haben gewesen. Wo bleibe nun aber die Logik Reggeß? Er selbst sage, bei der vorhandenen Energielosigkeit der Masse hätten uns die herrschenden Klassen weniger zu fürchten wie früher! Das sei nun zwar nicht richtig, beweise aber, wie sich bei den Lokalisten alles im Kreise drehe. Uebrigens hätten jetzt ja auch die Lokalisten endlich einmal ihre eigene Ohnmacht in aller Form anerkannt. Laut Kartellbericht des „Vorwärts" haben sie unumwunden zugegeben, daß sie völlig einflußlos seien, und daß sie mit ihren Schlagworten keinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken können, geschweige noch die Massen an sich zu ziehen vermögen. Wenn es so stehe, dann habe auch Regge keine Ursache mehr, hier den Mund so voll zu nehmen. Gerade die letzten Schmerzenstöne im lokalistischen Kartell beweisen zur Genüge, wie notwendig eine einheitliche gewerkschaftliche Organisation sei. Die Sonderbündelei — das müsse einmal deutlich ausgesprochen werden — sei einfach ein Verrat an der Arbeiterbewegung. Es würden dadurch nur die Kräfte zersplittert und nutzlos vergeudet. — Bebels Erklärung zu der Darstellung Silberschmidts sei sachlich und würdig. Sie genüge für jeden denkenden Genossen. Er, Redner, könne versichern, daß der ganze Parteivorstand noch nicht einen Augenblick von dem Standpunkt, den er in Jena zum Massenstreik eingenommen habe, abgewichen sei. Notwendig sei es allerdings, daß in Mannheim eine gründliche Aussprache über die divergierenden Ansichten zweier solcher Körperschaften, wie es der Parteivorstand und die Generalkommission nun einmal sind, erfolgt. Der Parteitag werde in dieser Hinsicht jedenfalls auch vollere Arbeit machen wie bisher. Zu wünschen wäre, daß eine Personalunion für beide Körperschaften derart Platz griffe, daß ein Teil der Parteivorstandsmitglieder gleichzeitig der Generalkommission angehörten und umgekehrt. Ob es diesmal aber schon dahin komme, sei allerdings noch fraglich. Wie dem aber auch sein werde, immer sei zu bedenken, daß wir einer Welt von Feinden gegenüber stehen. Angesichts dessen rufe er den Genossen zu: Bitter Not tut uns Einigkeit zum Kämpfen und zum Siegen! (Beifall.) In seinem kurzen Schlußwort bemerkte Liepmann u. a., die ganze Geschichte der jetzigen Massenstreiks-Auseinandersetzung sei lediglich daher gekommen, daß Silberschmidt in der Fixierung der ersten These das Wörtchen „gegenwärtig" ausgelassen habe.

Einstimmig wurde hierauf die erwähnte Resolution angenommen.

Ebenfalls zur Annahme gelangte folgender Antrag Regges:

Der 5. Berliner Wahlkreis ersucht den Mannheimer Parteitag, den Parteivorstand zu beauftragen, eine leicht verständliche Broschüre herauszugeben, die den Zweck hat, die Arbeiterklasse über die Bedeutung des Massen- resp. Generalstreiks aufzuklären und die geeignet erscheint, unter Hinweis auf die durch den Materialismus erzeigte Energielosigkeit der Masse die Arbeiterklasse dem Idealismus zuzuführen und zu energievollen Klassenkämpfern zu erziehen. Die Broschüre muß zur Verbreitung allen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

Als Parteitagsdelegierte wurden sodann gewählt die Genossen Liepmann, Wasser und Holzapfel. — Von einer Debatte über die Tagesordnung der Brandenburger Provinzialkonferenz nahm die Versammlung der vorgerückten Zeit halber Abstand. Die Wahl der Delegierten zur Konferenz entfiel auf die Genossen Seefeld, Hirschfeld und Ritter.

Sechster Wahlkreis.

Die Generalversammlung des Wahlvereins tagte in den „Germaniasälen", der große Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Das einleitende Referat über den Parteitag hielt Genosse Freythaler. Er besprach Punkt für Punkt die Tagesordnung des Parteitages und sagte unter anderem: Beim Geschäftsbericht des Vorstandes werde der „Vorwärts"-Konflikt im Vordergrunde der Erörterungen stehen. Der Redner rief den Hergang des Konflikts mit wenigen Worten in die Erinnerung zurück und beantwortete bei dieser Gelegenheit eine vom Genossen Uckert schriftlich eingereichte Anfrage, welche lautet: „Der Genosse Wetzker hat bei seiner Entlassung aus der Redaktion des „Vorwärts" sein Gehalt bis 1. April 1906 erhalten, hat dann aber schon im Dezember 1905 eine neue Stellung in Bochum angetreten. Ist dem Vorstande bekannt, ob der Genosse Wetzker von dem erhaltenen Gelde etwas zurückgezahlt hat oder ob er doppeltes Gehalt für Parteiarbeit genommen hat." Freythaler beantwortete die Frage dahin: Soviel ihm bekannt, habe Wetzker nichts zurückgezahlt, man habe es auch nicht von ihm verlangt. Die Parteiinstanzen hätten sich in dieser Angelegenheit nicht auf den Rechtsstandpunkt gestellt, sondern dieselbe als eine Frage des Taktgefühls betrachtet, die jeder seinem Empfinden gemäß zu entscheiden habe. Weiter führte der Redner aus, vielleicht werde beim Vorstandsbericht, vielleicht auch erst bei der Erörterung des politischen Massenstreiks die Veröffentlichung des Protokolls der Gewerkschaftskonferenz besprochen werden. Die Parteipresse habe ja fast ohne Ausnahme erklärt, daß die Veröffentlichung im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung erfolgen mußte oder doch, daß die Veröffentlichung keinen Schaden bringe. Redner steht ebenfalls auf dem Standpunkt, daß der Arbeiterbewegung nur damit gedient sei, wenn man erfahre, wie der eine oder andere der führenden Gewerkschafter über das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften denkt. In der Maifeier werde der Parteitag an der bisherigen Tradition festhalten, wonach die Arbeitsruhe als die würdigste Form der Feier angesehen wird. Der Gedanke der Arbeitsruhe breche sich immer mehr Bahn, und je mehr er sich ausbreite desto weniger würden unerfreuliche Erscheinungen, wie sie anläßlich der letzten Maifeier in Berlin im Betriebe der A. E. G. zutage traten, sich wiederholen können, und um so mehr werde auch der Widerstand der Unternehmer gegen die Maifeier gebrochen werden. Den Höhepunkt der Verhandlungen des Parteitages werde die Erörterung über den politischen Massenstreik bilden. Die Abmachungen des Parteivorstandes mit der Generalkommission hätten ja, als sie durch die „Einigkeit" bekannt wurden, Unwillen erregt, denn wenn die Thesen so gelautet hätten, wie sie in dem Gewerkschaftsprotokoll stehen, dann hätte den Parteivorstand ein schwerer Vorwurf getroffen. Nach den Erklärungen des Parteivorstandes müsse jedoch angenommen werden, daß die Bebelschen Thesen durch den Genossen Silberschmidt infolge irrtümlicher Auffassung oder ungeschickter Wortfassung unzutreffend wiedergegeben seien. Es sei bemängelt worden, daß sich der Parteivorstand überhaupt in Verhandlungen mit der Generalkommission eingelassen hat. Demgegenüber müsse gesagt werden, was ja schon auf der Generalversammlung von Groß-Berlin festgestellt worden sei, daß der Parteivorstand durch Parteitagsbeschlüsse verpflichtet sei, mit der Generalkommission Fühlung zu halten und sich über Fragen, welche die gesamte Arbeiterbewegung angehen, mit ihr zu verständigen. Es habe sich auch nicht gehandelt um eine Vereinbarung über den politischen Massenstreik überhaupt, sondern nur um die Frage, welche Stellung anläßlich der Wahlrechtsdemonstration zum politischen Massenstreik einzunehmen sei. Die Diskussion über diese Angelegenheit sei ja in der Parteipresse mit einer erfreulichen Sachlichkeit geführt worden. Zu dem Punkt: Sozialdemokratie und Volkserziehung meinte der Redner, die Organisation der Bildungsbestrebungen, wie sie nach den Vorschlägen Zetkin-Schulz gedacht sei, werde sich wohl nicht im unmittelbaren Anschluß an die Parteiorganisation durchführen lassen. Es handele sich hier um eine so schwierige Frage, daß in der kurzen Zeit bis zum Parteitag wohl nicht eine volle Klarheit darüber geschaffen werden könne.

Kiesel sprach ebenfalls im allgemeinen zur Tagesordnung des Parteitages. Das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften werde voraussichtlich eingehend behandelt werden. Unsere Aufgabe sei es, jedem Zersplitterungsversuch, von welcher Seite er auch kommen möge, entgegenzutreten und den Gedanken: Partei und Gewerkschaften gehören zusammen, in die Tat umzusetzen. Beim parlamentarischen Bericht werde jedenfalls die „Borussia"-Angelegenheit eine Rolle spielen. Wir müssen aussprechen, daß wir erwarten, daß die Reichstagsfraktion bei so wichtigen Anlässen, wie es die Behandlung der „Borussia"-Angelegenheit ist, vollzählig zur Stelle ist, damit sich solche unliebsamen Vorkommnisse nicht wiederholten. Zur Frage: Sozialdemokratie und Volkserziehung meint der Redner, unsere Partei müsse sich mit diesen Dingen beschäftigen. Unsere Gegner erziehen die Jugend im kapitalistischen Sinne, dem müssen wir ein Gegengewicht entgegensetzen.

Hierauf wurde die Tagesordnung des Parteitages Punkt für Punkt diskutiert.

Fiedler sprach zur Maifeier. Er wünschte, daß die Arbeitsruhe jedem Parteigenossen zur Pflicht gemacht werde, ohne die Einschränkung: wo keine wirtschaftliche Schädigung zu erwarten ist. — Wiesner führte aus: Wenn vielleicht geltend gemacht werden sollte, die Maifeier sei nicht durchführbar und wenn zu diesem Zweck auf die Vorgänge in der A. E. G. hingewiesen werden sollte, so möge betont werden, daß der Mißerfolg in der A. E. G. denen zuzuschreiben sei, die mit der Ausführung der Beschlüsse betraut waren. — Müller und Kiesel sprachen gegen die Anregung Fiedlers und traten dafür ein, daß der 1. Mai in der bisherigen Weise gefeiert werde.

Die Erörterungen über den Massenstreik und in Verbindung damit das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft nahmen den breitesten Raum in der Debatte ein.

Kröhn betonte, daß Einigkeit nicht nur zwischen Partei und Gewerkschaft, sondern auch unter den Gewerkschaften selbst bestehen müsse. Deshalb könne es nicht gebilligt werden, daß die Lokalisten noch auf ihrem Sonderstandpunkt verharren, anstatt sich den Zentralorganisationen, die von Partei wegen als die richtige Form der Organisation anerkannt seien, anzuschließen. Was die Veröffentlichung des Gewerkschaftsprotokolls durch die „Einigkeit" betrifft, so hätte sich die Redaktion dieses Blattes erst darüber informieren müssen, ob die Abmachungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission zutreffend wiedergegeben sind. Nachdem jetzt der ganze Teil des Protokolls bekannt gegeben ist, sehe man, daß die „Einigkeit" manches in einem falschen Licht wiedergegeben habe, man sehe aber auch mit Schaudern, daß sich auf der Gewerkschaftskonferenz manche Genossen in einer Weise, die entschieden verurteilt werden müsse, über die Partei ausgesprochen haben. Genossen, die sich nicht viel um die Partei kümmern, hätten über Dinge gesprochen, von denen sie nichts verstehen. Die Veröffentlichung des Protokolls durch den „Vorwärts" sei zu begrüßen. Der Redner ging auf den Inhalt des Protokolls ein, er kritisierte Aeußerungen des Genossen v. Elm und meinte, wenn Elm die politische Tätigkeit für unfruchtbar halte, weshalb lasse er sich dann in den Reichstag wählen. Das sei eine Frage, über die auch in Mannheim gesprochen werden müsse.

Seviko wendet sich an die Mitglieder der zentralistischen Gewerkschaften mit dem Ersuchen, sie sollten dahin wirken, daß die Parteigrundsätze mehr Beachtung in der gewerkschaftlichen Bewegung fänden und daß die entschiedenen Parteigenossen mehr Einfluß in den Gewerkschaften erlangen.

Meier führte aus: Bei aller Anerkennung der gewerkschaftlichen Leistungen müsse doch gesagt werden, daß sich viele Gewerkschaftsbeamte verphilistert haben. In der Frage des politischen Massenstreiks habe man von Partei wegen nicht einwandsfrei gehandelt, deshalb habe auch in der Wahlrechtsdemonstration nicht alles so geklappt, wie es sein sollte. Bei den Protestversammlungen am 21. Januar hätten die Referenten darauf hingewiesen, daß man eventuell den Massenstreik zur Erlangung des allgemeinen Wahlrechts anwenden könne. Das sei nicht die Ansicht einzelner Referenten, sondern das Ergebnis vorheriger Verständigung gewesen. Man habe also in der Parteileitung zu jener Zeit mit dem Massenstreik gerechnet. Da man ihn, wie wir jetzt wissen, nicht für durchführbar hielt, so hätte man auch nicht mit dem Massenstreik drohen sollen. Allgemein habe man erwartet, nach den Protestversammlungen müsse noch eine Steigerung der Protestbewegung kommen. Dieselbe sei aber ausgeblieben, die Wahlrechtsbewegung sei nicht so verlaufen, wie man es bei ihrem Einsetzen erwarten mußte. Man hätte anläßlich der Wahlrechtsbewegung den Massenstreik diskutieren sollen, um die Massen mit demselben vertraut zu machen. Statt dessen habe man gebremst. Das sei der Vorwurf, den wir gegen den Parteivorstand erheben müßten. Der Inhalt des Gewerkschaftsprotokolls lasse ungünstige Rückschlüsse auf die Haltung der Gewerkschaftsführer zu. Unser Standpunkt sei der, daß Partei und Gewerkschaften zusammengehören. Zwischen beiden gebe es aber Differenzen, die sich unliebsam bemerkbar machen, und um solche Differenzen zu vermeiden, sei ein dauerndes Zusammenarbeiten des Parteivorstandes mit der Generalkommission notwendig. Der Redner stellt einen Antrag in diesem Sinne.

Gehl: Es dürfe unter keinen Umständen zugelassen werden, daß die Massenstreikresolution von Jena etwa abgeschwächt werde, falls Gewerkschaftsführer das beantragen sollten. Die Idee des Massenstreiks sei so in die Arbeitermassen gedrungen, daß sie sich nicht mehr ausrotten lasse. Von den Parteigenossen, die sich auf den Boden des Massenstreiks stellen, müsse verlangt werden, daß sie die Massen für diesen Gedanken in Wort und Schrift erziehen. Gewiß sollen Partei und Gewerkschaft eins sein. Wenn es aber dahin kommen sollte, daß die Gewerkschaftsbewegung, wie es Bringmann verlange, kein Klassenkampf mehr sein solle, dann können Partei und Gewerkschaft nicht mehr eins sein. Von der Jenaer Resolution dürfe kein Jota abgeschwächt werden, eher müsse sie eine schärfere Fassung erhalten.

Wiesner schloß sich dem Standpunkte Gehls an und führte weiter aus: Der wirkliche Wortlaut der Bebelschen Thesen stehe noch nicht fest; diese Angelegenheit sei noch nicht geklärt. Als die „Einigkeit" von dem Protokoll Kenntnis erhielt, habe man annehmen müssen, daß der Inhalt desselben durchaus authentisch sei, denn es habe doch niemand vermuten können, daß der Parteivorstand nach so langer Zeit das Protokoll noch nicht gelesen hatte. Man sei also durchaus berechtigt gewesen, an die Richtigkeit des Protokolls zu glauben.

Kiesel vertrat die Ansicht, die Veröffentlichung des Protokolls durch den „Vorwärts" habe Klarheit gebracht sowohl den Parteigenossen wie den Gewerkschaftsführern. Die Veröffentlichung sei deshalb zu begrüßen. Einigkeit zwischen Partei und Gewerkschaft sei so notwendig und ein so großes Bedürfnis der Massen, daß sie immer vorhanden sein werde, selbst wenn vielleicht die Führer dagegen sein sollten. Zu bedauern sei, daß innerhalb der Gewerkschaften selbst keine Einigkeit bestehe. Unsere Genossen in den lokalistischen Gewerkschaften müßten sich fragen, ob es nicht an der Zeit wäre, sich den Verbänden anzuschließen. So schlimm, wie es mitunter hingestellt werde, sehe es in den Verbänden nicht aus. Die Masse sei im allgemeinen anderer Meinung wie die Führer. Das einigende Moment müsse mehr hervorgehoben werden.

Griebow trat für die Propagierung des Massenstreiks ein, meinte aber, zurzeit sei derselbe noch nicht durchführbar, weil die Organisationen, politische wie gewerkschaftliche, noch zu schwach seien, deshalb sei es notwendig, Aufklärung unter den Massen zu verbreiten.

Merz meinte, das Protokoll habe hinsichtlich der Stellung des Parteivorstandes zum politischen Massenstreik nicht Klarheit, sondern Unklarheit gebracht. Der Parteivorstand werde wohl nach Jena seine Meinung geändert haben. Die Ausrede, der Parteivorstand habe das Protokoll nicht gelesen, könne Redner nicht gelten lassen. Der Massenstreik sei bis jetzt viel zu wenig diskutiert worden. Das entspreche ja dem Sinne der Thesen; man habe die Propagierung des Massenstreiks zu verhindern gesucht.

Die Diskussion wurde hierauf geschlossen. Folgende Anträge fanden Annahme:

Die Versammlung beauftragt ihre Delegierten zum Mannheimer Parteitag, folgenden Antrag zu vertreten: Die Veröffentlichung des Protokolls der Gewerkschaftskonferenz hat aufs neue bewiesen, daß zwischen den politischen und gewerkschaftlichen Organisationsinstanzen der Arbeiterschaft bedauerliche Unstimmigkeiten vorherrschen. Um diesen Unstimmigkeiten in Zukunft nach Möglichkeit vorzubeugen und um auch nach außen hin die Einigkeit der beiden Instanzen zum Ausdruck zu bringen, wolle der Parteitag den Parteivorstand beauftragen, sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften dahin zu verständigen, daß sämtlichen Beratungen des Parteivorstandes Delegierte der Generalkommission und umgekehrt den Beratungen der Generalkommission Delegierte des Parteivorstandes beizuwohnen haben. Meier.

Die Generalversammlung des Wahlvereins steht nach wie vor bezüglich des politischen Massenstreiks auf dem Standpunkt der Resolution von Jena. Die Versammlung erwartet, daß der Parteitag in Mannheim an den grundlegenden Fragen der Bebelschen Resolution festhält und erwartet von allen Parteigenossen, insbesondere von denen, welche ein Reichstagsmandat innehaben, daß die Beschlüsse der Parteitage in jeder Beziehung als maßgebend betrachtet werden. Die Versammlung ist ferner der Ansicht, daß die Vorbedingungen für den Erfolg des politischen Massenstreiks durch festgefügte politische wie gewerkschaftliche Organisationen gegeben sind und sind dieselben von jedem Parteigenossen zu fördern, gleichfalls ist jeder Zersplitterungsversuch, von welcher Seite er kommen möge, energisch zu bekämpfen. Kröhn.

Zum Punkt „Sozialdemokratie und Volkserziehung" sprach Guttmann. Er empfahl den nachstehenden Antrag, welcher ohne weitere Diskussion angenommen wurde:

Die Generalversammlung beauftragt die Delegierten zum Mannheimer Parteitag, beim Punkt 7 der Tagesordnung: „Sozialdemokratie und Volksbildung" ihre Stimme im Einklang mit den bereits veröffentlichten Resolutionsgrundlagen der Genossen Zetkin und Schulz abzugeben.

Erb begründete einen Antrag, welcher verlangt, daß die Alkoholfrage auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages gesetzt werde. Der Antrag wurde angenommen.

Ein von Kiesel empfohlener Antrag der 10. Abteilung wurde gleichfalls angenommen. Derselbe fordert eine Aenderung im Organisationsstatut dahingehend, daß jedem Wahlkreise für 2000 Mitglieder ein Delegierter und für je weitere 3000 Mitglieder ein weiterer Delegierter zum Parteitage zusteht.

Außerdem wurde der folgende Antrag angenommen:

Dem Parteitag folgende Resolution zu unterbreiten: Der Parteitag begrüßt mit Freuden die aus der Jugend heraus gewachsenen Bestrebungen, die darauf hinausgehen, die Arbeiterjugend, ohne Unterschied des Geschlechts, in Organisationen zusammenzufassen, die die wirtschaftlichen Interessen der Jugend wahrnehmen, das Solidaritätsgefühl in den jungen Herzen wecken und stärken und die Aufklärung im Sinne der modernen Arbeiterbewegung betreiben. Der Parteitag sagt den Bestrebungen der Jugend in jeder Beziehung seine vollste Unterstützung zu.

Als Delegierte zum Parteitag wurden Freythaler, Baumann und Haase gewählt.

Dobrohlaw besprach hierauf kurz die Aufgaben der Provinzialkonferenz. Dann erfolgte die Wahl der Delegierten, welche auf die Genossen Hesse, Bittorf und Vieth fiel.

Verband der Friseurgehülfen Deutschlands. (Zweigverein Berlin-Rixdorf.) Donnerstag, den 23. August, abends 9½ Uhr, bei Schmidt, Berlinerstr. 14: Mitgliederversammlung. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Erscheinen sämtlicher Kollegen notwendig.

Witterungsübersicht vom 22. August 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. C.
Swinemde.	764	W	2	halb bd.	15	Haparanda	745	NNO	4	wolkenl	12
Hamburg	765	SSO	2	bedeckt	15	Petersburg	749	WSW	3	halb bd.	14
Berlin	766	SW	2	bedeckt	15	Seilly	761	SO	3	bedeckt	15
Frankf. a. M.	767	SO	1	Nebel	15	Aberdeen	759	NW	1	Regen	11
München	768	SSO	2	wolkenl	17	Paris	764	SO	2	wolkenl	20
Wien	768	W	1	heiter	18						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 23. August 1906.

Ein wenig wärmer, zeitweise heiter, vorwiegend wolkig mit schwachen Südwinden. Keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Verantwortl. Redakteur: Carl Wermuth, Berlin-Rixdorf. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Zentralverband von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich.

Düsseldorf, den 21. August.

Der erste Verhandlungsgegenstand betrifft die Festsetzung der ortsüblichen Tagelöhne. Ein Antrag des Verbandes der Ortskrankenkassen im Bezirke der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt verlangt direkte Beteiligung der organisierten Kassen bei diesen Festsetzungen.

Brandes-Magdeburg begründet den Antrag unter Hinweis auf die sehr niedrigen diesbezüglichen Sätze, die in vielen, besonders ländlichen Gegenden, anzutreffen sind und eine große Schädigung der Versicherten bedeutet. Die ortsüblichen Tagelöhne haben bei vielen Kassen Einfluß auf das Krankengeld, sei maßgebend für die Unfallrenten jugendlicher Arbeiter usw. In manchen Gebieten gehen die Sätze herab bis auf 1 M. pro Tag für erwachsene männliche Arbeiter. Redner verliest eine Resolution, welche eine Aenderung des § 8 des Krankenversicherungsgesetzes in dem Sinne verlangt.

Kleeis-Wurzen hält den Antrag für gut gemeint, aber für unzulänglich. Mit der bloßen „Beteiligung“ der Kassen könne es nicht abgetan sein, die Festsetzung müsse sich auf das Ergebnis von Lohnstatistiken gründen, die von den Kassen aufzunehmen sind. Sodann lasse er außer Betracht, daß es für viele Bezirke gar keine organisierten Kassen gibt. Hier müsse ein Ausweg geschaffen werden. Redner schlägt eine Resolution vor, nach welcher die Festsetzung der ortsüblichen Tagelöhne auf das Ergebnis von Lohnstatistiken zu begründen ist, die von den organisierten Kassen aufzunehmen sind. Sofern für Orte bezw. Bezirke oder größere Berufsgruppen solche organisierten Kassen nicht vorhanden sind, sind solche Statistiken von den Gemeinden aufzunehmen, und zwar unter Zuziehung einer Kommission, die aus ⅔ Versicherten und ⅓ Arbeitgebern besteht und die unter entsprechender Anwendung der Bestimmungen über die Wahl von Generalversammlungsvertretern gewählt wird. Nachdem noch eine Anzahl Redner zu der Sache gesprochen, zieht Brandes seinen Antrag zurück und derjenige von Kleeis wird einstimmig angenommen.

Hierauf spricht Sydow-Berlin über einen Antrag der Zentralkommission der Krankenkassen Berlins, der dahingeht: Die Krankenkassen erachten eine Aenderung der sich auf den ärztlichen Beruf erstreckenden Bestimmungen der Gewerbeordnung für geboten, da die Krankenkassen gesetzlich zur Gewährung ärztlicher Hülfeleistung gezwungen und somit den Aerzten gegenüber wehrlos gemacht sind. Der Staat, der den Krankenkassen die Gewährung dieser Leistungen direkt auferlegt, muß auch gesetzlich für die Möglichkeit ihrer Erfüllung dadurch Sorge tragen, daß er die Aerzte gegen die Bezahlung staatlicher Taxen zur ärztlichen Hülfeleistung gegenüber den Krankenkassenmitgliedern verpflichtet. Redner begründet den Antrag ausführlich und weist besonders auf die diesbezüglichen Beschlüsse des Leipziger Krankenkassenkongresses hin und führt weiter aus, daß mit Befriedigung davon Kenntnis zu nehmen sei, daß inzwischen der Verband rheinisch-westfälischer Betriebskrankenkassen diese Forderung gleichfalls erhoben hat und daß auch der Reichstagsabgeordnete Mugdan die Notwendigkeit anerkennt, die Behandlung der Kassenkranken bei Differenzen zwischen Kassen und Aerzten sicher zu stellen. Sydow steht weiter auf dem Standpunkt, daß bei einer Neuordnung der Arbeiterversicherung die Organe der Krankenversicherung von der Gewährung freier ärztlicher Behandlung, freier Arznei entbunden werden. Schließlich verlangt Redner, daß für beide Interessengruppen entweder der Zwang oder die Freiheit gleichmäßig durchgeführt wird.

Pollender-Leipzig bespricht die Aerzteverhältnisse bei der Ortskrankenkasse Leipzig und teilt mit, daß die Aerzte wieder neuerdings Wünsche haben, die der Kasse zirka 400 000 M. Mehrausgaben bringen würden. Er hält bei den „Bescheidenheiten“ der Aerzte gesetzgeberische Maßnahmen für unerläßlich.

Fräßdorf-Dresden begründet die Stellungnahme der geschäftsführenden Kasse, die sich ziemlich mit der Sydows deckt. Ganz sei er nur damit nicht einverstanden, daß an Stelle der ärztlichen Behandlung den Mitgliedern eventuell eine Geldentschädigung zu gewähren sei. Nachdem noch einige weitere Redner gesprochen, wird der Antrag Sydow angenommen.

Die Ortskrankenkassen Hamburgs wünschen eine Aussprache über die von Stadtrat Frankenberg in Braunschweig ins Leben gerufene Gesellschaft für Arbeiterversicherung. Nach längerer Debatte wird eine Resolution angenommen, nach welcher keine Veranlassung vorliegt, der Gesellschaft beizutreten, auch keine Notwendigkeit zu solchen Neugründungen vorliegt und die Forderungen der Gesellschaft zum Teil von dem Zentralverband längst vertreten werden.

Witti-München bespricht den Waschzettel, der über angebliche Skandale handelt und in den letzten Tagen durch die bürgerliche Presse ging. Er erklärt die Tatsachen als entstellt wiedergegeben und führt eine Reihe von Zeugenaussagen an, mit denen bewiesen ist, daß keines der Kassenvorstandsmitglieder ihr Amt dazu benutzt haben, sich Vorteile zu verschaffen. Weiter geht aus den Darlegungen hervor, daß die Kasse außerordentlich gut und billig von ihren Lieferanten bedient wird.

Nachdem Mannheim zum Ort der nächstjährigen Tagung gewählt ist, referiert Graf-Frankfurt über die Verhandlungen der Neunerkommission betreffend die Anstellungsverhältnisse der Kassenbeamten. Danach ist endlich zwischen der paritätischen Kommission und der geschäftsführenden Kasse eine Einigung auf der „mittleren“ Linie zustande gekommen. Die geschäftsführende Kasse habe als „klügster“ Teil nachgegeben. Danach werden die Mindest-(Anfangs-)gehälter betragen in den einzelnen fünf Beamtengruppen: 1700 M., 1500 M., 1300 M., 1200 M. und 1000 M.

Als geschäftsführende Kasse wird die Ortskrankenkasse Dresden gewählt. Weiter wird beschlossen, die Formularausstellung zu einer dauernden zu machen und sie bei der Ortskrankenkasse Dresden unterzubringen. Zum Sitz des Tarifamtes wird Berlin gewählt und als Mitglieder derselben Brandes-Magdeburg, Billig-Charlottenburg, Flamme-Schöneberg, Scholem-Berlin und Huberts-Hamburg; außerdem für letztere fünf Stellvertreter. Hierauf wird das Ergebnis der Abstimmung über die Beamtenverhältnisse bekannt gegeben. Es sind 157 bejahende und 30 verneinende Stimmen abgegeben worden. 76 Delegierte hatten sich der Abstimmung enthalten. Fräßdorf wünscht, daß auch jene Kassen, die sich ablehnend und neutral verhalten haben, die Beschlüsse nunmehr einführen.

Die verlesene Präsenzliste ergibt, daß 323 Delegierte anwesend sind, die 155 einzelne Kassen und 28 Kassenverbände mit 3 940 323 Mitgliedern vertreten. Unter den üblichen Abschiedsworten erfolgte Schluß der Versammlung.

Soziales.

Schutz den Krankenkassen!

Eine der gemeinsten Unterschlagungen ist unstreitig die, den Arbeitern bei den Lohnzahlungen die Beiträge zur Krankenkasse in Abzug zu bringen und die Gelder, anstatt sie abzuliefern, für sich zu verwenden.

Es ist das um so verwerflicher, als der Arbeiter durch Gesetz gezwungen ist, die Beiträge sich abziehen zu lassen, die Krankenkasse andererseits den erkrankten oder durch Unfall verletzten Arbeiter unterstützen muß, gleichviel, ob der Arbeitgeber die Beiträge abliefert oder nicht.

Unter sämtlichen Gewerben dürfte wohl die Ortskrankenkasse des Maurergewerbes am meisten unter solchen Unterschlagungen zu leiden haben. Hier bringt das Beitragshinterziehungsgeschäft Geld ein. Gewöhnlich sind auf einem Bau zirka 50—60 Personen beschäftigt, die abgezogenen Beiträge betragen 25—40 M. wöchentlich und oft das Doppelte. Dieses Geld wird von verschiedenen Bauunternehmern als Verdienst angesehen, der Krankenkasse wird kein Pfennig davon abgeliefert.

Seit Jahren bemühen sich die Strafkammern des königl. Landgerichts, diese Unsitte den Unternehmern abzugewöhnen, in sehr vielen Fällen vergeblich, die Milde, die der Strafrichter oft walten läßt, fruchtete nicht. Die Fürsorge des Gesetzgebers für die Kranken wird aber stark beeinträchtigt, wenn den Kassen die Gelder zur Unterstützung der Kranken vorenthalten werden.

In neuester Zeit scheint man diese Sorte von Arbeitgebern energischer an ihre gesetzlichen Pflichten erinnern zu wollen, die Strafkammer 9 des königl. Landgerichts I hat den Architekten Paul Eisendick wegen Hinterziehung von zirka 60 M. Beiträgen zu 300 M. Geldstrafe eventuell für je 5 M. einen Tag Gefängnis verurteilt. Wenn den Unternehmern mit solchen Portemonnaie-Argumenten der Respekt vor Recht, Gesetz und Eigentum Dritter ordentlich eingeprägt wird, dann können verschiedene Kassen bald mit erheblichen Einnahmen rechnen. Andere Argumente sind aber auch vollständig wertlos.

Aus Industrie und Handel.

Rückgang des Fleischverbrauchs.

Die Handelskammer in Mannheim gibt in ihrem jetzt herausgekommenen Jahresbericht eine Uebersicht über den Fleischkonsum pro Kopf der Bevölkerung. Danach ist der Verbrauch im Jahre 1905 ziemlich erheblich zurückgegangen. Auch wieder ein Beleg dafür, daß der vielfach behauptete soziale Aufstieg der Bevölkerung nur in der Phantasie besteht. Es betrug der durchschnittliche Fleischverbrauch pro Kopf und Tag (in Kilogramm):

1902	1903	1904	1905
0,165	0,169	0,170	0,159

Aber nicht nur ist der Konsum zurückgegangen, der Verbrauch an mindertwertigem ist gestiegen. Die „Frankf. Ztg.“ macht darüber folgende Aufstellung:

Der Konsum hat erfahren:

	eine Vermehrung um Kilogr.	= Proz.		eine Verminderung um Kilogr.	= Proz.
bei Pferden ..	43 000	50,6	bei Ochsen und Farren ..	167 000	10,9
„ Ziegen und Zicklein ..	4 400	37,0	„ Schweinen	583 000	12,9
„ Kühen ...	208 000	33,4			
„ Schafen ..	7 000	10,0			
„ Kälbern ..	77 000	9,4			
„ Rindern ..	140 000	7,3			

Es wurde also erheblich mehr mindertwertiges Fleisch konsumiert, trotzdem ist das Gesamtquantum gesunken. Das bedeutet eine Verschlechterung der Lebenshaltung in einer Periode wirtschaftlichen Aufschwunges. Trotzdem versucht man immer noch glauben zu machen, die erzielten nominellen Lohnerhöhungen erlaubten den Arbeitern eine bessere Lebenshaltung.

Die offene Hand. In den letzten Wochen wurde die Presse bombardiert, und teilweise auch gespickt, mit günstig lautenden Berichten über russische Finanzen, erfreuliche Prosperität verschiedener Unternehmen usw. Natürlich wurden neuer Geldbedarf oder die Absicht, den ausländischen Geldmarkt bald wieder in Anspruch zu nehmen, geleugnet. Nun kommt eine Meldung, nach der man auf einem neuen Wege Gold in die russischen Kassen leiten will. — Wie verlautet, soll die russische Staatsbank mit Hülfe der internationalen Finanzwelt in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden. Die Form der Aenderung soll nur den Zweck, der russischen Regierung neue Mittel zuzuführen, verschleiern.

Preiserhöhung. Das Roheisensyndikat in Düsseldorf nimmt, wie berichtet wird, zur Zeit keine Neuabschlüsse an, weil in den nächsten Tagen eine Preisheraufsetzung herauskomme. Die Preiserhöhung soll betragen für Hämatit- und für Gießerei-Roheisen Nr. 1 3 Mark die Tonne für das norddeutsche Gebiet. Das Syndikat behält sich eine Erhöhung der Preise für Gießerei-Roheisen Nr. 3 vor und wird in den nächsten Tagen darüber schlüssig werden. Die Nachfrage ist, wie am Platze mitgeteilt wird, dringend. Auch das Kohlensyndikat macht Anstalten, die Konjunktur noch mehr auszunutzen. Es hat einigen seiner Abnehmer mitgeteilt, daß sie auf eine Ergänzung der jetzigen Minderlieferungen nicht rechnen können. Was die Abnehmer jetzt weniger bekommen, müssen sie später teurer bezahlen.

Fiskus. Auch Vater Staat will von dem Segen der Preistreiberei profitieren. Die kgl. Bergwerksdirektion in Zabrze setzt, gültig ab September, die Preise der Kohlen um 20 bis 70 Pfennig herauf.

Saatenstand in Preußen um die Mitte des Monats August 1906: Winterweizen 2,3 (Vormonat 2,3), Sommerweizen 2,4 (2,4), Winterspelz 2,2 (2,3), Winterroggen 2,6 (2,5), Sommerroggen 2,7 (2,6), Sommergerste 2,4 (2,3), Hafer 2,2 (2,2), Kartoffeln 2,7 (2,5), Klee 2,5 (2,3), Luzerne 2,3 (2,2), Rieselwiesen 2,2 (2,1), andere Wiesen 2,7 (2,4). (2 bedeutet gut, 3 mittel.)

In den Bemerkungen der „Statistischen Korrespondenz“ heißt es, daß die mitunter wolkenbruchartigen, mit heftigem Winde verbundenen Regengüsse das im Vormonat schon nicht wenig vorkommende Lagern des Getreides in erheblichem Umfange vermehrt haben. Vorwiegend in den westlichen Landesteilen sei durch von schweren Hagelschlägen begleitete Gewitter viel Schaden verursacht worden. Sämtliches Getreide sei fast überall im Flachlande früh reif geworden und zum großen Teil geschnitten und schon vielfach geborgen. Winterroggen sei auch in den westlichen Provinzen zum Teil schon eingefahren, während Winterweizen und die Sommerhalmfrüchte hier erst wenig gemäht seien. Sommergerste und Hafer ständen fast im ganzen Westen noch auf dem Halme. Die zum großen Teil vorgenommenen Probedrüsche vom Winterroggen bestätigten die im Junibericht ausgesprochene Befürchtung, daß die vielfach verregnete Blüte und das schon damals teilweise vorkommende Lagern die Körnerbildung sehr beeinträchtigen würde. So werde denn oftmals gemeldet, daß der Winterroggen nicht gut lohne und das Korn der Sommergerste nicht rundlich, sondern flach sei. Dagegen werde die Schwere der Haferähren und der reichliche Strohertrag aller Getreidearten ziemlich allgemein hervorgehoben. Allerdings befürchte man vom Hafer, der vielfach gerade in der seit Anfang August herrschenden Regenperiode zum Schnitte gelangte, daß er beim Trocknen bis zu Einscheuerung viel Korn verlieren werde. Von sonstigen Beeinträchtigungen der Ernte seien der Blattrost, das in diesem Jahre in außergewöhnlichem Umfange aufgetretene Buchern des Unkrautes und die Mäuseplage zu nennen. Die abgegebenen Noten beträfen nicht allein den noch auf dem Halme stehenden Rest, sondern beurteilten die Ernte. Wenn man die Begutachtungsziffer 3 gleich mittel zugrunde legte, würden die Mittelernteerträge geschätzt bei Winterweizen auf 2043, bei Sommerweizen auf 2049, bei Winterroggen auf 1563, bei Sommerroggen auf 1091, bei Sommergerste auf 1924, bei Hafer auf 1784 Kilogramm vom Hektar. Die Kartoffeln hätten ihre günstige Beurteilung des Vormonats wieder eingebüßt. Vielfach werde über geringe Widerstandsfähigkeit von magnum bonum geklagt und dabei hervorgehoben, daß viele Saatkartoffeln schon vor dem Keimen ausgefault und neu gelegt worden seien und weiter, daß selbstgezogene Saatkartoffeln viel mehr versagten als die anderweit beschafften. Ziemlich allgemein werde über Fäulnis und frühzeitiges Absterben des Laubes bei den mittelspäten Sorten berichtet. Aber auch für die Dauerkartoffeln werde gefürchtet, indem sie ebenfalls zur Fäulnis neigten und nicht allein zu kleine Knollen zu behalten schienen, sondern vielfach auch an Kräusel- und Pilzkrankheit litten. Das Wachstum der Futterpflanzen habe, besonders in den östlichen Landesteilen, unter der großen Hitze stellenweise nicht unerheblich gelitten. Allerdings sei zu berücksichtigen, daß die ungünstigere Beurteilung sich zumeist auf den neuen Schnitt beziehe, der vielerorten durch Sonnenbrand sehr beeinträchtigt, stellenweise wohl auch ganz vernichtet sei.

Vermischtes.

Ein Sittlichkeitsverbrecher engros.

Aus Landau wird vom 22. August telegraphiert: Der hiesige Landwirtschaftslehrer Peter wurde wegen Sittlichkeitsverbrechens in 34 Fällen verhaftet.

Vom Eisenbahnzuge überfahren und getötet wurde am gestrigen Vormittag in Lehnitz der Hülfsweichensteller Döhring aus Pinnow bei Oranienburg. Der Beamte beaufsichtigte eine Kolonne Arbeiter, welche Reparaturarbeiten an der Eisenbahnbrücke bei Lehnitz vorzunehmen hatten. Als der Vorortzug Nr. 203 von Berlin nach Oranienburg gegen 11 Uhr vormittags heranahte, gab der Lokomotivführer die üblichen Warnungssignale. Die Arbeiter traten von den Gleisen zurück, bis auf D., der erst seine Untergebenen in Sicherheit wissen wollte. Der pflichttreue Mann wurde nun von den Rädern der Maschine gefaßt und über die Böschung hinabgeschleudert. Der Tod, durch Schädelbruch herbeigeführt, trat auf der Stelle ein. D. hinterläßt eine Frau und drei kleine Kinder.

Erdstöße.

Kattowitz, 22. August. Eine heftige Erderschütterung ist in Zaborze verspürt worden. Man hörte in der Erde ein donnerähnliches Rollen. Fenster sprangen entzwei und Bilder und Spiegel fielen von den Wänden. Das Frankfe Gasthaus hat sich so gesenkt, daß die Fenster nicht mehr schließen. Viele Häuser weisen Risse auf. Die Einwohner sind in höchster Aufregung.

Monteleone (Calabrien), 22. August. In vergangener Nacht wurden zwei Erderschütterungen verspürt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 23. August.

Anfang 7½ Uhr.
Opernhaus. Der Waffenschmied.
Schauspielhaus. König Richard der Dritte.
Neues Operntheater. Das goldene Kreuz.
Lessing. Ein Volksfeind.

Anfang 8 Uhr.
Berliner. Sherlock Holmes.
Schiller O. (Wallner-Theater.) Morwitz-Oper. Carmen.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches-Theater). Geschlossen.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Westen. Die lustige Witwe.
Zentral. Der Rastelbinder.
Trianon. Die Frau ohne Lächeln.
Lustspielhaus. Spatzenliebe.
Kleines. Hille Bobbe. Die Schlangendame.
Carl Weiß. Adele.
Metropol. Auf ins Metropol.
Apollo. Berlin im Omnibus. Das blaue Bild. Spezialitäten.
Wintergarten. Tortajada. Spezialit.
Passage. Willy Prager. Spezialit.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Der jüngste Ausbruch des Vesuv.
Sternwarte. Invalidenstr. 57/62.

Ferdinand Bonns
Berliner Theater.
Donnerstag und folgende Tage:
Sherlock Holmes.
Anfang 8 Uhr.

Neues kgl. Operntheater (Kroll). Anfang 7½ Uhr.
Das goldene Kreuz.
Freitag: Das Heimchen am Herd.
Sonnabend, 25. August: Sondervorstellung: Fledermaus mit Konzerteinlag. Mitwirkende: L. Godowski, Fr. Prevosti, Ludwig Wüllner.
Vorverkauf im kgl. Opernhaus, Schalter II, A. Wertheim und Invalidendank.

Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Mimensiege. — Hille Bobbe.
Die Schlangendame.
Freitag: Kinder der Sonne.
Sonnabend: Mimensiege. — Hille Bobbe. — Die Schlangendame.

Komische Oper.
Heute abend 8 Uhr:
Hoffmanns Erzählungen.
Freitag: Hoffmanns Erzählungen.
Sonnabend: Hoffmanns Erzählungen.
Sonntag: Hoffmanns Erzählungen.

Luisen-Theater
Reichenbergerstr. 34.
Sonnabend, den 25. August, 8 Uhr:
Eröffnungs-Vorstellung
Die Hochzeit von Valeni
Volkstümliche Eintrittspreise.

Zentral-Theater.
(Operette). 8 Uhr:
Rastelbinder. Operette in 3 Akten.

Deutsch-Amerikanisches THEATER, Köpenickerstr. 67-68.
Heute abend 8 Uhr: Gastspiel Adolf Philipp:
PREMIÈRE
Im wilden Westen.
4 heitere Bilder m. Ges. v. A. Philipp.
Sonntag nachm. 3 Uhr halbe Preise: „Ueberm großen Teich.“

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Heute: **Großer Elitetag.**
Das Elite-Spezialitätenprogr. u. a.:
Paul Coradini.
Neiß Troupe × Steffen Bros
Außerdem:
Flotte Bursche.
Im Saale: Großer Elite-Ball.
Anfang 4½ Uhr.
Entree 30 Pf., num. Platz 50 Pf.
Billettvorverkauf von 10—1 Uhr.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Heute im Theater 8 Uhr:
Der jüngste Ausbruch des Vesuv.

Zoologischer Garten
Täglich ab nachmittags 5 Uhr:
Großes
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., v. 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Im Theater: Täglich 8 Uhr:
Adele.
Sonntag, den 26. August, nachmittags 3 Uhr, zu kleinen Preisen:
Adele.
Im Sommergarten täglich: Große Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 5 Uhr.

Lustspielhaus.
Täglich 8 Uhr:
Spatzenliebe.

Trianon-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Die Notbrücke.

Residenz-Theater.
Direktion Richard Alexander.
Heute und folgende Tage Anf. 8 Uhr:
Die Höhle des Löwen.
Schwank in 3 Akten v. M. Hennequin und P. Bilhaud.
Gaston Chalindrey: Rich. Alexander.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Extra-Benefiz
für das Schauspiel-Personal.
Nur einmalige Aufführung:
Zwischen zwei Pflichten.
Schauspiel von R. Benedix.
Anf. 7 Uhr. Kaffeeküche 3 Uhr. Ball.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Morwitz-Oper.
Donnerstag, abends 8 Uhr: **Carmen.**
Oper in 4 Akten von Bizet.
Freitag, abends 8 Uhr: Gastspiel Heinrich Bötel: **Der Postillion von Lonjumeau.**
Sonnabend, abends 8 Uhr: Zum letztenmal: **Die Afrikanerin.**

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.)
Morwitz-Oper.
Donnerstag: **Geschlossen.**
Freitag, abends 8 Uhr, bei halben Preisen: **Undine.**
Sonnabend: **Geschlossen.**
Sonntag, abends 8 Uhr: Letzte Opernvorstellung und Abschied Heinrich Bötel: **Der Troubadour.**
Im Garten tägl. gr. Militär-Konzert.

Metropol-Theater

Henry Bender. Josef Giampietro. Fritz Massary.

!Auf – in's Metropol!

Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Viktor Hollaender.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Schweizer Garten

Am Königstor — Am Friedrichshain.
Täglich:
Theater-Vorstellung, Spezialitäten u. Ball.
Berlin arm und reich.
Volksstück mit Gesang in 2 Akten.
Der mysteriöse Wunder-Globus.
(Das Rätsel aller Rätsel.)
Der Antipode auf lebender Brücke.
Die 5 Jaksons, Akrobaten.
Clothilde u. Bertram.
Trio Schlaraffia.
Wochentags: **Damentanz frei.**
Anfang 5 Uhr. — Entree 30 Pf.

Apollo-Theater

10 Uhr (50.) 10 Uhr
Zum Male!
Berlin im Omnibus.
Im zweiten Bilde:
Der Omnibus-Trick.
Vorher: Gute Spezialitäten!

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee 148.
Klown Dolly ist da!
Taglionis Ballett-Ensemble.
The Regads musikalischer Akt.
Das Bild des Vaters.
Volksstück in 2 Akten.
Anf. 4½ Uhr. **Tanz.** Entree 30 Pf.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger
Anfang Wochentags 8, Sonntags 7 Uhr.

Winter Garten

Großer Erfolg des
Eröffnungs-Programms.
Robert Steidl, Humorist.
Das Erntefest, engl. Ballettszene.
Paul Conchas, Kraftjongleur.
Bonhair Gregory, Akrobat.-Truppe.
Campbell und Johnstone, komische Radfahrer.
Der Biograph.
Mia Werber, Sängerin.
Chung Ling Soo, chin. Zauberkünstl.
De Witt Burns und Torrance, amerikanische Exzentriks.
Die Pisslutti, Reitakt.
Ferry Corwey, musikal. Klown.
Price u. Toledo, Kontorsionisten.
Anfang 8 Uhr.

Sanssouci.

Kottbuser Straße 4a.
Sonntg., Montg. Donnerst. und Sonnabend:
Hoffmanns Nordd. Sänger und Tanzkränzchen.
Zum erstenmal:
Gute Nacht, Karoline. Jeiteles als Einbrecher
Untr. 30 Pf., num. Pl. 50 Pf.
Somt. Beg. 5, Wochent. 8 U.
Im Vorgart.: **Freikonzert.**

Passage-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Nyssima
internation. Couplet-Sängerin.
Auf der diesjährigen Schönheits-Konkurrenz in Karlsbad mit dem ersten Preise gekrönt.
14 erstklassige Nummern!

Prater-Theater

Kastanien-Allee 7/9.
Zwischen Himmel u. Erde
Milardo, Humorist.
Borussia-Sextett.
Sands Sportakt.
„Der grüne Teufel" große Pantomime.
Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Einkritt 30 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.

Folies Caprice

Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
Sonnabend,
den 1. September:
Premiere.
10 000 Gulden Mitgift
und
Eine feine Gesellschaft.
Ludw. Mertens und **Berisch** in den Hauptrollen.
Vorverkauf ab 24. August an der Theaterkasse.

Ostbahn-Park

Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 17
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.

Gustav Behrens Theater,
Berlin O., Frankfurter Allee 85.
Das Aufsehen erregende
Eröffnungs-Programm.
15 erstklassig. Nummern
Paul und Mary Wilson
Gedankenübertragung in höchster Vollendung.
Anfang 7½ Uhr. Sonntags 5½ Uhr.

Volksgarten-Theater.

Badstr. 8 (Behm- u. Bellermannstr.)
Donnerstag, den 23. August 1906:
Großes arabisches Gartenfest:
„Die Kiswahfeier in Mekka"
verbunden mit **Elite-Theater und Spezialitäten-Vorstellung.**
Um 9 Uhr: Großes Festspiel: **Eine Pilgerfahrt nach Mekka.**
Gr. Brillant-Feuerwerk.
Anfang 4 Uhr.

Welt-Ausstellungs-Biograph- (St. Louis)
Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormitäten-Progr.
Verbindung mit größter Films-Fabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.
◆ Den ganzen Tag Vorstellung. ◆
Otto Pritzkow, Münzstr. 16.

Nur noch 7 Tage!
1. Deutsch-Amerikanischer Cirkus

10 russisch-sibirische Windhunde	Berlin, Memelerstraße. Tägl. abends 8 Uhr: Debüt von Mlle. Nata Anastusia.
10 russisch-sibirische Windhunde	Jeden Abend: Norton B. Smith mit seiner ganzen Künstlergesellschaft.
10 russisch-sibirische Windhunde	Sonnabd., d. 25. Aug., nachm. 4 Uhr: Große Extra-Vorstellung bei billigen Preisen.

Etablissement Buggenhagen

Moritzplatz.
Täglich im Garten bezw. in den unteren Sälen
Gottschalk Freikonzert
Mittwoch u. Sonnabend: Freitanz.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 2. September, 3 Uhr nachmittags im **Berliner Theater,** Ludwig Anzengruber:

Die Kreuzelschreiber.

Bauernkomödie in 5 Bildern. Artistische Leitung: **A. Steinert.**
Die Abteilungen folgen mit ihren Vorstellungen bei der I. Serie nach der Reihenfolge der folgenden Sonntage.

II. Serie: Im **Neuen Schauspielhause:**

William Shakespeare: **Der Sturm.**

Romantisches Schauspiel in fünf Aufzügen.
Sonntag, den 21. Oktober, Premiere:
8./9. Abteilung.
Dann folgen: 10./11., 12./13., 14./15., 16./17., 18., 1., 2./3., 4./5., 6./7. Abteilung.
Artistische Leitung: Direktor **Alfred Halm** und **Max Grube.**
Dirigenten: Hofkapellmeister **Prill** und **Karl Vach.**

Sonnabend, den 6. Oktober, abends 8½ Uhr:
17. Kunst-Abend im Rathause.

Sonnabend, den 25. August, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause:
Ordner-Sitzung.

Neue Mitglieder können sich noch in allen Zahlstellen melden.
Die **Mitgliedskarten** müssen abgeholt werden, da dieselben nur bis zum 20. August reserviert werden brauchen.
Die Mitglieder werden ersucht, die laut Beschluß der Juli-Generalversammlung verbreiteten Flugblätter betreffend das **Freie Kunstheim** aus den Zahlstellen abzuholen und zu verbreiten und die Antwortkarten ausgefüllt in den Zahlstellen abzugeben.
Inserate zur Monatsschrift „Freie Volksbühne" können nur noch bei sofortiger Bestellung Aufnahme finden. — Heft I dieses Jahrganges erscheint Ende August in allen Zahlstellen. 229/11
Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

Schloß Weißensee

„Zum Sternecker". Inhaber **C. Koch.**
Heute Donnerstag: **Elite-Tag.**
Großes Militär-Konzert.
Brillantes Feuerwerk.

Afrika
Dorf mit 53 Eingeborenen, zahlreiche Tiere. **Fantasia,** geritten vor dem deutschen Kaiser in Tanger.
Täglich mehrere Vorstellungen.
1. Vorstellung nachm. 4½ Uhr.
Entree 1 Mark. Kinder 25 Pf.

Folgende 234/14

Neuerscheinungen

empfehlen wir unsern Lesern zur Anschaffung:

Die Kinderarbeit und ihre Bekämpfung
von Käte Duncker. Preis 40 Pf.

Die Heimarbeit im Erzgebirge und ihre Wirkungen
von Paul Göhre. Preis 20 Pf.

Gewerkschaften und Unternehmer-Verbände
von Dr. Aug. Müller.
2. Auflage. — Preis 30 Pf.

Egoismus und Sozialismus
oder:
Das Ich und die Gesellschaft.
Eine dialektische Plauderei
von Karl Hoffmann. Preis 25 Pf.

Die neuen Reichssteuern
wie sie wurden und was sie bedeuten.
Mit einem Schlußkapitel:
Agrarisch-kapitalistische und sozialdemokratische Steuerpolitik
von Ed. Bernstein. Preis 30 Pf.

Die Zukunftsstaatsdebatten im französischen Parlament.
Reden
von Jaurès, Vaillant und Clemenceau.
Uebersetzt von Max Quarck.
Preis 10 Pf.

Schule, Kirche, Arbeiter.
Ein Vortrag von Paul Göhre.
Preis 15 Pf.

Die heutige Sozialdemokratie in Theorie und Praxis.
Eine Antwort auf die Artikelserie der „Kölnischen Zeitung":
„Die heutige Sozialdemokratie"
von Ed. Bernstein. 2. Auflage.
Preis 40 Pf.

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich
Herausgegeben vom Kaiserlichen Statistischen Amt.
XXVII. Jahrgang 1906. — Preis 2 M.

Expedition des „Vorwärts", Berlin SW. 68,
Lindenstraße 69, Laden.

Ritter-Säle, Ritterstraße 75

Inhaber: Aug. Bercht.
Den geehrten Gewerkschaften, Vereinen, Fabriken usw. zur gefälligen Nachricht, daß ich obiges Lokal von Herrn **R. Voigt** übernommen habe. 2025L*
Empfehle meine **Säle,** 150, 300 und 700 Personen fassend, zu **Festlichkeiten** und **Versammlungen** jeder Art und bitte um geneigten Zuspruch.
Achtungsvoll
Telephon-Amt IV. 7509. **August Bercht.**

Täglich von der Michael-Brücke
Dampfer-Extrafahrten
mit Musik nach dem beliebten **„Woltersdorfer Schloß".** Fahrpreis hin u. zurück **50** Pf., Kinder **25** Pf. Abfahrt vorm. 10 Uhr, nachm. 2 Uhr nur von der **Michaelbrücke.** — Auskunft über Vermietungen werden Holzmarktstr. 50d im Restaurant erteilt. 14962*

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Rahmenmacher
Fritz Witt
am 20. August verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobi-Kirchhofs in Rixdorf, Hermannstr., aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
91/8 **Die Ortsverwaltung.**

Freie Vereinigung der Tapezierer Berlins u. U.

Am Donnerstag, d. 16. August, starb unser langjähriges Mitglied, der Kollege
Robert Schröder
im Alter von 58 Jahren an den Folgen eines Schädelbruches.
Der Verstorbene war stets im Interesse der Organisation tätig und werden wir ihm ein ehrendes Andenken bewahren!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, auf dem Emmaus-Kirchhof in Rixdorf, Hermannstraße 129, statt.
Rege Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Am 21. d. M. früh 1 Uhr verschied nach schwerem Leiden der Schriftsetzer
Paul Aßmann
im 37. Lebensjahre.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am 23. d. M., nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Bartholomäus-Kirchhofes, Weißensee, Falkenbergerstraße, aus statt. 7105

Allen Verwandten, Bekannten und Freunden die traurige Nachricht, daß am Montag früh 5½ Uhr meine liebe Frau 7075
Anna Schröder, geborene Botho,
nach langen schweren Leiden gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 23. August, nachm. 3½ Uhr, vom Augusta-Hospital, Scharnhorststraße, aus statt.
Otto Schröder,
Kielerstr. 1.

Danksagung.

Für die zahlreiche Teilnahme an der Beerdigung meines lieben Mannes und Vaters
Edmund Weber
sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, ferner dem Wahlverein Treptow-Baumschulenweg, dem Gesangverein „Liedesfreundschaft", dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter sowie den Kollegen der städtischen Gasanstalt unseren innigsten Dank. 706b
Witwe Emma Weber und Kinder.

Alle Wanzen

werden nebst Brut durch mein Mittel vollständig vertilgt. — Fl. **50** Pf. u. **1.00.** — Ebenso Schwaben, Russen, Franzosen, Blattläuse usw. Schachtel **30** Pf., **60** Pf. u. **1.00.** 19142*
Zahlreiche Anerkennungen.

1000 Mark Belohnung

zahle demjenigen, der mir einen Nichterfolg nachweist. Nur allein echt bei **Hugo Barth,** Drogerie, jetzt Brunnenstr. **14,** früher Nr. 81.

Gelegenheitskauf!
Verkaufe großen Posten nur prima
Gänsebettfedern
von Donnerstag, 23., bis Dienstag, 28. Ausnahmepreise, pro Pfd. **2.00** M.
Dragonerstr. 15, I. Etage,
Weil keine Ladenmiete, daher billigere Preise wie wo anders.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Rixdorf.

Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Tischler
Georg Dehmel
(5. Abteilung)
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. d. M., nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Kirchhofes aus statt. 235/6
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Am 20. d. M. verstarb unser Kollege
Georg Dehml
infolge einer Blinddarmoperation.
Durch sein unermüdliches Wirken im Interesse der Arbeiterschaft sowie durch seinen in jeder Beziehung rechtschaffenen Charakter hat er sich die Liebe und Achtung aller erworben. 721b
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Die Kollegen der Firma Markiwitz, Elisabethufer 53.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler
Georg Dehmel
am 20. August verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 24. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Kirchhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
91/9 **Die Ortsverwaltung.**

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41,

Spezialarzt für 137/13*
Haut- und Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Sparen Sie

gern im Haushalt, dann bereiten Sie sich Ihren Bedarf an Essig selbst aus
Reichel's Essig-Essenz ?
Marke „Lichtherz".
Eine Originalflasche für **1 M.** gibt **12 Weinflaschen feinsten und milden, keimfreien**
Speise- u. Einmache-Essig
Damit eingelegte Früchte sind sicher vor dem Verderben geschützt und schmecken großartig!
½ Fl. 55 Pf.
Wo in Drogerien, Apotheken rc. Geschäften nicht erhältlich direkt von der Fabrik
Otto Reichel, Berlin SO. 45, Eisenbahnstr. 4.
Nur echt u. rein b. unverletzt. Kapselverschluß m. Marke **Lichtherz.**

!!Buss Salon!!

Große Frankfurterstr. 85.
Inhaber: Chr. Thoel.
Sonnabende im Sept., Oktober und November noch frei
für Vereine usw.
Totensonntag auch noch zu vergeben.

Diez' Spezialitäten-Theater.

Landsberger Allee 76/79 (Ringbahnstation).
Donnerstag, den 24. August cr.: **Benefizvorstellung**
für die Kassierer, Kontrolleure und Kellner des Etablissements.
Nur noch bis 30. August 1906:
16 Löwen sowie 4 neugeborene **Löwen** werden im Publikum herumgezeigt.
Die größte Sensation u. beste Gruppe der Welt: **im Salon des Löwenbändigers.**
Dazu das beste Programm Berlins, noch nie in einem Sommer-Theater geboten.
Nur Sensations-Akte!
Anfang 4 Uhr. — Entree 30 Pf. — Vorzugskarten ungültig.

Max Kliems Sommer-Theater.

Hasenheide 13—15. Artistische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: **Gr. Konzert, Theater und Spezialitätenvorstellung**
Jeden Montag: **Sommerfest.** — Jeden Mittwoch: **die beliebten Kinderfeste.** — Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**

Warenhaus Hermann Tietz

LEIPZIGERSTRASSE — ALEXANDERPLATZ

Donnerstag, Freitag, Sonnabend — Soweit der Vorrat reicht

3 Tage für Lebensmittel

Kolonialwaren

Gebrannter Kaffee

Mischung	I	II	III	IV	V	VI
per Pfund	80 Pf.	88 Pf.	1.00	1.15	1.35	1.55

Kakao garantiert rein	Pfund 75 Pf.	bei Abnahme von 5 Pfund	73 Pf.
Kakao garantiert rein, in Dosen à 1 Pfund			1.40
Haushaltchokolade	Pfd. 70 Pf.	bei Abnahme von 5 Pfund	68 Pf.
Blockchokolade	Pfund 75 Pf.	bei Abnahme von 5 Pfund	72 Pf.
Sahnen-Dessertchokolade		Packet ½ Pfund netto	56 Pf.
Kronen-Cakes		Pfund	35 Pf.
Figaro-Cakes		Pfund	45 Pf.
Haushalt-Cakes		Pfund	52 Pf.

Zur Einmachezeit:

ff. Brot-Raffinade in ganzen Broten	Pfund	20 Pf.
ff. gemahl. Zucker	Pfund 19 Pf. 5 Pfund	90 Pf.
Pa. Weinessig in Korbflaschen mit 5 u. 10 Liter	per Liter	22 Pf.
ff. Essigessenz	per Flasche	72 Pf.
ff. Essigessenz	per Flasche	68 Pf.
ff. Bienenhonig garantiert rein,	1 Pfund-Glas	95 Pf.

Ein grosser Posten

Rebhühner junge 1.00 1.10 prima alte 75 Pf.

Junge Brat-Hühner	80 Pf.	1.00	1.20	1.40
Suppen-Hühner	1.95 bis 2.30			
Junge zarte Gänse	von 5.00 an			
Junge lebende Tauben auf Wunsch geschlachtet	Paar 1.10			

Ital. Weintrauben	Kiste ca. 4½ Pfund	88 Pf.
Ital. Weintrauben	Kiste ca. 8 Pfund	1.48
Pfirsiche Pfund 24 Pf.	im Korb, brutto für netto gewogen Pfund	22 Pf.
Tafeläpfel prima, 2 Pfund 35 Pf.	5 Pfund	80 Pf.
Pflaumen	3 Pfund	20 Pf.

Spargel, Ernte 1906

Prima Stangenspargel	20/24	1/1 Dose 1.65	1/2 Dose 88 Pf.
Prima Stangenspargel	26/30	1/1 Dose 1.55	1/2 Dose 83 Pf.
Prima Stangenspargel	32/36	1/1 Dose 1.40	1/2 Dose 75 Pf.
Prima Bruchspargel	mit Köpfen	1/1 Dose 1.20	1/2 Dose 65 Pf.
Prima Bruchspargel	mit Köpfen	1/1 Dose 1.00	1/2 Dose 55 Pf.
Prima Bruchspargel	mit Köpfen	1/1 Dose 85 Pf.	1/2 Dose 48 Pf.

Fleisch- und Wurstwaren

Braunschweiger Mettwurst	Pfund 1.00
Polnische Mettwurst	Pfund 90 Pf.
Sardellenleberwurst	Pfund 1.10
Rotwurst geräucherte Pfund 55 Pf.	frische Pfund 75 Pf.
Schinkenspeck	Pfund 65 Pf.
ff. fetter Speck Spick-Speck	Pfund 85 Pf.

Fisch-Conserven

Bismarckheringe	Dose 45 Pf.
Bratheringe	Dose 45 Pf.
Delikatessheringe versch. Saucen 1/1 Dose 78 Pf.	1/2 Dose 48 Pf.
Anchovy's in Gläsern	per Glas 24 Pf.
Sardinen in Gläsern	per Glas 24 Pf.

Sardinen in Oel

Marke Saupiquet „Diplomat" 1/4 Dose 85 Pf.	1/2 Dose 1.75
Marke „Renommé" 1/4 Dose 80 Pf.	1/2 Dose 1.85
Marke „La Primera"	1/4 Dose 48 Pf.
Marke „Keriolec"	1/4 Dose 33 Pf.

ff. engl. Matjes-Heringe St. 10 Pf. 15 Pf. 20 Pf.

Jedes Wort 10 Pfennig. Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Räumungs-Ausverkauf! Gardinen, Stores, 10 Proz. Rabatt, Fenster 1,15, 1,65, 1,85, 2,45, 2,95; 3,85, 4,75, 6,75 usw. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, nahe Koppenstraße.

Tüllbettdecken 2,15, 2,25, 2,45, 2,95, 3,25, 3,35, 4,50 usw. Vorziehgardinen, weiß, creme, rot und goldfarbig in allen Preislagen 10 Proz. Rabatt. Weitzenbergs Teppichhaus.

Räumungs-Ausverkauf! Möbelstoffe, Möbelplüsche und Reste für ganze Bezüge 15 Proz. Rabatt.

Japaner- und Perser-Teppiche, 2 Meter lang 3,85; 2,35 Meter lang 5,90. 1731K*

Große Posten echte Plüschteppiche mit Fehlern, nur so lange Vorrat 10 Proz. Rabatt. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125. 1732K*

Räumungs-Ausverkauf! Einen Posten Tuchtischdecken 1,65, 1,95, 2,45, 2,95, 3,50, 4,35 usw. 1733K*

Plüschtischdecken, wert das Doppelte: jetzt 6,85, 7,50, 8,75, 9,75, 11,00: 10 Proz. Rabatt. 1734K*

Steppdecken, nur so lange Vorrat 2,85, 3,85, 4,85, 5,85, 6,85. 1735K*

Tuch- und Plüschvorhänge mit Querbehang 3,85, 4,50, 5,00, 7,85, 9,50, 10,50 usw. mit 10 Proz. Rabatt. Weitzenbergs Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, Haltestelle nahe Koppenstraße. 1736K*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 1†

Teppiche! (fehlerhafte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Hackescher Markt 4, Bahnhof Börse. 266/14*

Fahrräder. Teilzahlungen. Bergstraße 28, Stalitzerstraße 40. 1668K*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36 b. 1710K*

Teppiche mit Farbenfehlern Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Eine Parket-Restauration verkauft E. Worm, Schöneberg, Eisenacherstraße 72. †104*

Hochvornehme Herrenanzüge, Sommerpaletots, die aus feinsten Maßstoffen gefertigt wurden, 18 bis 38,00, Herrenhosen 7–12,00 verkauft täglich, Sonntags. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, 1 Treppe.

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50,00. Holz, Blumenstraße 36 b. *

Gaskocherhaus! Zweilochgaskocher! 3,00. Geschlossene Spargaskocher! 5,00. Gasbügelapparat, Gasplätteisen! Gasbratöfen! 7,00. Dreiflammige Gaskronen! 6,00. Gasuhren! 1½. Wohlauer, Wallnertheaterstraße 32 1751K*

Milchgeschäftseinrichtungen, Milchkübel, Kannen, Maße, Milchsiebe, Wiegeschalen, Buttermaschinen usw. billigst. Jordan, Michaelkirchstraße 21.

Kinderwagen, Kinderbettstellen, Sportwagen, gebrauchte, zurückgesetzte spottbillig. Schneider, Kurfürstenstraße 172. 2665*

Hochvornehme Herrenhosen aus feinsten Maßstoffen 9–12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Filialen. 1714K*

Monatsanzüge, Sommerüberzieher von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Bezugsquelle. Schneidermeister Paul Fürstenzelt. Nur Rosenthalerstraße 10. Kein Laden. Habe keine Filialen. 267/17*

Brautleute! „Nur Grünerweg 81." Spinden, Spiegel, Sofas, bessere Bettstellen, reelle Matratzen, enorm riesige Auswahl vollständiger Wohnungs-Einrichtungen, bekannt billig! Hermann Dwinatzki. 1715K*

Rette Dich aufs Land! Ein zehn Morgen großes Grundstück mit vielen Obstbäumen bepflanzt, für jede Gartenkultur geeignet, 25 Minuten vom Bahnhof, verkaufe mit 1000 Mark Anzahlung sofort. Otto Trentepohl, Bensickendorf (Mark). 1765K*

Nähmaschinen, ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00. Warschauerstraße 67, Wienerstr. 1/6, Ackerstraße 111. 7095

Monatsanzüge und Sommerpaletots von 5,00 an, Hosen von 1,50 an, Gehrockanzüge von 12,00 an, Fracks von 2,50 an, sowie für korpulente Figuren. Neue Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Pfandleihen verfallene Sachen kauft man am vorteilhaftesten bei Raß, Mulackstraße 14. 7155*

Herrenrad, Prachtmaschine, spottbillig. Kleinschmidt, Usedomstr. 27 a.

Waldidyll! Dabei □R. 10 Mark, 5 Minuten vom Bahnhof, mitten im Walde, 300 Hochwaldbaustellen. Nur Ruhe, Schönheit. Darum säume niemand, sich schnell eine Parzelle zu kaufen. Zoern, Pankow, Elisabethweg 10. 7196

Seifengeschäft mit Wohnung billig zu verkaufen Hussitenstraße 38.

Hohe Vergütung bei Ringschiffchen Bobbin, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00, Köpenickerstraße 60/61, Große Frankfurterstraße 43, Prenzlauerstraße 59/60. †88

Nähmaschinen. Zahle bis 15,00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Brauser, Tilsiterstraße 90. †39*

Nähmaschinen. Vergüte bis 10,00, wer Teilzahlung kauft, nachweist. Sämtliche Systeme. Alte nehme hoch in Zahlung. Rixdorf, Berlinerstraße 99. †118*

Steppdecken billigst Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. †1

Tapezierer mit kleinem Kapital kann sofort gute Existenz erwerben. Billige Miete, gute Lage. Offerten „7391" Postamt 42. †63

Restaurant, gutgehend, umständehalber billig zu verkaufen. Näheres unter V. 4 Postamt 47, Berlin.

Milch, Backware, Obst, Gemüse, Kolonialwaren, Kohlen und Holzverkauf, billige Miete, preiswert verkäuflich bei Apitz, Mühlenstraße 48 im Laden. †130

Bäckerei, 20 Jahre alt, Patentofen, umständehalber für 800 Mark zu verkaufen oder zu vermieten Wienerstraße 49. 150/12

Schankgeschäft verkäuflich. Erfragen Trojanus, Lichtenbergerstr. 13.

Möbeltischlerei liefert gediegene Wohnungseinrichtungen äußerst billig. Bunte Küchen. Reelle Arbeit. Besichtigung meines staunend großen Lagers erbeten. Auch Ratenzahlung. Nur Keller und Hinterräume. Harnack, Tischlermeister, Dresdenerstraße 124, zwischen Oranienplatz und Kottbuser Tor. 1768K*

Verschiedenes.

Patentanwalt Wessel, Gitschinerstraße 94a. 2675*

Pfandleihe, Prinzenstraße 68, täglich 8–8, Sonntags bis 2. 1667K*

Rixdorf. Bruses Festsäle, Kniesebeckstraße 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Parkettsaal (600 Personen). Sonntags Ball. †118*

Platinabfälle, Gold, Silber, Brillanten, Gebisse, Kehrgold sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Abfälle kauft die Gold- und Silberschmelzerei Broh, Wrangelstraße 4. Telephon-Amt 4, 6958. 149/19*

Saal! Vereinszimmer Sonnabende frei. Klubhaus, Annenstraße 16. *

Pfandleihe Markusstraße 27. *

Vereinszimmer mit Pianino zu vergeben. August Goldbach, Löwestraße 14. †148*

Volkshumorist Balzé. Auch Gesellschaft. Manteuffelstraße 41. †99

Nehme noch Wäsche zum waschen. Laken 10, Leibwäsche 10, 4 Handtücher 10 großer Bezug 15. Die Wäsche wird chlorfrei und mit der Hand gewaschen und im Freien getrocknet. Frau Luise Lythje, Köpenick, Müggelheimerstraße 2. 1769K

Geige, Cello, auch zerbrochen, kauft. Offerten unter E. 2 Expedition des „Vorwärts". 7185*

Hiermit nehme ich die Beleidigungen, welche ich gegen Herrn Max Ebhard im Lokal Hagelsbergerstraße verbreitet habe, reuevoll zurück und erkläre denselben für ehrenhaft. Georg Hoffmann, Schönleinstraße 8. †107*

Briefmarken-, Münzen-, Mineraliensammlung, Antiquitäten-Ankauf. Kanonierstraße 9, Sammelbazar. *

Vermietungen.

Schlafstellen.

Teilnehmer zur möblierten Schlafstelle gesucht. Frau Jacobey, Kolbergerstraße 26, III. *

Schlafstelle für 1 oder 2 Herren, Rominternerstraße 40, Gartenhaus, Witwe Jeruhn. †40

Schlafstelle für 2 Herren, Dresdenerstraße 58, III rechts. 7125

Mietsgesuche.

Junger Mann sucht Zimmer als alleiniger Mieter, 12–15 Mark monatlich, in Berlin Südost. Offerten unter W. O. Expedition dieses Blattes Lausitzer Platz 14/15. †13

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Kutscher sucht Stellung für leichtes Fuhrwerk Simeonstraße 6. Heilig.

Blinder Stuhlflechter bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. A. Glätzer, Mulackstraße 27. 1468b

Stellenangebote.

Geldschrankschlosser sucht Brandes, Alexandrinenstraße 118. 5865*

Marmorschleifer verlangt Graf, Steglitz. 210/17*

Schlosserlehrling verlangt Wasserthorstraße 30. Fröhlich. 150/10*

Anschläger auf Fenster verlangt Przybilski, Greifswalderstraße 30.

Grundierer verlangt Köpenickerstraße 147. 7115

Fliesenleger verlangt Wirth, Bau Schauspielhaus, Nollendorfplatz oder Dieffenbachstraße 36. †111

Tüchtige Hakenbieger und Feiler auf Partridge und Natur im Hause verlangt W. Remmert u. Co., Prinzenstraße 38. 7045

Junges Mädchen (16 Jahre) für Expedition gesucht. Altenbergs Färberei, Weißensee, Langhansstraße 4. †138*

Botenfrauen finden sehr lohnende Beschäftigung Schiffbauerdamm 1. *

Botenfrauen (Tour Mühlenstraße) finden sehr lohnende Beschäftigung Sorauerstraße 20. 150/9

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Tüchtiger 210/12*

Trommel-Balanzierer

bei hohem Lohn gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften und Lebenslauf unter **D. 2** an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Achtung!

Die Holzbearbeitungsfabrik **Nadge, Palisadenstr. 77/78** und **Rummelsburg, Wilhelmstrand,** ist für Maschinenarbeiter sowie Hülfsarbeiter **gesperrt!** Sämtliche Arbeiter befinden sich im Ausstande.

Verband der Handels- und Transportarbeiter.
Verband der Maschinenarbeiter.

Achtung! Achtung!

Schildermaler!

Bei der Firma **Otto Grund u. Co.,** Wassergasse 3, und bei der Firma **Paul Voigt,** Neue Königstraße 42, sind Differenzen ausgebrochen, mithin bis auf weiteres gesperrt. 266/20*

Zuzug ist fernzuhalten!
Die Verwaltung.

Achtung! Achtung!

Klavierarbeiter!

In der Pianofabrik von **Bell & Co., Andreasstr. 32,** haben sämtliche Kollegen wegen Lohndifferenzen die Arbeit niedergelegt. 141/16*

Zuzug ist fernzuhalten.
Vereinigung der Musikinstrumentenarbeiter.

Deutsch. Buchbinderverband

(Zahlstelle Berlin).

Folgende Firmen sind, weil Einstellungen nach dem abgeschlossenen Vertrage nicht erfolgt sind, bis auf weiteres gesperrt:

Xaver Kölle, Reichenbergerstraße 36.
Fleck Nachf., Lützowstr. 87.
Ad. Wittenburg, Wilhelmstraße 16.
F. O. Agthe, Wilhelmstr. 119/20.
Ad. Schoß, Puttkamerstraße 19 und Dessauerstraße 14.
Kartonfabrik Ad. Lesser, Krautstraße, für Kartonarbeiter, u. für Galanteriearbeiter die Firma **Aloys Suk,** Neanderstr. 4.

Vor Arbeitsannahme in den Verbandsbetrieben, auch durch den paritätischen Facharbeitsnachweis ist Information auf dem Bureau, Engelufer 15 II, Zimmer 21, einzuholen.
24/12 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Wegen Streik und Lohndifferenzen sind gesperrt:

Für **Tischler, Polierer und Maschinenarbeiter:**
Equitz, Gr. Frankfurterstr. 125.
Für **Bautischler:**
Bischoff, Stralauer Allee 20a.
Für **Knopfarbeiter:**
Abramowsky, Köpenickerstraße 33a.
Für **Korbmacher:**
Zwerner, Friedrichsfelde, Berlinerstraße 72.
Bander, Friedrichsfelde, Berlinerstraße 82.
Für **Bürstenmacher:**
Der **Innungsnachweis, Brunnenstraße 154.**
Für **Parkettbodenleger:**
Bau Tempelhof, Dorfstraße 19. Fabrikant **Herzer,** Vertreter **Wagner.**

Zuzug ist streng fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung.

Langjährige Erfahrung hat uns gelehrt, dass milder, lieblicher Geschmack eine der hervorragendsten Qualitäts-Eigenschaften feiner türkischer Cigaretten ist. Wir haben aber auch gelernt, dass milder Geschmack ohne Einbusse an Aroma nur erreicht werden kann durch sachkundige Mischungen der sorgfältigst gewählten reifen Blätter türkischen Tabaks, zusammengestellt in genau harmonischem Verhältnis. Wir sind sicher, dass jeder Kenner welcher

JOSETTI CIGARETTEN

probiert, zu der Ueberzeugung gelangen wird, dass wir in unseren Mischungen es erreicht haben, feinen, milden Geschmack mit köstlichstem, qualitätvollem Aroma zu verbinden. Josetti-Cigaretten sind deswegen aussergewöhnliche Cigaretten nach jeder Richtung hin. Sie repräsentieren nicht allein den besten türkischen Tabak, welchen wir zu kaufen wissen, und nicht nur die sachverständigste Fürsorge in der Behandlung desselben, die man obwalten lassen kann, sondern auch sachkundig zusammengestellte und daher vollkommene Mischungen, die nur durch unermüdliche Aufmerksamkeit verbunden mit kritischer Beurteilung erreicht werden können. Es sind die Mischungen, welche den Josetti-Cigaretten ihren eigentümlichen, hochfeinen, qualitätvollen Geschmack geben.

Josetti

Josetti Juno 10 St. 20 Pfg.
Josetti Griseldis 10 St. 30 Pfg.

Zug mit für Josetti-Cigaretten bestimmtem Tabak beladener Packtiere.

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen".

Osten:
Mann, Petersburgerplatz 4.
Wengels, Rüdersdorferstr. 3.
Gustav Vogel, Koppenstr. 83.

Nordosten:
L. Zucht, Keibelstr. 42.
J. Reul, Barnimstr. 42.

Norden:
H. Raschke, Ackerstr. 36.
F. Trapp, Rügenerstr. 24.
Karl Mars, Lochenerstr. 123.
Karl Weiße, Wiesenstr. 41/42.
L. Dechand, Ruheplatzstr. 24.
H. Vogel, Lortzingstr. 37.
A. Tietz, Invalidenstr. 124.

Nordwesten:
Karl Anders, Salzwedelerstr. 8.
W. Schrolle, Gotzkowskystr. 29.

Südwesten:
H. Werner, Mittenwalderstr. 30.
H. Schröder, Kreuzbergstr. 15.

Süden:
St. Fritz, Prinzenstr. 31.
F. Gutschmidt, Kottbuser Damm 8.

Südosten:
Paul Böhm, Lausitzer Platz 14/15.
P. Horsch, Engel-Ufer 15.

Charlottenburg:
G. Scharnberg, Sesenheimerstr. 1.

Friedrichsberg:
O. Seikel, Kronprinzenstr. 50.

Rixdorf:
M. Heinrich, Neckarstr. 7.
Conrad, Hermannstr. 50.

Schöneberg:
Wilh. Bäumler, Martin Lutherstr. 51.

Weißensee:
W. Neske, Sedanstr. 105.
Jul. Schillert, König-Chaussee 39a.

Reinickendorf:
P. Gurich, Provinzstr. 108.

Steppdecken

13271.*

Gelegenheitskauf!

Bunt Kattun — Ersatz für Deckbett 2.85
Similiseide / Wollatlas — in den Farben rot, blau, oliv — 4.85 6.75 / 5.25 7.50
Bunte Normal-Schlafdecken 1.50 2.50 3.50
Wolldecken ganz dick fehlerhaft 3.00 4.00

Spezial-Haus **Emil Lefèvre,** Oranienstraße 158. Berlin S.

Hygienische Bedarfsartikel. Neuest. Katalog m. Empfehl. viel. Aerzte u. Prof. grat. u. fr. H. Unger, Gummiwarenfabrik Berlin NW., Friedrichstrasse 91/92.

Nähmaschinen (Frister u. Roßmann) billigst, auch gegen Teilzahlung. Zuschneide-Kursus gratis. Rosenthalerstr. 19. 18722*

Achtung! Fliesenleger. Achtung!

Donnerstag, 23. August, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshause (Saal 8) Engel-Ufer 15:

Versammlung
der
Sektion der Fliesenleger des Maurerverbandes.

Tages-Ordnung: 146/18*
1. Vortrag des Kollegen **Krabel.** 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. 4. Verschiedenes.

Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Der Sektionsvorstand. J. A.: H. Pufahl.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands
Filiale Berlin.

Freitag, den 24. August 1906, abends 6½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 1:

Vertrauensmänner-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Alwin Körsten** über: Gewerbegericht und Innungsschiedsgericht. 2. Diskussion. 3. Bericht der Vertrauensleute. 4. Verschiedenes.

Es ist notwendig, daß alle Bauten vertreten sind. Anfang präzise.

201/12 **Der Vorstand.**

Achtung! Steinbildhauer. Achtung!

Heute, Donnerstag, abends ½6 Uhr:

Branchenabend

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 1.

Bericht über den Stand des Streiks und die Verhandlungen am Mittwoch.

21/1 **Die Kommission der Steinbildhauer.**

Fabrik von Hugo Carl Hagenbruch i. Mühlhausen in Thüringen.

Mühlhäuser Kautabak
von **Hugo Carl Hagenbruch, Mühlhausen i. Th.** nur echt, wenn die Röllchen den beigedruckten Zettel enthalten, worauf gefäll. genau zu achten bitten.
Vertreter für Berlin und Umgegend:
August Kleinert, 19642*
Berlin SW., Großbeerenstraße 39. Amt VIa, 10560.

Fabrik von Hugo Carl Hagenbruch i. Mühlhausen in Thüringen.

Für
Lichtenberg u. Umgegend
mache ich hierdurch bekannt, daß ich mich
Frankfurter Allee 4 II,
vis-à-vis der Wohnung des kürzlich verstorbenen Sanitätsrats Dr. Brockmann,
als **prakt. Arzt**
und Spezialarzt für Kinderkrankheiten
niedergelassen habe.

Dr. Britz.

Möbel-Fabrik
von **A. SCHULZ,**
Reichenberger Straße 5
(gegründet 1878)
empfiehlt ihr großes Lager nur anerkannt gediegener Möbel in jeder Holz- und Stilart von 300, 400, 500, 600 bis 10 000 Mk. Auch fertige Sofas, Garnituren und Matratzen eigener Fabrikation zu billigen Preisen. 2096L.*

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
Tabak-Großhandlung u. Tabakfabrik.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbaren Kau- u. Schnupftabake.
Spezialität: **Nordhäuser Kautabak.**
Ratiborer Schnupftabake: Ehssegger, Kowneer, Kardinal, Karotten usw. stets frisch zu billigsten Engrospreisen.
Neu! Neu aufgenommen: **Neu!**
Berliner Luft (Detailpreis: Paket 10 Pf.)
erstklassiger Qualitäts-Schnupftabak aus den Tabakfabriken von **Joseph Doms,** Ratibor.
1668L.* Amt 4, 3014.

Keine Cigarre — **„Cigaroma"** — Keine Cigarette

empfehlenswertestes und billigstes Rauchprodukt

hergestellt aus nur edlen Tabakblättern in der Preislage von 1½ Pf. pro Stück an. Zu beziehen durch den Cigarrenhandel

„Cigaroma" G. m. b. H. Fabrik und Hauptgeschäft: Berlin SW. 68, Zimmerstr. 13.

1947L.*

Verantwortl. Redakteur: Carl Wermuth, Berlin-Rixdorf. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Das Erdbeben in Chile.

Noch läßt sich der durch die Katastrophe angerichtete Schaden nicht übersehen und schon ist die Kunde von einem neuen Erdbeben hierher gelangt. Es wird berichtet:

New York, 21. August. Der nach **Valparaiso** entsandte Spezialkorrespondent des Bureau Laffan, der heute dort eingetroffen ist, telegraphiert unter gleichem Datum: **Das neue Erdbeben**, das heute morgen die Stadt heimsuchte, **hat diese fast völlig zerstört.** Einzelheiten über die Katastrophe mitzuteilen, ist einfach unmöglich.

Santiago de Chile, 22. August. Der Schaden in den Ortschaften ist unermeßlich; fast sämtliche **Wohnplätze an der Küste sind zerstört.** Die Orte **San Francisco del Monte, San Antonio und Cartagena sind nahezu völlig vernichtet;** die am meisten heimgesuchte Zone umfaßt die Provinzen Valparaiso und Aconcagua. Die Orte Limache, Llai-Llai und Novoviejo sind **vollständig vom Erdboden verschwunden.** Man schätzt den Verlust für ganz Chile auf 20 Millionen Pfd. Sterl. Es sind noch immer leichte Erdstöße zu verspüren. Die Feuersbrünste sind erloschen. **60 000 Menschen sind ohne Obdach.** Die Regierung läßt für 30 000 Personen Baracken bauen. Die Eisenbahnlinie ist von Valparaiso aus bis Lamache wieder hergestellt. Die Kammer hat 4 Millionen Pesos für Hülfsleistungen bewilligt.

London, 22. August. Ueber New York hier eingetroffene Berichte aus Valparaiso besagen, daß die Lebensmittelvorräte für etwa einen Monat ausreichen, daß aber Mangel an Trinkwasser herrscht. Die Behörden errichten auf den Hügeln Unterkunftshütten. Durch Dynamitsprengungen wurden der Feuersbrunst Schranken gesetzt. Die Schutzleute **erschossen an 50 Plünderer.** Man befürchtet den Ausbruch einer Seuche wegen der vielen unbegrabenen Leichen. Staatsingenieure arbeiten an der Wiederherstellung der Eisenbahnen und Telegraphen.

Ein bemerkenswertes Telegramm empfing die Hamburg-Amerika-Linie von Kapitän Blaß, dem Führer ihres gegenwärtig im Hafen von Valparaiso befindlichen Dampfers „Thuringia“. Es lautet: „Ein großer Teil Valparaisos durch Erdbeben und Feuer zerstört. Erdstöße dauern an. Schiff hat keinen Schaden erlitten. Die Not ist aufs höchste gestiegen. Ich gewähre, soweit möglich, Hülfe; habe 300 Obdachlose an Bord.“ — Auch das Telegramm, das die Berliner Firma Hardt u. Co. von ihrem Valparaisoer Hause C. u. W. Hardt erhielt, sei hier wiedergegeben: „Drei Viertel von Valparaiso und Umgegend sind verschüttet. Unsere Stores in Santiago und Concepcion sind intakt. Eisenbahn, Post und Telegraph unterbrochen.“

Anderen Berichten entnehmen wir folgende Einzelheiten:

Die Mauern des Gefängnisses von Santiago begruben in ihrem Sturze 140 Sträflinge unter sich. Der Badeort Vina del Mar ging in Flammen auf. Am Sonnabend traf der Eigentümer der Zeitung „Mercurio“ zu Pferde aus Valparaiso in Santiago ein. Er erklärte, die Stadtviertel Almendral und Gran Avenida seien Trümmerhaufen, unter denen die Bewohner der Stadt nach Verschütteten suchten. Es herrschte vollständige Ordnung in der Stadt infolge des sofortigen Eintreffens von Militär. Er konstatierte ferner, daß der Verlust an Menschenleben verhältnismäßig gering sei. An einer Stelle allein seien trotzdem 50 Leichen gesammelt worden. Die Hotels blieben sämtlich stehen und die Gäste sind fast alle unverletzt. Man befürchtet eine ökonomische Krisis. Bald nach dem großen Erdstoß versuchte ein Pöbelhaufen, die Lager einer englischen Firma zu plündern, die jedoch von den Angestellten bis zum Eintreffen der Truppen erfolgreich verteidigt wurden. Viele Kaufleute in Santiago machen sich die Notlage zunutze, indem sie die Preise für Lebensmittel erhöhen, obgleich sie gefüllte Lager haben und keinen Schaden litten. Zwanzig Personen starben an übergroßem Schrecken. Am Sonnabend konnte in Santiago bereits der Trambahnverkehr wieder aufgenommen werden.

Partei-Angelegenheiten.

Wannsee. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Sonnabend, den 1. September statt, und nicht am Sonnabend vor dem 1. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Pösenecker über „Das Genossenschaftswesen“. 2. Bericht von der Generalversammlung des Kreises und Groß-Berlin. 3. Vereinsangelegenheiten. Zu dem Vortrage sind auch die Frauen hiermit eingeladen.

Der Vorstand.

Schenkendorf. Der Wahlverein hält am Sonnabend, den 25. August 1906, abends 8 Uhr, bei Pätsch seine Mitgliederversammlung ab. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Nieder-Schöneweide. Freitag, den 24. August, abends 8½ Uhr, große Volksversammlung für Nieder-Schöneweide und Umgegend im Etablissement Hasselwerder. Tagesordnung: Vortrag des Herrn Wilhelm Miethke über „Zweck und Nutzen des Austritts aus der Landeskirche“. Freie Diskussion ist zugesichert. Der Prediger des Ortes, Herr Bülow, ist ganz besonders hierzu eingeladen. Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein

Der Einberufer.

Ober-Schöneweide. Der Wahlverein veranstaltet heute und am Montag, den 27. August, eine Theateraufführung von „Bartel Turaser“ im Schloßpark Wilhelminenhof unter Leitung des Herrn Walkotte. Wir erwarten von den Genossen, daß sie diese Veranstaltungen durch rege Beteiligung unterstützen. Billetts sind bei den Bezirksführern und dem Kassierer Burgschat, Siemensstraße 8, zu haben.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Die Bierkonsumenten müssen zahlen!

Die Berliner Gastwirte sind vor den Brauereimagnaten mutig zurückgewichen. Während sie bisher versuchten, sich gegen die von den Brauereien beabsichtigte Bierpreiserhöhung zu wehren und die Bierbelastung den Brauereien zuschanzen wollten, haben sie jetzt diesen Versuch aufgegeben und wollen sich nun an den Konsumenten schadlos halten. Der Verein Berliner Gastwirte hat gestern nachmittag in den Industrie-Festsälen, Beuthstraße, eine außerordentliche Versammlung abgehalten, die sich mit dem künftigen Bierpreise beschäftigte. Als Ehrengäste waren auch Mitglieder der Saalbesitzer und der anderen Gastwirtsvereinigungen anwesend. Bekannt gegeben wurde, daß ein vor acht Tagen gegründeter Verein der Vierzehntel-Ausschänke sich dahin schlüssig gemacht habe, künftig für ⁸/₁₀ Liter Bier 10 Pf. und für ⁶/₁₀ Liter 15 Pf. zu berechnen. Der Verein der Saalbesitzer ließ erklären, daß er bei den Brauereien dahin wirken werde, daß die Oekonomen entfernt würden und daß nur noch ¼ Liter-Gläser beim Ausschank verwandt werden dürften. Nach mehrstündiger Aussprache gelangte die Versammlung zur Annahme einer Erklärung, in der es heißt:

„Der **Verkaufspreis des Bieres** für die Wirte muß sich leider um **2½ Pfennig pro Liter erhöhen.** Da für Berlin das Pfennigsystem nicht anwendbar ist, so muß es jedem Wirt überlassen bleiben, **welches Maß er für 10 Pfennig verabreichen will.** Dem Publikum soll durch Plakate, die auf Vereinskosten gedruckt und mit dem Vereinsstempel versehen werden, von der Preiserhöhung Kenntnis gegeben werden.“ Der Vorsitzende gab bekannt, daß später eine Kontrolle darüber veranstaltet werden soll, welche Wirte dieses Plakat wirklich in ihren Lokalen ausgehängt haben.

Mit diesem Beschluß ist es nun in Berlin glücklich dahin gekommen, daß der Konsument zahlen muß. Es mag gewiß auch für die Wirte nicht leicht sein, einen Kampf gegen den kapitalkräftigen Brauereiring zu führen. Wir möchten aber darauf aufmerksam machen, daß die Gastwirte auch ihrerseits in dem Kampfe bisher nur ihr eigenes persönliches Interesse zu wahren gesucht haben. In dem Kampfe gegen die seinerzeit geplanten großen Steuervorlagen, die nun angenommen worden sind, haben die Gastwirte nur eine sehr bescheidene Rolle gespielt und den Hauptkampf der Arbeiterklasse überlassen. Auch ihre Bestrebungen zur Erdrosselung des Flaschenbierhandels waren nicht geeignet, bei den Bierkonsumenten besondere Sympathien zu erwecken. Sie mögen sich nicht wundern, wenn nunmehr auch die Konsumenten sich rühren und sich ganz entschieden gegen eine Verteuerung des Bieres wehren werden.

Die Walderholungsstätten vom Roten Kreuz

geben doch immer wieder Anlaß zu Klagen. Wieder einmal ist es die Erholungsstätte „Jungfernhaide“, aus der uns von Patienten die Bitte vorgetragen wird, etliche der dort vorhandenen Mißstände öffentlich zu besprechen. Uns ist eine Beschwerdeschrift zugegangen, die von einem halben Hundert Patienten unterzeichnet ist. Der Ausweg einer Veröffentlichung durch den „Vorwärts“ ist gewählt worden, weil man nach den bisherigen Erfahrungen sich keinen Erfolg davon versprechen konnte, zunächst mal eine Beschwerde an diejenige Stelle zu richten, die sich für allein zuständig hält. Nach den Erfahrungen, die anderswo mit dem Roten Kreuz gemacht worden sind, mußte sogar befürchtet werden, daß Wortführer der sich beschwerdenden Patienten kurzerhand ausgewiesen würden, wie das vor einiger Zeit in der Heilstätte Grabowsee geschehen ist.

Hauptanlaß zur Unzufriedenheit ist wieder die Beköstigung. Wie wir über Klagen solcher Art denken, das haben wir oft genug dargelegt. Wo für zweihundert Mann gekocht wird, da kann verständigerweise der einzelne nicht verlangen, daß auf seinen speziellen Geschmack Rücksicht genommen wird. Aber — nicht wahr? — er darf wenigstens das erwarten, daß ihm nicht durch das, was man ihm vorsetzt, für immer der Appetit verdorben wird. In der Erholungsstätte „Jungfernhaide“ haben es Patienten erlebt, daß sie in ihrem Mittagessen Maden fanden. Das ist nicht bloß einmal vorgekommen, sondern sogar wiederholt. Es wird angenommen, daß die Maden aus Gemüsekonserven herstammten, die man dort selbst im Hochsommer zur Bereitung des Mittagsmahles verwendet. Es kann zwar jeder Hausfrau mal passieren, daß ihr ein Winkelkrämer getrocknetes Gemüse in die Hand steckt, das durch langes Lagern schlecht geworden ist und beim Kochen ein Gewimmel von Maden aufquellen läßt. Aber wo täglich Hunderte von Personen beköstigt werden, da kann es doch wirklich kein großes Kunststück sein, sich einwandfreie Ware zu sichern. Wie teuer haben die Erholungsstätten ihre Gemüsekonserven gekauft? Oder haben sie sie überhaupt nicht gekauft? Ist ihnen am Ende irgend eine Ladenhüterware als „Delikatesse für Arbeiter“ gratis überwiesen worden, auf daß der hochherzige Wohltäter im nächsten Jahresbericht als besonderer Gönner verzeichnet werde? Unter den Patienten geht das Gerücht um, inzwischen sei verfügt worden, daß ein beträchtliches Quantum noch vorhandener Konserven verbrannt werden solle. Das ließe ja „tief blicken“. Indes, das kann auch ein Irrtum sein. Vielleicht wird die Verwaltung uns dahin berichtigen, in der Erholungsstätte „Jungfernhaide“ sei es keinem Menschen eingefallen, Gemüsekonserven zu verbrennen. Nun, wir sind von vornherein bereit, ihr das zu glauben.

Andere Klagen richten sich gegen die in den Erholungsstätten übliche höchst primitive Art, die Speisen zu servieren. Da kriegt jeder nur ein einziges Eßgeschirr, einen Napf aus emailliertem Eisenblech. Für manche Gerichte, z. B. für Gemüse mit Fleischbeilage oder für Schmorfleisch mit Kartoffeln reicht das aus. Aber gelegentlich gibt's auch mal ein Gericht, dessen Bestandteile man nicht gern zusammen serviert sieht. Wer möchte z. B. Milchreis und Kotelette aus demselben Napf essen? Gewiß, diesem oder jenem schmeckt's auch so — aber vielen vergeht dabei der Appetit. Mit ganzen zwanzig Mark könnte man für eine Erholungsstätte, wie es die in der Jungfernhaide ist, zweihundert besondere Teller beschaffen. Aber dann hätte freilich das ohnehin überlastete Dienstpersonal noch zweihundert Teller mehr zu waschen. Das soll wohl vermieden werden, damit man möglichst wenig Personal zu beschäftigen braucht und möglichst viel an den Löhnen spart. Uebrigens kommt noch ein anderer Umstand hinzu, der es erklärlich macht, daß man da draußen in den Walderholungsstätten dem Patienten nur ein einziges, futternapfähnliches Geschirr überreicht. Kriegte jeder zwei Geschirre, so wüßten ja die zweihundert Mann gar nicht, wo sie essen sollten. Die vorhandenen Tische reichen bei weitem nicht aus, wenn gleichzeitig eine große Zahl Personen an ihnen ihr Mittagsmahl einnehmen wollen. Man muß das gesehen haben, in welcher Weise die Patienten sich zu behelfen suchen, wie sie sich mit ihren Näpfen an den wenigen Tischen zusammendrängen, wie sie mit dem Napf zwischen den Knien in ihren Stühlen (sogenannten „Faulenzern“) hocken. Wo sollten sie da noch einen Extrateller unterbringen? Daß aber solche Zustände nicht gerade den Appetit anregen und die Behaglichkeit steigern, das begreift man ohne weiteres. Den Herren und Damen, die über Wohl oder Wehe der in den Walderholungsstätten untergebrachten Arbeiter zu befinden haben, empfehlen wir, einmal selber da draußen nur eine einzige Woche hindurch Tag für Tag in dieser Weise zu diniren. Vielleicht würden sie dann über manches anders denken lernen.

Es wäre überhaupt zu wünschen, daß diese Herrschaften die Segnungen ihrer Walderholungsstätten am eigenen Leibe erprobten. In der Erholungsstätte „Jungfernhaide“ gibt es für zweihundert Mann zwei Schutzhallen, unter denen (wie wir durch Zählung festgestellt haben) nicht mehr als zusammen hundert Personen Platz finden können, wenn sie sich nicht wie die Heringe zusammendrängen sollen. Am letzten Sonntag, wo noch zahlreiche Angehörige auf Besuch da waren, zeigten sich die Hallen bei den wiederholt niedergehenden starken Regengüssen in ihrer ganzen Unzulänglichkeit. Den noblen Damen, die manchmal inspizieren kommen und dann in der nicht für Patienten bestimmten Döckerbaracke von ihren Strapazen ausruhen, hätten wir gewünscht, sich vor den Regengüssen dieses Sonntags unter eine der offenen Hallen flüchten zu müssen. Sehr heilsam könnte es auch wirken, wenn man sie nötigte, sich der Waschgelegenheit zu bedienen, die für die Arbeiter bereit steht. Für 200 Patienten samt etwaigen Gästen sind drei Waschbecken und drei Handtücher vorhanden. Die Waschbecken haben wir schon in den Vormittagsstunden in skandalösem Zustande vorgefunden. Wir mußten uns die Frage vorlegen, wann man sie wohl zum letzten Mal ausgescheuert haben könnte. Die Handtücher sollen manchmal so aussehen, daß sie für ein Hygienemuseum als drastisches Anschauungsmittel zu verwenden wären. Das Tollste aber haben wir hinter der Retirade gesehen und gerochen. Den Urin von 200 Mann soll der Waldboden aufnehmen, aber allmählich ist da eine Verjauchung des Bodens eingetreten. Hinter der Retirade fanden wir große Pfützen von Urin, der nicht versickert war. Dieser Zustand ist, offen heraus gesagt, eine Schweinerei. Und das bietet man Leuten, die „gute Luft“ haben sollen!

Wir wissen, daß ein Teil der Mißstände in den Walderholungsstätten auf Mangel an Geld zurückzuführen ist. Die Beträge, die von den Krankenkassen usw. gezahlt werden, sind ja nur mäßig. Sie sind so gering, daß die Meinung mancher Patienten, an ihnen werde in den Erholungsstätten noch verdient, als absurd zurückgewiesen werden muß. Doch auch mit den geringen Mitteln, die vorhanden sind, ließe sich vieles bessern, wenn man an zuständiger Stelle die nötige Einsicht besäße. Manches, was wir da draußen bemerkten, können wir uns nicht anders erklären als daraus, daß die maßgebenden Persönlichkeiten sich wohl in dem Wahn befinden, Arbeiter seien es nicht anders gewöhnt. Wir verkennen nicht die Bedeutung der Walderholungsstätten und unterschätzen nicht ihre Hülfe im Kampf gegen die Tuberkulose. Aber segensreich können sie nur wirken, wenn ihnen genügende Mittel zur Verfügung stehen und sie mehr als nur eine „wohltätige Einrichtung“ sind. Es wird Zeit, daß die Krankenkassen sich eigene Erholungsstätten schaffen, statt ihre Mitglieder zu Kostgängern des Roten Kreuzes zu erniedrigen.

Der Verein Berliner Milchpächter beschloß in seiner gestrigen Versammlung, von einer Preiserhöhung der Milch zum 1. Oktober abzusehen und sich an etwaigen gegenteiligen Bestrebungen der Milchzentrale und anderer Großfirmen in keinem Falle zu beteiligen. In der Beratung trat kein einziger Redner für die Preiserhöhung ein, die nach den Ausführungen der Referenten, Stadtverordneten Lulay, des Syndikus Dr. Flatau sowie des Vorsitzenden des südwestlichen Milchhändlervereins, Leiter, von der Bevölkerung nicht getragen werden könnte und im übrigen nur geeignet wäre, der Milchzentrale aus ihren finanziellen Schwierigkeiten herauszuhelfen.

4,3 Milliarden Wertzeichen im Jahr. Die Reichsdruckerei hat im vergangenen Jahr 1905 4,3 Milliarden Wertzeichen im Nennwerte von rund 550 Millionen Mark geliefert. Diese Wertzeichen verteilen sich auf 719 verschiedene Sorten und 65 000 Sendungen. Mehr als ¼ der gelieferten Wertzeichen oder 1,2 Milliarden entfallen davon allein auf die Briefmarken zu 5 Pf., deren Bedarf in diesem Jahre infolge der Abschaffung der Zweipfennigkarte ohne Zweifel noch erheblich höher steigen wird. Von anderen Sorten werden nur 25 Stück jährlich gebraucht. Im Durchschnitt werden täglich 12 Millionen Postfreimarken, 1½ Millionen gestempelte Postkarten und 200 000 gestempelte Postanweisungen verschickt, abgesehen von den Versicherungsstempelmarken usw. Wenig bekannt ist, daß die Reichsdruckerei neuerdings Papier mit Wasserzeichen nicht nur für die Postwertzeichen, sondern auch für die Stempelmarken usw. verwendet. Während die Briefmarken bekanntlich eine Raute zeigen, haben die Versicherungsmarken einen Ring, die Reichsstempelzeichen, Wechsel- und statistischen Marken den Vierpaß, die Eisenbahnmarken und die Wertzeichen verschiedener Bundesstaaten usw. Kreuz und Ring abwechselnd. Zu den gestempelten Formularen für Postkarten, Postanweisungen, Kartenbriefen usw. wird ein Wasserzeichen verwendet, das in einem schräggestellten Rahmen eine römische Ziffer als Angabe der Fabrik, in arabischer Ziffer das Geschäftsjahr und außerdem die Buchstaben D. R. zeigt. Sämtliche Wasserzeichen sind für die Reichsdruckerei als Warenzeichen geschützt. Die notwendigen Schöpfformen und Wasserzeichenwalzen stellt die Reichsdruckerei neuerdings in eigenen Werkstätten her. Von allen Wertzeichen ist in möglichster Entfernung vom Hauptlager ein zweites Lager errichtet, das bei einer etwaigen Vernichtung des Hauptlagers so lange reicht, bis neue Wertzeichen hergestellt worden sind.

Kein „Volkspark“? Ueber die Zukunft des Grunewaldes wird folgendes mitgeteilt: Der Plan der Umwandlung des Grunewaldes in einen sogenannten „Volkspark“ ist als aufgegeben zu erachten. Sein Urheber war der verstorbene Tiergartendirektor Geitner. Die Forstverwaltung stand dem Volksparkgedanken wegen der erheblichen Kosten, die die Anlage von Wegen, Spielplätzen usw. verursacht hätte, von Anfang an ablehnend gegenüber. Man wird darüber, daß das „Volkspark“-Projekt fallen gelassen ist, lebhafte Befriedigung empfinden, da mit dessen Verwirklichung das Verbot, sich außerhalb der gebahnten Wege zu ergehen oder gar zu lagern, verbunden gewesen wäre.

Weiter wird erklärt: Daß zurzeit im Grunewald vielfach Bäume durch große, weiße Kronen bezeichnet sind, wurde von manchen Besuchern dahin gedeutet, daß die betreffenden Bäume behufs Herstellung großer Rasenflächen gefällt werden sollten; es handelt sich dabei lediglich um ein Vorgehen gegen den überaus schädlichen Kiefernschwammpilz. Bei der hierdurch erforderlichen und bei allen sonstigen Neuaufforstungen im Grunewald soll auf dessen Verschönerung durch Vermehrung der Laubholz-, besonders der Eichenbestände Bedacht genommen werden. — Um die Belästigung der Grunewaldbesucher durch Benzingeruch und Staub zu beseitigen, wird eine besondere Automobilstraße von Roseneck über Paulsborn und Onkel Toms Hütte nach Wannsee angelegt, die schon bis zum nächsten Sommer fertig sein soll. — Die Neuherstellungen im Jagdschloß Grunewald sollen nicht, wie behauptet wurde, dazu dienen, es als Wohnung für den Prinzen Eitel Friedrich einzurichten. Es handelt sich ausschließlich darum, dem Kaiser den gelegentlichen Aufenthalt im Schloß zu ermöglichen; im vorigen Winter konnten die Räume nicht geheizt werden.

Es wäre im Interesse des im Grunewald Erholung suchenden Publikums zu wünschen, daß der erste Teil der Mitteilung, das Aufgeben der „Volkspark“pläne, sich bestätigte, und ebenso, daß endlich den Waldverwüstungen Einhalt getan wird.

Auf dem Leipziger Platze werden der Untergrundbahn noch mehrere der schönen, alten Bäume zum Opfer fallen. Wie gemeldet, sind bereits aus den südwestlichen Anlagen, dem Aschinger-Hotelbau gegenüber, zwei Baumreihen entfernt worden und ebensoviel werden am Denkmal des Generalfeldmarschalls v. Wrangel gefällt werden müssen, weil hier die Eingänge zum Unterpflasterbahnhof geplant sind. Von hier zieht sich der Tunnel nach der nordöstlichen Ecke des Platzes, in der Richtung auf die Grenzwand zwischen dem Warenhause Wertheim und dem Grundstücke des Reichsmarineamts zu. Hier stehen, ziemlich nahe am Fahrdamm, zwei prächtige Lindenbäume, deren Stämme von Efeu umrankt sind und deren untere Aeste sich bis über den Bürgersteig verzweigen. Zwischen beiden wird der Tunnel hindurchgeführt und zwar in solcher Nähe, daß den mächtigen Wurzeln doch die Nahrung entzogen werden würde. In wenigen Tagen werden sie leider der Axt verfallen sein.

Mutter und Kind. Infolge mangelhafter Beaufsichtigung durch die eigene Mutter hatte ein 3jähriges Kind die Abteiltür geöffnet und sich beim Sturze aus dem Eisenbahnwagen verletzt. Das Reichsgericht hat den Entschädigungsanspruch für begründet erklärt und den Einwand des Verschuldens der Mutter zurückgewiesen. Dabei sind u. a. die folgenden Grundsätze aufgestellt worden: Ein Vertragsverhältnis zwischen dem Kinde und der Bahnverwaltung besteht nicht, da nur die Mutter Vertragspartei ist, welche die unentgeltliche Mitbeförderung des Kindes vereinbart hat. Abgesehen davon, kann eine vertragsmäßige Pflicht des Kindes, sich beaufsichtigen zu lassen, nicht angenommen werden, ebenso wenig ein Verschulden des dreijährigen Kindes. Allerdings hat die Bahn ein Rückgriffsrecht gegen die Mutter.

Unter choleraverdächtigen Erscheinungen ist die 8 Jahre alte Tochter Elisabeth des Zimmermanns Weimann aus der Köpenicker-

straße 23 gestorben. Das Kind kam am letzten Sonnabend um 12 Uhr aus der Schule nach Hause, klagte zwei Stunden später über Kopfweh und um 4 Uhr über Leibschmerzen. In der Nacht zum Sonntag bekam es Diarrhöe und morgens um 5 Uhr Erbrechen. Dann holte der Vater einen Arzt. Die Kleine starb am Sonntagabend um 10¼ Uhr. Auf Anzeige des behandelnden Arztes ließ der Kreisarzt Dienstag nachmittag die Leiche wegen Choleraverdachtes beschlagnahmen und nach dem Schauhause bringen. Die Wohnung, die im ersten Stock des linken Seitenflügels liegt, wurde gestern vormittag durch die städtische Anstalt in der Reichenbergerstraße desinfiziert, aber nicht geschlossen. Die beiden Brüder der Verstorbenen, die 9 und 6 Jahre alt sind, dürfen die Schule nicht besuchen. Sie sind aber ebenso wie die Eltern gesund. — Gerade vor Jahresfrist ereigneten sich gleichfalls in Berlin und Umgebung einige Cholerafälle. Ein Grund zur Beunruhigung liegt auch jetzt angesichts der getroffenen Maßregeln nicht vor.

Eine Beerdigung ohne Leiche. Der in der städtischen Irrenanstalt Herzberge gestorbene 60jährige Kleidermacher R. aus der Landwehrstraße sollte Montagnachmittag auf dem städtischen Zentralfriedhof in Friedrichsfelde zur ewigen Ruhe bestattet werden. Die Angehörigen des Verstorbenen und andere Leidtragende waren mit Kränzen zu der für das Leichenbegängnis festgesetzten Stunde erschienen, ebenso ein Pastor aus Berlin, der die Leichenrede halten sollte, aber die Leiche fehlte. Man hatte vergessen, sie rechtzeitig von Herzberge nach Friedrichsfelde zu transportieren. Der Geistliche und die Leidtragenden mußten unverrichteter Sache nach Berlin zurückkehren. Der Unpünktlichkeit der Irrenanstaltsverwaltung wurde in nicht gerade schmeichelhaften Worten gedacht. Die Beerdigung fand erst Dienstag vormittag statt.

Erneute Beschlagnahme von großen Posten Pferdefleisch ist in der Wurstfabrik von Otto Koch, Charlottenburg, Kirchplatz 10, erfolgt. Wieder war der Lieferant, wie die „Allgemeine Fleischer-Zeitung" melden kann, der Händler Hermann Hinz, der abwechselnd seine Wohnung Luisenstraße 40 und Invalidenstraße 89 angibt. Im Anschluß an die Feststellung dieses Falles wurden dann noch gestern abend 150—200 Zentner Pferdefleisch, die in hiesigen Kühlräumen für Hinz lagerten, beschlagnahmt, weil aus diesem Fleisch die Stempel, die es als Pferdefleisch kennzeichnen, herausgeschnitten waren.

Es wird wiederholt davor gewarnt, Mietsverträge über Räume in neu erbauten oder umgebauten Häusern für eine Zeit abzuschließen, zu welcher die von der Ausfertigung des Rohbauabnahmescheines ablaufende Frist von 6 Monaten für die Gebrauchsabnahme-Prüfung noch nicht verstrichen ist, da die Polizeiorgane vor Ablauf dieser Frist das Beziehen der fraglichen Räume nicht dulden und nach den gesetzlichen Bestimmungen auch nicht dulden können. Die Polizeireviere werden nach wie vor auf Anfragen aus dem Publikum über den voraussichtlichen Termin der Beziehbarkeit von Wohnungen in neuen beziehungsweise umgebauten Häusern bereitwilligst Auskunft erteilen.

Aus Lebensüberdruß hat die 33jährige Arbeiterin Auguste Fentschau aus der Berlinerstraße 97 in Rixdorf Selbstmord verübt. Die Unglückliche erhängte sich gestern in ihrem Schlafzimmer am Türpfosten und als man die unselige Tat entdeckte, war es bereits zu spät. Die Leiche ist dem Schauhaus zugeführt worden.

Im Luisen-Theater findet am Sonntagabend eine Wiederholung der Eröffnungsvorstellung Hochzeit von Valeni statt. Am Nachmittag wird Die Ahnfrau von Grillparzer zu ermäßigten Preisen einmalig aufgeführt.

Feuerwehrbericht. In der letzten Nacht wurde der dritte Zug nach der Kastanienallee 34 gerufen, wo in einem Fabrikraum Lumpen, Papier u. a. brannten. Der siebente Zug hatte in der Warschauerstraße 61 zu tun. Dort war in einer Pförtnerloge Feuer ausgekommen. Weitere Alarme liefen aus der Großen Hamburgerstraße 3 und anderen Stellen ein, wo Kohlen und anderes brannten.

Vorort-Nachrichten.

Das Projekt der Kreis-Industriebahn Tegel—Friedrichsfelde hat jetzt die Genehmigung des Eisenbahnministers gefunden. Der Minister hat ferner genehmigt, daß die Kreisbahn bis zum Tegeler See weitergeführt und hier eine Umladestelle im Anschluß an den Berlin-Stettiner Kanal geschaffen wird. Der Bau der Industriebahn ist nach den Plänen und Zeichnungen, welche jetzt vorliegen, nicht ohne erhebliche Schwierigkeiten auszuführen. Um die Weiterführung der Bahn von Tegel nach Osten hin zu ermöglichen, muß die Nordbahn bei Wittenau gekreuzt werden. Die Kreuzung muß schienenfrei geschehen und daher die Nordbahn in einer Länge von 400 Meter gehoben werden. Bei Rosenthal soll eine Verbindung mit der Reinickendorf-Liebenwalder Bahn hergestellt werden, was die Herstellung einer Ueberführung für die letztere notwendig macht. Nach Ueberschreiten der Nieder-Schönhausen-Liebenwalder Chaussee bei Nordend sowie der Berlin-Prenzlauer Chaussee soll die Industriebahn unter der Stettiner Bahn hindurch nach Heinersdorf weitergeführt werden. Hierzu ist aber auch die Hebung des Körpers der Stettiner Bahn in etwa 300 Meter Länge notwendig. Die Kreisbahn mündet hinter der Landsberger Chaussee in die Wriezener Bahn. Die Länge der neuen Industriebahn beträgt 26 Kilometer. Die Baukosten betragen bekanntlich 1 970 000 M. Die Garantiezeichnung der interessierten Gemeinden für die Bahn beträgt durchschnittlich 10 Proz. Zu den Gemeinden gehört auch die Stadt Berlin als Gutsherrin von Rosenthal und Blankenburg.

Rixdorf.

Stadtrat Hoffmann ist gestorben. Der Dahingeschiedene war früher Magistrats-Assessor in Berlin und galt in seinem neuen Wirkungskreise als ein hervorragend tüchtiger Beamter. Er war auch Dezernent der Armen- und Waisenverwaltung, sowie Vorsitzender des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts.

Beim Baden ertrunken ist gestern nachmittag der Schneidermeister Guttmann aus der Bergstraße 38 in Rixdorf. G. hatte in der Stolzenbergschen Volksbadeanstalt ein Bad nehmen wollen. Er sprang kopfüber in das Schwimmbassin, kam aber nicht wieder zum Vorschein. Da er als guter Schwimmer bekannt war, glaubte man, er mache eine Taucherübung und achtete nicht weiter auf den Vorfall. Erst nach einiger Zeit kam der Schwimmer wieder an die Oberfläche, aber bereits als Leiche. G. hatte bei dem Sprung ins Wasser jedenfalls einen Gehirnschlag erlitten. Seine Leiche ist polizeilich beschlagnahmt worden.

Schöneberg.

Die Errichtung einer städtischen Kinderheilstätte an der Nordsee ist von der Stadt Schöneberg in Aussicht genommen. Schon in dem diesjährigen Etat ist mit der Sammlung eines Fonds zu diesem Zweck der Anfang gemacht worden, indem 10 750 M. hierfür eingestellt sind. Diesem Fonds sollen ferner alle Gewinnanteile der von den städtischen Körperschaften in den Aufsichtsrat des Elektrizitätswerkes „Südwest" abgeordneten Mitglieder überwiesen werden. Da es jetzt schon schwer wird, eine geringe Anzahl Kinder in Privat-Heilstätten unterzubringen, so muß unbedingt mit dem Bau einer eigenen Heilstätte der Anfang gemacht werden. Ueber die Platzfrage sind sich die städtischen Behörden bisher noch nicht einig geworden; Besichtigungen und Unterhandlungen haben bereits stattgefunden. — Auch zur Errichtung eines Genesungsheims sind schon mehrfach Terrainbesichtigungen vorgenommen worden, z. B. in der Umgegend von Baruth und Trebbin; der letzteren Gegend scheint man den Vorzug geben zu wollen. Jedenfalls wird sich die Stadtverordnetenversammlung bald nach den Ferien mit diesen beiden Projekten zu beschäftigen haben.

Ueber die Entwickelung der Stadtverordneten-Wahlbezirke geben die jetzt zur Auslegung gelangten Wählerlisten einen interessanten Ueberblick. Von den zehn Wahlbezirken der dritten Abteilung, der insgesamt 19 632 Wähler angehören, hat der achte Bezirk die höchste Wählerzahl, nämlich 2834, die neubebauten Straßen in dieser Stadtgegend haben gegenüber dem Vorjahre eine Vermehrung von 400 Wählern gebracht. An zweiter Stelle steht jetzt der neunte Bezirk mit 2674 Wählern, während derselbe in den Vorjahren stets die größte Wählerzahl aufzuweisen hatte; ihm folgen der vierte mit 2313, der siebente mit 1998, der sechste mit 1703, der zweite mit 1700, der zehnte mit 1683, der fünfte mit 1653, der erste mit 1550. Die niedrigste Wählerzahl, 1386, hat der dritte Bezirk aufzuweisen. — Die Einteilung der Stadtverordnetenwahlbezirke wird voraussichtlich schon im nächsten Jahre vor den allgemeinen Wahlen eine andere werden. Nach dem Ergebnis der letzten Volkszählung tritt eine Vermehrung der sechzig Stadtverordnetenmandate um sechs neue ein. Da nach den jetzigen Bestimmungen in jedem Bezirk zwei Stadtverordnete zu wählen sind, muß notwendigerweise bei der Vermehrung die Bezirkseinteilung neu geregelt werden. Das ist umso nötiger, als auch der Bevölkerungsstand in den einzelnen Bezirken seit der letzten Einteilung sich völlig verschoben hat.

Dretwitz.

Die am 20. August stattgefundene Ersatzwahl des Ortsvorstehers hat folgendes Resultat gebracht: Abgegeben wurden 85 Stimmen, davon entfielen auf unseren Genossen Lehmann 36, Rübe, Musiker, 37, und Wisicke, Mühlenbesitzer, 13 Stimmen. Es hat somit Stichwahl stattzufinden zwischen unserem Genossen Lehmann und Rübe, Musiker. Die Genossen werden aufgefordert, dafür zu agitieren, daß Genosse Lehmann am Stichwahltage gewählt wird.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins.

Treptow-Baumschulenweg.

Feuer brach am Dienstagnachmittag auf dem Grundstück Baumschulenweg 32 aus. Es brannte der Pferdestall auf dem Hofe und das Feuer dehnte sich so schnell aus, daß es nur mit aller Mühe gelang, das Pferd aus dem Stalle zu holen. Die über dem Stall befindlichen Wohnungen der Angestellten wurden vom Feuer erfaßt und die Betten usw. mußten mit Hülfe von Zivilpersonen, da von den Mannschaften der freiwilligen Feuerwehr nur einige anwesend waren, aus den Fenstern gerettet werden. — Als nach geraumer Zeit dann die freiwillige Feuerwehr endlich anrückte, war das Feuer schon weit zurückgedrängt und wurde dann bald gelöscht.

Pankow.

Eine Sitzung der Gemeindevertretung beschäftigte sich mit der Ausführung eines Anbaues an die zweite Gemeindeschule in der Grunowstraße. Es sind bereits vorhanden 20 Klassen und sollen noch 16 Klassen errichtet werden. Da nun nach dem heutigen Schulsystem 28 Klassen eine unter einem Rektor stehende zusammenhängende Schuleinheit bilden, so wird beschlossen, nur einen Flügel von acht Klassen anzubauen; zu diesem Zwecke werden 70 000 Mark bewilligt. — Für die Anlage eines Brausebades in der Schule in der Schmidtstraße werden 4000 Mark bewilligt. Bei dieser Gelegenheit wird konstatiert, daß die seit Jahren bestehenden Mängel des Schulbades in der Grunowstraße nunmehr beseitigt sind. — Ein Gesuch des Seemannshauses für Unteroffiziere und Mannschaften der kaiserlichen Marine um Gewährung eines laufenden Jahresbeitrages wird kurzerhand abgelehnt mit der Motivierung, daß es Sache des Staates sei, derartige Einrichtungen zu unterstützen. Eine Interpellation unserer Genossen an die Kreistagsabgeordneten, welche Mitglieder der Gemeindevertretung sind, wegen der Annahme der Konzessionssteuer wurde von dem Kreistagsabgeordneten Professor Mendel beantwortet, welcher sich auf den Standpunkt stellt, daß er als Arzt und Sozialpolitiker ein Feind aller kleinen wie auch der großen Kneipen sei. Wer die verheerenden Wirkungen des Alkohols in den Krankenhäusern kennen gelernt habe, der wird jedes Mittel ergreifen, um dem Alkohol entgegenzutreten. Auch müsse man bedenken, daß täglich Kneipen aufgemacht werden von Leuten, die nicht die genügenden Mittel besitzen, ohne jede Vorkenntnis sind, in ihrem Erwerbsleben Schiffbruch gelitten haben und so der Verbreitung des Fusels Vorschub leisten. Finanziell stehe die Sache so, daß die Erträge der Steuer für die Erbauung der Kreisbahn und für die Krankenhäuser des Kreises verbraucht werden, es sollen 200 M. Zuschuß für jedes Krankenbett den Gemeinden überwiesen werden. — Interessant war die Stellung des Präsidenten des Deutschen Gastwirteverbandes, Herrn Ringel, welcher Mitglied der Gemeindevertretung ist. Ringel führte aus, daß er sich nicht grundsätzlich dazu äußern wolle, es hätten zum mindesten Ausnahmen zugunsten von Wirten, welche jahrelang Inhaber von Restaurants sind, gestattet werden müssen. So wie die Konzessionssteuer jetzt angenommen sei, biete sie Mängel und Ungerechtigkeiten. — Nachdem noch Genosse Eichler gegenüber den Darlegungen darauf hingewiesen hatte, daß der eingeschlagene Weg ebenso falsch sei wie andere Maßnahmen, die man zur Bekämpfung des Alkohols getroffen, wurde ein Schlußantrag angenommen.

Reinickendorf-West.

Die letzte Mitgliederversammlung des Wahlvereins beschäftigte sich mit den Beschlüssen der Generalversammlung Groß-Berlins. Den Bericht über dieselbe gab Genosse Felbwog. Am Schluß seines etwa ¾stündigen Referats ermahnte er die Genossen, in verstärktem Maße ihre Pflicht zu tun zum Ausbau der Organisation. Unter Vereinsangelegenheiten kam das Ausschlußverfahren Mankofskies zur Sprache; hierzu wurde folgender vom kombinierten Zahlabend gestellter Antrag angenommen: Der Vorstand soll unverzüglich Schritte einleiten, um den Ausschluß Mankofskies aus der Partei zu veranlassen. Zum Schluß berichtete noch Genosse Bold über die Kreissitzung, deren Beschlüsse ohne Diskussion gutgeheißen wurden.

Gerichts-Zeitung.

Die Proletarier-Mutter.

Wegen fahrlässiger Tötung ihres eigenen Kindes war gestern die Frau Klara Wehner vor der Ferienstrafkammer des Landgerichts III angeklagt. Am 14. Mai d. J. hatte Frau W. „große Wäsche". Sie hatte neben dem Küchenherd auf zwei Böcken ein großes Waschfaß aufgestellt, an dem sie sich beschäftigte, während ihr kleines, zweieinhalbjähriges Töchterchen ruhig in einem daneben stehenden Kinderwagen schlummerte. Als die kleine Else W. später aufwachte, wurde sie von der Mutter auf eine Bank gesetzt, mit der Anweisung, ruhig dort sitzen zu bleiben. Die Angeklagte mußte nun einen auf dem Kochherd stehenden Zinktopf mit gekochter Wäsche in einen auf dem Fußboden stehenden Kessel ausgießen. Als sie den leeren Topf an der Wasserleitung wieder füllen wollte und einige Sekunden dem Kinde den Rücken zudrehen mußte, ereignete sich ein schreckliches Unglück. Die kleine Else war von der Bank heruntergeklettert und auf den Kessel mit der siedend heißen Wäsche zugelaufen. Ehe es der entsetzten Mutter möglich war, den großen Zinktopf aus der Hand zu stellen, war das Unglück bereits geschehen. Das bedauernswerte Kind war in den Kessel gefallen und konnte nur mit schweren Verbrühungen wieder herausgehoben werden. Trotz sofortiger ärztlicher Hülfe in der Unfallstation und später in der Universitätsklinik konnte das arme Wesen nicht am Leben erhalten werden. Es verstarb unter den schrecklichsten Qualen. — Der Staatsanwalt hielt eine Fahrlässigkeit der Angeklagten für festgestellt und beantragte sechs Wochen Gefängnis. Rechtsanwalt Dr. Broh hielt die Freisprechung für geboten, da die Angeschuldigte nichts anderes getan habe, als was jede andere Mutter, die ihr Kind nicht gerade festbinden wolle, in dem gleichen Falle tun würde. Der Gerichtshof kam auch zu einer Freisprechung, da die Angeklagte nach menschlicher Voraussehbarkeit ordnungsgemäß gehandelt habe. Verhütet hatte das Unglück nur durch eine besondere Kinderwärterin werden können. Zur Anstellung einer solchen wäre die Angeklagte aber infolge ihrer sozialen Lage nicht imstande gewesen.

Der entlassene Zuchthäusler.

Wegen Diebstahls im strafschärfenden Rückfall mußte sich gestern der Kellner Max Kl. vor der 3. Ferienstrafkammer verantworten. Der Angeklagte hat fast ein Drittel seines Lebens im Zuchthause zugebracht. Zuletzt wurde er wegen einer ganzen Reihe von Diebstählen zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, die er in der Strafanstalt zu Brandenburg verbüßte. Am 4. Mai d. J. wurde der Angeklagte aus dem Zuchthause entlassen und zwei Monate später saß er bereits wieder hinter Schloß und Riegel, da er sein altes Gewerbe wieder aufgenommen hatte. Am 3. Juli d. J. erschien Kl. in dem Geschäft des Kaufmanns Wenzel in der Sprengelstraße und kaufte eine Kleinigkeit. Nachdem er sich so überzeugt hatte, daß sich in der Ladenkasse ein größerer Geldbetrag befand, ließ er beim Hinausgehen die Tür etwas offen, so daß das Läutewerk nicht in Funktion trat. Bald darauf schlich er sich wieder in den Laden hinein und räumte die Ladenkasse aus. Als er sich gerade mit der 62 M. betragenden Beute entfernen wollte, betrat der Geschäftsinhaber wieder den Laden und erwischte den Dieb noch in der Tür. Kl. wurde zur Polizei gebracht, von dieser jedoch wieder entlassen. Schon am nächsten Tage ereilte ihn aber endgültig sein Schicksal. Als er sich in das Geschäft des Drogisten Runge in der Hochmeisterstraße einschlich und gerade seine Hand in die Ladenkasse versenkte, sprang R. hinzu und schob schnell die Kasse zu, so daß der Dieb buchstäblich in der Falle saß, da seine Hand eingeklemmt war. — Vor Gericht war der Angeklagte geständig. Unter Tränen erzählte er von den Leiden eines entlassenen Zuchthäuslers. Ueberall habe er angeklopft und nach Arbeit gefragt, aber jeder habe sich von ihm mit Abscheu gewandt, wenn man erfuhr, daß ein entlassener Zuchthäusler vor ihm stehe. Der Gerichtshof erkannte an, daß sich der Angeklagte in einer verzweifelten Lage befunden habe, immerhin wäre es ihm möglich gewesen, mit Hülfe des Vereins zur Fürsorge entlassener Strafgefangener ehrliche, wenn auch schwere Landarbeit zu erlangen. Dem Antrage des Staatsanwalts gemäß lautete das Urteil auf ein Jahr sechs Monate Zuchthaus unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft. — Und dann? Wird der Mann die „ehrliche, wenn auch schwere Landarbeit" überhaupt noch verrichten können?

Eingegangene Druckschriften.

„Das Berliner Dirnentum". Von Hans Ostwald. In zwanzig abgeschlossenen Abteilungen a 1,50 bis 2 M. Verlag von Walther Fiedler, Leipzig. (Subskriptionspreis pro Band 1 M.) Männliche Prostitution. Preis 2 M.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wochentäglich von 7½ bis 9½ Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt.

O. S. 333. 1. Wahrscheinlich sind Sie im ersten Termin wegen Versäumnis verurteilt worden. Fragen Sie sofort beim Anwalt oder Gericht nach, damit Sie noch rechtzeitig Einspruch einlegen können. 2. Anspruch auf Steuererlaß haben Sie nicht, stellen Sie aber einen dahingehenden Antrag. — **W. E. 15.** 1. Verjährung erfolgt Ende 1906. 2. Sie können zur Rückzahlung angehalten werden. — **St. 17.** Jede spätere letztwillige Bestimmung muß in derselben Form wie das Testament geschehen und als Ergänzung oder Abänderung der früheren Bestimmung deutlich bezeichnet werden. — **P. R. 100.** Aus einer Abwesenheit von ½—1 Stunde kann der Hauswirt kein Recht gegen Sie herleiten. Bei solcher kürzeren Abwesenheit sind Sie zur Abgabe des Schlüssels nicht verpflichtet. Wenn der Wirt eine andere Wohnung von gleicher Größe und Lage zeigen kann, wird er niemals einen Schaden nachweisen können. So lange die Wohnung noch unvermietet, müssen Sie Besichtigung gestatten. — **H. L. 3.** Tragen Sie die Angelegenheit auf dem Polizeirevier vor, in welchem die Dienstherrschaft wohnt. Ihre Tochter hat Anspruch auf ein wahrheitsgemäßes Zeugnis. Falls durch die polizeiliche Untersuchung nicht Abhülfe geschaffen wird, können Sie oder Ihre Tochter beim Amtsgericht auf Erteilung eines wahrheitsgemäßen Zeugnisses klagen. — **E. M. F. L.** Ihre Ansicht ist richtig. Warum fragen Sie? — **Müller.** Ja. — **K. 28.** Mutter und Tochter sind beide Erben. Mutter erbt ¼. — **K. 29.** Läßt sich so nicht beantworten. Kommen Sie in die Sprechstunde. — **M. M. 26.** 1. Sie müssen durch Zeugnis Ihrer Heimatsbehörde nachweisen, daß ein nach den dortigen Gesetzen bestehendes Ehehindernis nicht bekannt geworden ist und daß sie nach dortigen Gesetzen Ihre Staatsangehörigkeit durch die Eheschließung nicht verlieren sondern auf Ihre Ehefrau und Ihre ehelichen oder durch nachfolgende Ehe legitimierten Kinder übertragen. Gehen Sie zur Gesandtschaft Ihres Heimatsstaats. 2. Ja. — **A. L. 26.** Verjährung hat nicht stattgefunden. Ist der Gläubiger oder dessen Erben unbekannt, so muß zunächst ein Aufgebot erfolgen. Alsdann erst ist Löschung der Post möglich. — **H. H. 46, Bosfeld.** Parochialkirche, Klosterstraße, hat ein Glockenspiel. — **H. 38.** Ihre Frage ist, da keine Chiffre angegeben war, unter F. Haubner in Nr. 193 des „Vorwärts" beantwortet. — **100 P., Sachsen.** Zu weitausgreifenden Abhandlungen, wie eine Antwort auf Ihre Anfragen solche benötigen würde, eignet sich der Briefkasten nicht. — **S. 2.** Nein.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 69—73 pr. 100 Pfd., IIa 63—68, IIIa 57—62, IVa 52—56, englische Bullen- 0,00, dänische Bullen- 0,00, holländische Bullen- 0,00. Kalbfleisch, Doppelländer 100—110, Ia 80—85, IIa 70—78, IIIa 60—68. Hammelfleisch Ia 77—82, IIa 67—75. Schweinefleisch 68—74. Rehböcke Ia per Pfd. 0,60—0,74, IIa 0,50 bis 0,58. Rotwild Ia per Pfund 0,40—0,50, IIa 0,38—0,40. Damwild 0,47. Wildschweine pr. Pfd. 0,40—0,45. Frischlinge 0,00. Kaninchen per Stück 0,75—0,76. Wildenten Ia per Stück 1,00—1,25, IIa 0,00. Rebhühner, junge Ia 0,90—1,20, junge kleine 0,50—0,98, alte 0,70—0,82. Hühner, alte, per Stück 1,50—2,15, alte, IIa 1,15, junge, per Stück 0,60—1,00. Tauben, junge, per Stück 0,32—0,51, alte 0,00. Enten, junge per Stück 1—2,65, alte per Stück 0,00. Hamburger, junge, per Stück 2,85. Gänse, Ia per Pfund 0,60—0,65, IIa 0,00. Ia per Stück 3,00 bis 4,00, IIa 1,00—2,90. Poulets per Stück 1,00—1,30, do. klein 0,50—0,85. Hechte pr. 100 Pfd. 82—95. Zander 121. Schleie 102—116. Bleie 54—59. Aale, groß 96—111, mittel 0,00, klein 0,00, unsortiert 60—73. Plötzen 52—63. Karpfen 0,00. Barse 0,00, matt 0,00. Bleifische 0,00. Karauschen 80, matt 70. Wels 0,00. Bunte Fische 0,00. Amerik. Lachs I neuer per 100 Pfd. 110—130, do. II neuer 90—100, do. III neuer 50—75. Seelachs 20—25. Flundern, pomm. I, per Schock 9, do. pomm. II 2—3, Kieler, Stiege Ia 4—6, do. mittel per Kiste 2—3, do. klein per Kiste 0,00. Bücklinge, per Mall Kieler 4—5, Stralsunder 5—6. Aale, groß per Pfd. 1,10—1,50, mittelgroß 0,80—1,00, klein 0,50—0,60. Heringe per Schock 4—5. Schellfische Kiste 3—4, do. ½ Kiste 2—3. Kabliau, per 100 Pfd. 10—13. Heilbutt 25. Sardellen, 1902er, per Anker 90, 1904er 90, 1905er 82, 1906er 65. Schottische Vollheringe 1905 0,00, largo 40—44, full. 36—38, mod. 35—42, deutsche 37—44. Heringe, neue Matjes, per ½ To. 60—120. Hummern, IIa, 100 Pfd. 00. Krebse, per Schock, große 0,00, mittel 6—8, kleine 0,00, unsortiert 3—3,50. Galizier 0,00. Eier, Land-, per Schock 2,60—3,30. Butter per 100 Pfd. Ia 122—124, IIa 116—120, IIIa 112—116, abfallende 95—110. Saure Gurken Schock 2,60—3,00, Pfeffergurken 2,60—3,00. Kartoffeln per 100 Pfd. Rosen 1,75—2,00, neue runde 2,00—2,25, neue blaue 2,25—2,50, neue Zerbster 2,25—2,50. Spinat p. 100 Pfd. 12—18. Karotten p. Schock 2,00—2,50. Sellerie, hiesige, p. Schock 1,25—5,00. Zwiebeln 100 Pfd. 3—3,50 Petersilie, grün, Schockbd. 1,00. Kohlrabi p. Schock 0,60—1,00. Rettig, bayr., p. Schock 2,40 bis 4,80. Radieschen p. Schock-Bd. 0,60—0,70. Salat, p. Schock 1,00—1,40. Bohnen, grüne, per 100 Pfund 8—15. Wachsbohnen 8—16. Schoten per 100 Pfd. 10—20. Pfefferlinge per 100 Pfd. 14—20. Mohrrüben per 100 Pfd. 4—5. Blumenkohl per Mandel 1,00—2,20. Wirsingkohl per Mandel 1,00—2,00. Rotkohl p. Mandel 2—2,50. Weißkohl p. Mandel 1,50 bis 2,00. Steinpilze p. 100 Pfd. 25—30. Gurken, Zerbster, Schock 0,75—1,00, do. Einlege-, Schock 1,25—2, do. Rothenbg. 3—4, do. Liegnitzer 3—4, do. Einlege- (Senf-) 10—14. Kohlrüben, Mandel 0,75—1,25. Tomaten, hiesige 100 Pfd. 10—12. Birnen, ital. per 100 Pfd. 14—20, hiesige 5—14, Tiroler 14—30, böhmische 7—16, Rettig 5—7. Aepfel, ungar., per 100 Pfd. 8—14, italienische 8—15, hiesige 6—12. Preißelbeeren 15—18, schwedische 18—22. Kirschen, saure 00. Blaubeeren per 100 Pfd. 10—18. Pflaumen, ital. runde dunkle per 100 Pfd. 10—25, ital. lange gelbe 12—22, ital. runde 12—25, ungarische 10—12, hiesige 6—9, Reineclauden 10—18. Zitronen, Messina 300 Stück 18,00—22,00, 360 Stück 12,00—16,00, 200 Stück 7,00—12,00, 420 Stück, klein 7,00. Pfirsiche, Werdersche per 100 Pfd. 15—25, französische 20—40, italienische I Kiste 1,50—2,00, do. II Kiste 1,20—1,50, do. III Kiste 1,00—1,20, do. in Körben per 100 Pfd. 20—30.

Verantwortl. Redakteur: Carl Wermuth, Berlin-Rixdorf. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glocke, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.